



Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

11. Sitzung • Mittwoch, 20.11.2013 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| 9. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 9.1. | Haushaltsgenehmigung 2013 - Umsetzung von Sparauflagen im Haushaltsjahr 2013 | 20/046/2013
Kenntnisnahme |
| 9.2. | Hinweis auf Kfz-Schilderläden im Warteraum des Bürgeramtes, Anfrage von Herrn Stadtrat Winkler im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 18.09.2013 | 331/020/2013
Kenntnisnahme |
| 9.3. | Heimaufsicht Gerontofachkraft;
Fraktionsanträge Nr. 199/2013 der SPD, Nr. 208/2013 der Grünen Liste und Nr. 213/2013 der Stadträte Grille/Jarosch, Stellenplanvorlage vom 4.11.2013 S. 8/9 Ziffer 22 | 112/106/2013
Kenntnisnahme |
| 9.4. | Schule 2015+, IT-Ausstattung, Abstimmungsskript Fachausschüsse der Stadtkämmerei S. 27 Anträge der SPD-Fraktion Nr. 201/2013 und CSU-Fraktion Nr. 212/2013 | eGov/056/2013
Kenntnisnahme |
| 9.5. | Übersetzungen www.erlangen.de, Antrag SPD-Fraktion Nr. 196/2013, Abstimmungsskript Fachausschüsse der Stadtkämmerei S. 26 | eGov/057/2013
Kenntnisnahme |
| 9.6. | Haushalt 2014: Neuer Radlader für das THW
Antrag 192/2013 der SPD-Fraktion | 13/088/2013
Kenntnisnahme |
| 9.7. | Haushalt 2014: Kommunalwatch
Antrag Nr. 165/2013, Stadtrat Heinze | 13/089/2013
Kenntnisnahme |
| 9.8. | Haushalt 2014: Bürgermeister- und Presseamt,
Eigenes Budget für Entwicklungszusammenarbeit
Antrag 177/2013 der SPD-Stadtratsfraktion | 13/090/2013
Kenntnisnahme |

- | | | |
|------------|---|----------------------------|
| 10. | Abschlussbericht für das Projekt
"Demographisches Personalmanagement"
Vortrag ca. 10 - 15 Minuten | 11/142/2013
Beschluss |
| 11. | Teilfreistellung der Einrichtungsleitungen von Kindertagesstätten –
Konzept „Leitungsassistenz“ | 11/140/2013
Beschluss |
| 12. | SPD-Fraktionsantrag Nr. 121/2013 vom 15.07.2013:
Einrichtung eines kommunalen Außendienstes | 112/105/2013
Beschluss |
| 13. | Aufbau eines Fachbereichs "Tagungen und Veranstaltungen"
im Erlanger Tourismus und Marketing Verein e. V. | II/254/2013
Beschluss |
| 14. | Medical Valley Center GmbH;
27. Gesellschafterversammlung vom 12.12.2013 | II/260/2013
Beschluss |
| 15. | Arbeitsmarktprogramm 2014 der GGFA | 50/140/2013
Beschluss |
| 16. | Kommunalwahl am 16. März 2014;
Berufung der Wahlleiterin und des stellv. Wahlleiters | 331/018/2013
Gutachten |
| 17. | Religiös motivierter Totalitarismus;
Antrag von Herrn Stadtrat Heinze vom 18.08.2013 | 322/025/2013
Beschluss |
| 18. | Wahlbenachrichtigung mit individualisiertem QR-Code
zur Kommunalwahl 2014;
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion Nr. 152/2013 vom 25.09.2013 | 331/019/2013
Beschluss |
| 19. | Kath. Kindergarten "Heilig Kreuz": Brandschutzmaßnahmen;
hier: Investitionskostenzuschuss | 512/109/2013
Gutachten |
| 20. | Mittelbereitstellungen | |
| 20.1. | Antrag auf Mittelbereitstellung für das Budget des
Gebäudemanagements (Deckung durch Fachämter) | 242/322/2013
Beschluss |
| 20.2. | Mittelbereitstellung für IP-Nr. 541.813 - Erneuerung Brücke
über den Hutgraben | 66/239/2013/1
Beschluss |
| 20.3. | Umsetzung Tariferhöhung NV Bühne analog zu TVöD | 44/064/2013
Beschluss |
| 20.4. | Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung, hier IT Berufsschule | 40/207/2013
Beschluss |

- 20.5. Mittelbereitstellung Amt 51 -Jugendamt- 51/140/2013
Gutachten

Haushaltsberatungen 2014 Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2014

21. Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2014, 1. Neufassung - 11/136/2013
Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2013 Gutachten
- 21.1. Communication for Integration – Projekt des Europarats: 13-4/033/2013
Stellenschaffung zum Stellenplan 2014 Beschluss

22. Wortanträge zum Haushalt 2014

- 22.1. Visualisierung des Haushalts, Vorarbeiten für die Einführung II/252/2013
Bürgerhaushalt, Antrag von Herrn Stadtrat Heinze Nr. 166/2013 Beschluss
- 22.2. Einführung von barrierefreier Verschlüsselungstechnik als eGov/055/2013
Kommunikationszugang Antrag Stadtrat Heinze Nr. 168/2013 Beschluss

- 23. Anträge zu den Fachamtsbudgets für die der HFPA als
Fachausschuss zuständig ist** II/256/2013
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2014) Beschluss

24. Anträge zu den Arbeitsprogrammen

- 24.1. Arbeitsprogramm der Feuerwehr und der Kämmerei - Lösung II/253/2013
für Budgetproblematik erarbeiten - Antrag der SPD-Stadtrats-
fraktion Nr. 180/2013 Beschluss

25. Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und Begutachtung der Fachämterbudgets Beschlussfassung der Arbeitsprogramme **(siehe Band "Arbeitsprogramme 2014")**

- 25.1. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 Gst/014/2013
der Gleichstellungsstelle
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 27 Beschluss
- 25.2. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 II/250/2013
der Personalvertretung
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 37 Beschluss

- | | | |
|------------|---|----------------------------|
| 25.3. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des eGovernment-Centers
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 45 | eGov/051/2013
Beschluss |
| 25.4. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Personal- und Organisationsamtes
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 3 | 11/141/2013
Beschluss |
| 25.5. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Bürgermeister- und Presseamtes
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 13 | 13/087/2013
Beschluss |
| 25.6. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Stadtkämmerei mit der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit sowie der Stabstelle Beteiligungsmanagement
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 55 | II/251/2013
Beschluss |
| 25.7. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Recht und Statistik
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 97 | 30/012/2013
Beschluss |
| 25.8. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Bürgeramtes
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 145 | 33/012/2013
Beschluss |
| 25.9. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Standesamtes
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 153 | 34/019/2013
Beschluss |
| 25.10. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 161 | 37/042/2013
Beschluss |
| 25.11. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz
- siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 173 | 39/020/2013
Beschluss |
| 26. | Beratung und Behandlung der sonstigen Anträge zum Haushalt 2014 für die der HFPA zuständig ist | |
| 26.1. | Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2014) | II/257/2013
Beschluss |

- 26.2. Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm für die
der HFPA als Fachausschuss zuständig ist
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2014)

II/258/2013
Beschluss

27. Anfragen

Hinweis:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- Haushaltsentwurf 2014
- den Band Arbeitsprogramme 2014
- die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2014
- die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2014

zur Sitzung mitzubringen.

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 12. November 2013

STADT ERLANGEN
gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
20/046/2013

Haushaltsgenehmigung 2013 - Umsetzung von Sparauflagen im Haushaltsjahr 2013

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Stadtrat	28.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die Umsetzung der Auflagen Nr. 3.1 und 3.2 aus der Haushaltsgenehmigung 2013 werden zur Kenntnis genommen

II. Sachbericht

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens von Festsetzungen in der Haushaltssatzung 2013 hat die Regierung von Mittelfranken die geplanten Kreditaufnahmen unter Auflagen genehmigt. Ziffer 3.1 gibt auf, Mehreinnahmen, insbesondere aus der Gewerbesteuer und der Einkommensteuerbeteiligung, zur Verbesserung der Salden des Ergebnis- bzw. Finanzhaushalts zu verwenden.

Gemäß Ziffer 3.2 sind Haushaltsverbesserungen von 3 Mio. € im Haushalt 2013 der Regierung durch Beschlüsse des Stadtrats zur Haushaltskonsolidierung bis 30.11.2013 vorzulegen. Nachfolgende Übersicht zeigt insbesondere im Ergebnishaushalt wesentliche Verbesserungen auf. Dies ist darin begründet, dass eine Steuerzahlung gemäß der Vorgaben der Doppik in voller Höhe im Jahr 2013 abzubilden ist. Der Finanzhaushalt, der die tatsächlichen Zahlungsströme abbildet, weist jedoch nur die erste Tranche der Steuereinnahmen aus. – Die zweite Tranche wird erst im Haushaltsjahr 2014 kassenwirksam.

Die Einsparungen ergeben sich aus den erwarteten abzurechnenden Ausgaben für Personal und Gebäudeunterhalt.

Art	Erghh (Mio. €)			Finanzhh (Mio. €)		
	Hh-Soll	Erwartungs- wert	Verbesserung	Hh-Soll	Erwartungs- wert	Verbesserung
<i>Einnahmen</i>						
GewSt	61,6	72,1	10,5	61,6	61,6	0,0
EinkSt	62,1	64,1	2,0	62,1	64,4	2,3
GewSt Nach- holungszinsen	2,0	6,7	4,7	2,0	3,9	1,9
Summe			17,2			4,2
<i>Ausgaben</i>						
Personal	102,8	101,3	1,5	102,8	101,3	1,5 (ge- sperrt)
Bauunterhalt	8,9	8,4	0,5	8,9	8,4	0,5 (ge- sperrt)

Summe			2,0			2,0
--------------	--	--	------------	--	--	------------

Der geforderte beschlussmäßig zu behandelnde Nachweis der Haushaltskonsolidierung gestaltet sich schwierig, weil zum einen Einnahmeverbesserungen nicht beschlossen werden können und andererseits sich die Einsparungen abrechnungstechnisch ergeben, ohne explizit auf beschlossene Konsolidierungsmaßnahmen zu beruhen. Mit der Rechtsaufsicht wurde vereinbart, dass die Umsetzung der Auflage auch dadurch nachgewiesen werden kann, dass der Rat der Stadt Erlangen die erzielten Haushaltsverbesserungen beschlussmäßig zur Kenntnis nimmt.

Die angezeigten Haushaltsverbesserungen geben jedoch keinen Raum für zusätzliche Ausgaben. Vielmehr sind erwartete Mehreinnahmen bereits in den Anfangsbestand der Liquidität im Haushaltsjahr 2014 (Entwurfsband Seite 34) eingeplant.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
III/33

Verantwortliche/r:
Herr Dietmar Rosenzweig

Vorlagennummer:
331/020/2013

Hinweis auf Kfz-Schilderläden im Warteraum des Bürgeramtes; Anfrage von Herrn Stadtrat Winkler im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 18.09.2013

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	
--	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Als das Bürgeramt 2005 im Erdgeschoss des Rathauses seinen Betrieb aufgenommen hat, haben die Bürgerinnen und Bürger anlässlich von Kfz-Zulassungen regelmäßig nachgefragt, wo sie Kfz-Schilder prägen lassen können.

Um diesem Informationsanspruch gerecht zu werden und gleichzeitig größtmögliche Neutralität zu wahren, wurde mit den umliegenden Schilderläden vereinbart, eine Hinweistafel im Warteraum des Bürgeramtes aufzuhängen, die alle in der Rathausumgebung ansässigen Firmen berücksichtigt. Die Hinweistafel wurde von den Schilderläden auf eigene Rechnung gestaltet.

Weitergehende Werbung im Eingangsbereich des Rathauses, wie sie bei vielen anderen Kfz-Zulassungsstellen üblich ist, wurde aus gestalterischen Erwägungen abgelehnt.

Die Verwaltung hält die Hinweistafel weiterhin für notwendig, auch um gegenüber den Wettbewerbern deutlich zu machen, dass die Sachbearbeiter nicht einseitig zu Gunsten eines Schilderladens beraten.

Anlagen: ---

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
112/106/2013

**Heimaufsicht Gerontofachkraft;
Fraktionsanträge Nr. 199/2013 der SPD, Nr. 208/2013 der Grünen Liste und Nr. 213/2013 der Stadträte Grille/Jarosch, Stellenplanvorlage vom 4.11.2013 S. 8/9 Ziffer 22**

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
Amt 32

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Im Rahmen der laufenden Organisationsuntersuchung bei Amt 32 hat die externe Beraterfirma folgende rechtliche / fachliche Einschätzung hierzu abgegeben:

Aus organisatorischer Sicht ist die bisher bestehende Aufgabenverteilung zwischen dem Gesundheitsamt des Landratsamtes und der Heimaufsicht bei Amt 32 sinnvoll. Ersterem obliegt dabei die Einbringung der ärztlichen, pflegerischen und hygienischen Fachkompetenz. Folglich hat der Leiter des Gesundheitsamtes auch die fachliche Aufsicht. Der Einsatz einer (zusätzlichen) Gerontofachkraft müsste daher beim Gesundheitsamt des Landratsamtes erfolgen.

Diese Einschätzung wird auch in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt durch Amt 32 geteilt. Eine diesbezügliche Stellenschaffung bei der Stadt Erlangen ist daher nicht zielführend.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:
eGovernment-Center

Vorlagennummer:
eGov/056/2013

Schule 2015+, IT-Ausstattung, Abstimmungsskript Fachausschüsse der Stadtkämmerei S. 27 Anträge der SPD-Fraktion Nr. 201/2013 und CSU-Fraktion Nr. 212/2013

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
Amt 40

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Eine stadtinterne Arbeitsgruppe (Schulverwaltungsamt, eGovernment-Center, KommunalBIT) hat mit externer Unterstützung eine Fortschreibung des vorhandenen IT-Konzepts entwickelt und die Ergebnisse mit den wesentlichen Eckpunkten im Schulausschuss am 14.03.2013 vorgestellt.

Um den im Rahmen der Überprüfung der Schul-IT festgestellten zusätzlichen Bedarf in Höhe von ca. 600 PC-Einheiten bis 2017 aufbauen zu können wäre eine jährliche Steigerung des Ausgabevolumens um **75.000,- €** notwendig.

Enormer Nachholbedarf besteht zudem bei der externen Internetanbindung. Die bestehenden kostenlosen 32 MBit-Anschlüsse der Schulen sind dem gestiegenen Datenvolumen nicht mehr gewachsen. Von 2014 bis 2017 sollte eine jährliche Steigerung des Budgets um **25.000,- €** für den Ausbau der Breitbandanbindung vorgesehen werden.

Nach einer Überprüfung der inhaltlichen Zuständigkeit verbunden mit einer sinnvollen strategischen Steuerung des Themas Schul-IT wird zum 01.01.2014 die Zuständigkeit für das Thema Schul-IT und das entsprechende Budget vom eGovernment-Center zum Schulverwaltungsamt wechseln.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:
eGovernment-Center

Vorlagennummer:
eGov/057/2013

Übersetzungen www.erlangen.de, Antrag SPD-Fraktion Nr. 196/2013, Abstimmungsskript Fachausschüsse der Stadtkämmerei S. 26

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	
--	------------	---	---------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Mit Umsetzung des neuen Auftritts von www.erlangen.de wurde dem Thema Fremdsprachlichkeit mehr Bedeutung zugemessen.

Mit nur einem Klick ist es jetzt für fremdsprachige Besucher möglich, die komplette Seite von www.erlangen.de zu übersetzen. Dabei wird im Browser erkannt, aus welchem „Zielland“ der Nutzer stammt und schon im Vorfeld eine Sprachvariante angeboten. Was früher mit sehr viel Aufwand und nur im Anriss manuell übersetzt wurde, wird jetzt automatisiert in Sekunden erledigt. Die Übersetzung erfolgt maschinell durch den Google-Translator. Dieses Übersetzungsprogramm hat zwar nicht die Qualität einer manuellen Übersetzung durch einen professionellen Übersetzer, dafür ist es aber kostenlos, und in 63 Sprachen für alle Inhaltsseiten von www.erlangen.de verfügbar. Der Sinn des Textes ist durchaus verständlich.

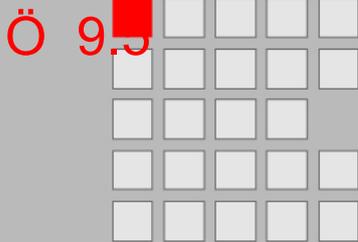
Gleichwohl kann es Sinn machen, wichtige und zentrale Texte, die eine gewisse Bestandskraft haben und nicht permanenten Änderungen unterliegen, mit einer besseren Übersetzungsqualität vorzuhalten.

Dazu könnten die beantragten zusätzlichen Finanzmittel punktuell eingesetzt werden.

Eine inhaltliche Abstimmung mit dem laufenden Förderprojekt Xenos zum Thema „Willkommenskultur“ wäre dabei sicherzustellen.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 22.10.2013

Antragsnr.: 196/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/eGOV

mit Referat: II/20/Sponsel

SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Antrag zum Arbeitsprogramm des Bürgermeister- und Presseamts Übersetzungen www.erlangen.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für viele aus dem Ausland neu zugezogenen Bürgerinnen und Bürger ist der Internetauftritt www.erlangen.de eine erste hilfreiche Informationsquelle über unsere Stadt.

Gerade bei wichtigen Informationen wie Anmeldung, Information zu Kita und Schulen, Müllabfuhr oder Sozialdiensten ist es wichtig – und kundenfreundlich – korrekt übersetzte Texte vorzufinden. Dies ist jedoch auf www.erlangen.de nicht der Fall.

Deswegen beantragen wir im Sachmittelbudget, eGovernment-Center 10.000 Euro für eine externe professionelle Übersetzung wichtiger Informationen auf der Erlanger Webseite www.erlangen.de. Eine professionelle Übersetzung ins Englische sollte als erstes erfolgen, um dann anschließend die Inhalte der Website auch in andere Sprachen zu übersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Datum
21.10.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 1

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
13/088/2013

Haushalt 2014: Neuer Radlader für das THW Antrag 192/2013 der SPD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

Amt für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37)

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag der SPD Nr. 192/2013 erfolgt nach dem Abstimmungsskript der Kämmerei vom 4.11.2013, Investitionsprogramm A lfd.Nr. 74.

II. Sachbericht

Mit dem Fraktionsantrag 192/2013 bittet die SPD-Fraktion um einen den THW-Förderungsverein bei der geplanten Ersatzbeschaffung eines neuen (gebrauchten) Radladers aus städtischen Mitteln mit maximal 25.000 Euro zu unterstützen und zum anderen um die Unterstützung der Stadt Erlangen beim Sammeln von Spenden und bei der Suche von Sponsoren für die notwendige Ersatzbeschaffung. Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Vom Grundsatz handelt es sich beim Technischen Hilfswerk um eine Bundeseinrichtung. Der „neue“ Radlader stellt keine Ersatzlieferung eines bundeseigenen Fahrzeugs dar. Es handelt sich um ein Fahrzeug des Förderungsvereins, das rein aus Spendengeldern finanziert werden soll. Die Stadt Erlangen ist rechtlich nicht in der Verpflichtung, die Finanzierung des Radladers zu unterstützen.

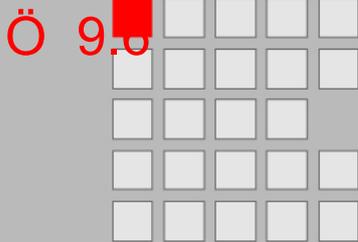
Trotz dieser rechtlichen Situation, im Besonderen auf Grund der guten Zusammenarbeit mit dem THW und der Tatsache, dass der derzeit vorhandene Radlader gelegentlich für Einsätze (Kohlebunker) der Feuerwehr Erlangen herangezogen wird, erachtet der Unterzeichner eine Unterstützung als zielführend. Eine Unterstützung aus dem Budget des Amtes 37 ist leider nicht möglich, da die im Haushalt eingestellten Finanzmittel für die Bewältigung der Pflichtaufgaben des Amtes nach dem Bayerischen Feuerwehrgesetz (BayFwG) und Bayerischen Katastrophenschutzgesetz (BayKSG) benötigt werden. Die Ämter 13 und 37 erachten einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro bis maximal 10.000 Euro als angemessen.

Eine Sensibilisierung der Bevölkerung für eine Spendenbereitschaft für das THW kann nicht durch die Feuerwehr Erlangen erfolgen, da diese für die Freiwilligen Feuerwehren selbst ständig bemüht sind, für die Unterstützung der Feuerwehr Spendengelder zu generieren.

Für die Vermittlung von Spenden an das THW wäre der Bereich OBM/13 Ansprechpartner.

Anlagen: Fraktionsantrag

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 22.10.2013

Antragsnr.: 192/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/13

mit Referat: II/20/Schmied

SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Antrag zum Arbeitsprogramm des Bürgermeisteramtes Neuer Radlader für das THW

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Radlader des THW ist mittlerweile fast 30 Jahre alt und muss dringend ersetzt werden. Ein neuer Radlader kostet ca. 50.000 Euro. Leider gibt es für dieses Fahrzeug, das für vielfältige Einsätze in unserer Stadt sozusagen ein unabdingbares Alleinstellungsmerkmal ergibt, keinerlei öffentliche Zuschüsse. Der Förderverein des THW hat bereits damit begonnen, Spenden dafür zu sammeln.

Hiermit stellen wir folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung unterstützt den THW-Förderverein bei der Sammlung weiterer Spenden und bei der Suche nach Sponsoren.
2. Die Stadt stellt in den Haushalt 2014 25.000 Euro (mit Sperrvermerk) ein, um einen maximalen freiwilligen Zuschuss von 50% der anfallenden Kosten zu gewährleisten, der aufgrund der besonderen Bedeutung des Radladers gerechtfertigt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
21.10.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 1

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
13/089/2013

Haushalt 2014: Kommunalwatch Antrag Nr. 165/2013, Stadtrat Heinze

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
II/20

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag von Herrn Stadtrat Heinze Nr. 165/2013 erfolgt nach dem Abstimmunsskript der Kämmerei vom 4.11.2013, Nr. 17.4

II. Sachbericht

Die Stadt Erlangen bietet über den städtischen Internetauftritt www.erlangen.de in der Rubrik „Rathaus / Politik / Stadtrat und Gremien“ der Bürgerschaft schon seit Jahren die Möglichkeit, über die dort veröffentlichten E-Mail-Adressen direkt mit den Stadträtinnen und Stadträten in Kontakt zu treten und gezielt Fragen zu stellen. Die Beantwortung liegt in der Hand der angesprochenen Ratsmitglieder und nicht bei der Stadtverwaltung.

Der Aufbau eines weiteren Systems ist daher nicht erforderlich.

Die Beteiligung an der, durch den Verein „Parlamentwatch e.V., Hamburg“ betriebenen Internetplattform „Abgeordnetenwatch/Kommunalwatch“ ist daher nicht vorzusehen.

Hinweis: Bereits zum Haushalt 2013 wurde durch Herrn Heinze ein nahezu wortgleicher Antrag gestellt; der HFPA hat damals mit 12:1 Stimmen gegen die Teilnahme der Stadt Erlangen an „Abgeordnetewatch/Kommunalwatch“ entschieden.

Anlagen: Fraktionsantrag

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Ö 9.7 Herr
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag: Kommunalwatch

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Frank Heinze
Stadtrat

KLARMACHEN

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 21.10.2013

Antragsnr.: 165/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/13

mit Referat: OBM/ZV/eGov, II/20/Sponsel

email: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de

web: www.twitter.com/ea3321

Erlangen, den 19.10.2013

Hiermit beantragen wir 2.000€ für folgende Tätigkeiten:

Wir beantragen die Teilnahme der Stadt Erlangen an
"Abgeordnetenwatch/Kommunalwatch".

Nach Angaben von Abgeordnetenwatch entstehen hierfür jeweils 100€ an Kosten
pro Monat. In Bayern beteiligen sich bereits München, Regensburg,
Fürstfeldbruck, Memmingen und der Kreis Coburg.

Mehr dazu hier: <http://www.abgeordnetenwatch.de/kommunen-933-0.html>

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Heinze
Stadtrat

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13/LH003

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
13/090/2013

Haushalt 2014: Bürgermeister- und Presseamt, Eigenes Budget für Entwicklungszusammenarbeit Antrag 177/2013 der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
II/20

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 177/2013 erfolgt nach dem Abstimmungsskript der Kämmerei vom 4.11.2013, Nr. 13.13.

II. Sachbericht

Der Runden Tisch San Carlos hat einen Antrag über Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,- € für 2014 erstellt, um eine Reihe von Projekten zu unterstützen. In diesem Antrag wird ebenfalls die Notwendigkeit eines stetigen Haushaltstitels genannt. Dieser Antrag wurde allen Stadtratsfraktionen / Ausschussgemeinschaften / Einzelstadträten und dem Agenda 21-Beirat vorgelegt.

Das Sachgebiet 13-4 (Internationale Beziehungen) verweist in seiner Stellungnahme darauf, dass ein fester Anteil des Haushaltes für Projekte in San Carlos die kontinuierliche Unterstützung von langfristig angelegten Projekten ermöglichen würde. Beispielsweise könnten im medizinischen Bereich, wo eine adäquate Ausstattung mit enormen Kosten verbunden ist, kontinuierlich die Ausstattung mit medizinischem Gerät und Ausrüstung verbessert werden. So liegen Berichte vor, dass z. B. die Pathologie im Krankenhaus San Carlos völlig unzureichend ausgestattet ist und hier Handlungsbedarf besteht; dies ist nur ein Beispiel. Natürlich wäre mit festen Mitteln auch die Unterstützung anderer Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll und möglich.

Hinsichtlich der Praxis in unsere Partnerstadt Jena ist festzuhalten, dass gemäß dortigem Stadtratsbeschluss die Stadt Jena ab 2011 jährlich 0,02% ihres Haushalts für konkrete Entwicklungsprojekte der Partnerstädte (nicht nur ausschließlich Nicaragua) zur Verfügung stellt. Hierfür wurden folgende Voraussetzungen für eine finanzielle Zuwendung formuliert:

- die Hilfebedürftigkeit der Partnerstadt
- klar beschriebene und finanziell nachvollziehbare Einzelprojekte
- der Charakter der in Frage stehenden Projekte als Hilfe zur Selbsthilfe
- Förderfähigkeit analog zur allgemeinen Zuschussrichtlinie der Stadt Jena
- zusätzlich einzuwerbende private Spenden im Sinne einer öffentlich-privaten Entwicklungspartnerschaft.

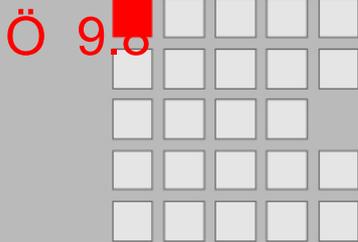
Über die Zuwendung für ein Entwicklungsprojekt entscheidet in Jena ein öffentlicher Fachausschuss.

Ob in Erlangen ein eigenes Budget für die Entwicklungszusammenarbeit über „Vorabdotierung“ oder über ein eigenes Kontierungsmerkmal erfolgen kann, wird in Zusammenarbeit mit der Kämmererei zu klären sein.

Anlagen: Fraktionsantrag

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 22.10.2013

Antragsnr.: 177/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/13

mit Referat: II/20/Sponsel

SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Haushalt 2014 / Bürgermeister- und Presseamt
Eigenes Budget für Entwicklungszusammenarbeit**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

um die Zusammenarbeit mit unserer nikaraguanischen Partnerstadt San Carlos dauerhaft auf eine stabile Basis zu stellen, beantragen wir:

Der Stadtrat möge beschließen, nach dem Vorbild unserer Partnerstadt Jena ab 2014 jährlich einen festen Anteil (0,02 %) des Ergebnishaushalts (Vorabdotierung) für die Förderung von Projekten in San Carlos bereitzustellen. Hilfsweise beantragen wir für 2014 Mittel in Höhe von 25.000 Euro.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Datum
21.10.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/142/2013

Abschlussbericht für das Projekt "Demographisches Personalmanagement"

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
PR

I. Antrag

Der mündliche Bericht der Projektleitungen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

II. Begründung

Mündlicher Vortrag durch die Projektleitungen (Dauer ca. 10-15 Min.).
Die zum Zeitpunkt der Einladung noch in Arbeit befindliche Präsentation wird zur Sitzungsniederschrift in elektronischer Form bereitgestellt.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/140/2013

Teilfreistellung der Einrichtungsleitungen von Kindertagesstätten – Konzept „Leitungsassistenz“

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	
Jugendhilfeausschuss	21.11.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
Amt 51, Personalrat

I. Antrag

1. Die bereits mit Stellenplan 2013 geschaffenen 4 Planstellen werden wie folgt verwendet:
 - a) Einrichtungsleitungen von Kindertagesstätten werden durch zusätzliche Personalressourcen von der pädagogischen Arbeit am Kind zum Teil freigestellt, um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben wahrnehmen zu können.
 - b) Die dadurch zur Verfügung stehenden Stunden der Einrichtungsleitung in der Gruppe werden vorrangig durch pädagogische Fachkräfte aufgefüllt.
 - c) Liegen besondere Gründe vor, können die Einrichtungsleitungen als nachrangige Alternative durch eine Verwaltungskraft, primär aus dem vorhandenen städtischen Personal, bei den erforderlichen Verwaltungsaufgaben unterstützt werden.
2. In die Verwaltungsvorlage Liste A zum Stellenplan 2014 wird die Neuschaffung von weiteren 4 Planstellen (S06) zur vollständigen Umsetzung des Konzepts „Leitungsassistenz“ aufgenommen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Stellenplan 2013 sind 4 Planstellen für eine sog. „Leitungsassistenz“ geschaffen worden. Die Stellenschaffungen standen unter der Bedingung, dass ein Konzept vor einer Stellenbesetzung erarbeitet werden soll. Das Konzept wurde vom Personal- und Organisationsamt im Einvernehmen mit dem Jugendamt erarbeitet.

Die Verwaltung favorisiert mit den zusätzlichen Personalressourcen eine Teilfreistellung der Leitungen von der pädagogischen Arbeit am Kind, um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben in der Einrichtung wahrnehmen zu können. Durch die Unterstützung im pädagogischen Bereich wird eine Entlastung der Leitungen erzielt. Die Leitung kann in dieser zur Verfügung stehenden Zeit ihre Verwaltungsaufgaben erledigen und ihren Führungsaufgaben nachkommen. Im Nachgang ergibt sich durch diese Maßnahme eine Entlastung des pädagogischen Personals.

Durch diese Umsetzung wird auch der am 01.09.2013 in Kraft getretenen Ausführungsverordnung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Rechnung getra-

gen.

Mit dem Konzept der Teilfreistellung von Leitungen geht die Stadt Erlangen einen neuen Weg und es kann eine Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber erzielt werden. Qualifiziertes Fachpersonal in Kindertageseinrichtungen kann auf diesem Weg besser gehalten und gewonnen werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Mit der Novellierung des BayKiBiG wurde § 17 AVBayKiBiG um folgendes ergänzt: Werden von der Leitung Verwaltungsaufgaben des Trägers wahrgenommen, sind diese Zeiten bei der Berechnung des Anstellungsschlüssels und der Fachkraftquote herauszurechnen (vgl. § 17 Abs. 1 und Abs. 3 AVBayKiBiG). Diese Stunden sind grundsätzlich durch pädagogische Fachkräfte zu kompensieren damit der Anstellungsschlüssel und die Fachkraftquote den gesetzlichen Anforderungen entsprechen und die Einrichtung im förderfähigen Bereich bleibt.

Um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen werden die Einrichtungsleitungen zum Teil von der pädagogischen Arbeit am Kind freigestellt. Die dadurch zur Verfügung stehenden Stunden der Einrichtungsleitung in der Gruppe werden vorrangig durch pädagogische Fachkräfte kompensiert, damit der Anstellungsschlüssel der Einrichtung wieder den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Somit kommt die Stadt Erlangen ihrer Verpflichtung aus § 17 AVBayKiBiG nach.

Es wird sich lediglich um eine Teilfreistellung der Leitungen handeln, keine Einrichtungsleitung wird in vollem Umfang ihrer Arbeitszeit von der pädagogischen Arbeit am Kind freigestellt. Der enorm wichtige Bezug zum Kind geht durch die Freistellung nicht verloren.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit, Verwaltungskräfte in den Kindertageseinrichtungen einzusetzen um die erforderlichen Verwaltungsaufgaben anstelle der Einrichtungsleitung wahrzunehmen. Diese Möglichkeit wird dem Fachbereich in Abstimmung mit Abt. 112 eröffnet, wenn besondere Gründe vorliegen, die es nicht möglich machen bzw. wo es pädagogisch oder organisatorisch nicht sinnvoll erscheint, die vakanten Stunden mit pädagogischem Personal zu kompensieren. Die Einrichtungsleitung wird bei dieser Variante in vollem Umfang ihrer Arbeitszeit in den Anstellungsschlüssel und in der Fachkraftquote eingerechnet. Der Anstellungsschlüssel entspricht den gesetzlichen Anforderungen und die erforderlichen Verwaltungsaufgaben werden von der zur Verfügung gestellten Verwaltungskraft erledigt.

Für den Endausbau dieses Konzeptes (Deckung aller städtischen Kindertageseinrichtungen), bedarf es für den Stellenplan 2014 einer weiteren Stellenschaffung von 4 Planstellen „Leistungsassistenz“.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das vorliegende Konzept soll zügig mit den bereits 4 vorhandenen Planstellen umgesetzt werden. Die dabei gemachten Erfahrungen werden für den Einsatz der für 2014 zu schaffenden neuen Planstellen berücksichtigt.

Um eine zeitnahe Umsetzung zu gewährleisten ist eine Beschlussfassung im HFGA am 20.11.2013 im Rahmen der Haushaltsberatungen erforderlich. Eine vorherige Begutachtung durch den JHA war deshalb nicht mehr möglich.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Die Personalkosten für eine/n Vollzeit beschäftigte/n Erzieher/in (EG S06) belaufen sich auf ca. 44.900,00 € pro Jahr. Die Personalkosten für eine/n Vollzeit beschäftigte/n Verwaltungsfachangestellte/en (EG 05) belaufen sich auf ca. 38.600,00 € pro Jahr. Die Förderung nach dem BayKiBiG bleibt an dieser Stelle unbeachtlich, da das BayKiBiG nur die kindbezogene Förderung vorsieht.

Haushaltsmittel:

4 Planstellen wurden bereits im Stellenplan 2013 bewilligt,

Für die weiteren 4 Planstellen betragen die Kosten zusätzlich bis zu 179.600 € jährlich.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
112/105/2013

SPD-Fraktionsantrag Nr. 121/2013 vom 15.07.2013: Einrichtung eines kommunalen Außendienstes

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Es wird kein kommunaler Außendienst bei der Stadt Erlangen eingerichtet.
2. Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 121/2013 vom 15.07.2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Eine interkommunale Umfrage bei Städten vergleichbarer Größenordnung (Fürth, Würzburg, Regensburg, Augsburg, Ingolstadt) bestätigt den bisherigen organisatorischen Aufbau in Erlangen, auch dort besteht kein zentraler kommunaler Außendienst.

Auf eine Zentralisierung der Außendiensttätigkeiten wurde in den Städten verzichtet, da dies zu einem erhöhten Personalaufwand führen würde, der nicht durch Einsparungen bei den bisherigen Stellen kompensiert werden könnte (zu geringe Stellenanteile).

Nach Mitteilung der befragten Fachämter in Erlangen und der befragten Städte sind für die einzelnen Außendiensttätigkeiten spezielle Fachkenntnisse erforderlich und ein enger Zusammenhang mit der (eigentlichen) Sachbearbeitung gegeben. Bei der in der Größenordnung der Stadt Erlangen anfallenden Fallzahlen können diese unterschiedlichen Tätigkeiten nicht sinnvoll gebündelt werden.

Soweit eine Bündelung der Außendiensttätigkeiten innerhalb eines Amtes bzw. Aufgabenbereichs möglich und sinnvoll ist, wurde dies bereits umgesetzt (z.B. Bürgeramt oder im Amt für Soziales und Wohnen

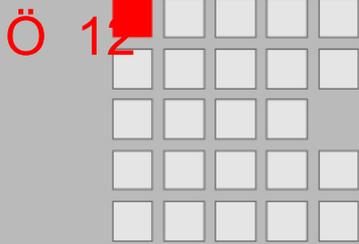
Bei der Wahrnehmung der Außendiensttätigkeiten in den Fachämtern werden bereits seit längerer Zeit auch leistungsgewandelte Mitarbeiter/innen eingesetzt.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 15.07.2013

Antragsnr.: 121/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/11

mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Antrag zum HFPA

Einrichtung eines kommunalen Außendienstes bei der Stadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei verschiedenen Dienststellen der Stadt Erlangen fallen regelmäßig Tätigkeiten im Stadtgebiet wie z. B. Gänge und Besichtigungen an, die aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufig kaum erledigt werden können. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, leistungsgewandelten Beschäftigten der Stadt entsprechende Stellen anzubieten.

Wir beantragen daher:

- Die Stadtverwaltung erarbeitet – rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen bzw. dem Antragsschluss für den Stadtrat - einen Vorschlag für die Einrichtung eines kommunalen Außendienstes auf der Grundlage des Bedarfs der Ämter.
- Dabei ist u. a. zu prüfen, ob sich diese Aufgaben sinnvoll an einer Stelle zentral zusammenfassen lassen oder den Aufgaben entsprechend mehrere solcher Stellen erforderlich sind.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Barbara Pfister
Sprecherin für Personal

Felizitas Traub-
Eichhorn
Stadträtin

Ursula Lanig
Stv.
Fraktionsvorsitzende

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
15.07.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II

Verantwortliche/r:
Referat für Wirtschaft und Finanzen
Erlanger Tourismus und Marketing
Verein e. V.

Vorlagennummer:
II/254/2013

Aufbau eines Fachbereichs "Tagungen und Veranstaltungen" im Erlanger Tourismus und Marketing Verein e. V.

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Die Stadt nimmt von dem vom Vorstand des Erlanger Tourismus und Marketing Vereins beschlossenen Konzepts zur Einführung eines Fachbereichs „Tagungen und Veranstaltungen“ Kenntnis.
2. Zur Umsetzung dieses Konzeptes sind ab 2014 jährlich 10.000 Euro Sachkosten als Zuschuss aus dem städtischen Haushalt notwendig und in den Haushalt einzustellen.
3. Insgesamt wird der Zuschuss an den ETM ab 2014 von 441.000 Euro auf 466.000 Euro erhöht. Von dem Erhöhungsbetrag 25.000 Euro entfallen 15.000 Euro allgemeine Marketingmittel für den Fachbereich „Touristik“ und 10.000 Euro für den neuen Fachbereich „Tagungen und Veranstaltungen“.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Seit zwei Jahren reift eine Überlegung des Erlanger Tourismus und Marketing Vereins e. V. (ETM) in Erlangen einen Fachbereich „Tagungen und Veranstaltungen“ einzurichten. In Fachkreisen wird hierfür häufig der Begriff Convention-Büro verwendet. Hintergrund dieser Überlegung ist, dass die Heinrich-Lades-Halle (HLH) in den letzten Jahren sukzessive renoviert wurde (Toiletten, Parkett, Küche, Entrauchung Kleiner Saal, Künstlergarderoben, Facelifting, etc.). Somit kann es gelingen, dass in den kommenden Jahren die HLH wettbewerbsfähig im Tagungs- und Kongressgeschäft vermehrt auftreten kann. Darüberhinaus erfasst der ETM alle zur Verfügung stehenden Tagungsmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet, um ein breites Spektrum für individuelle Kundenanforderungen anzubieten.

Andere Städte wie Münster, Karlsruhe und Nürnberg haben solche „Convention Büros“ bereits erfolgreich eingerichtet.

Die großen Wirtschaftsunternehmen Siemens und AREVA aber auch die Universität sowie die universitätsnahen Institute (Fraunhofer etc.) ziehen Menschen aus der ganzen Welt an. Die Infrastruktur bzw. die Lage von Autobahnen und dem Flughafen Nürnberg, Hotels in guter Lage sowie das Kultur- und Festivalangebot machen Erlangen durchaus zu einem guten „Meeting Point“ für die MICE-Branche.

Mit über 500.000 Übernachtungen und 250.000 Gästeankünften jährlich ist die Medizin- und Universitätsstadt Erlangen auf dem vierten Platz von vierzehn fränkischen Städten. Zu diesem Erfolg trägt der ETM mit seinen Partnern und Leistungsträgern bei.

Im Umland der Städteregion Nürnberg sind bereits Planungen zu diversen Tagungshotels ange-dacht. Im Innenstadtbereich Nürnbergs werden Hotels modernisiert bzw. neu gebaut. Das erhöht mittelfristig die Bettenkapazität in Nürnberg und lässt den sogenannten „Overflow“ auf den Stand-ort Erlangen verringern.

Erlangen steht aber nicht nur im direkten Wettbewerb innerhalb der Städteregion, sondern auch im nationalen und internationalen Spannungsfeld. Die Auswirkungen auf diesen Sachverhalt werden sich negativ auf den hiesigen Tourismusmarkt auswirken. Es werden zunehmend weniger Über-nachtungen generiert, Gewerbesteuererinnahmen werden geringer, Arbeits- und Ausbildungsplätze fallen weg.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass seit Jahren das Tagungs- und Messege-schäft schwieriger wird. An Wochenenden ist die Auslastung in der Hotellerie in Erlangen sehr ge-ering.

Mit dem neuen Fachbereich möchte der ETM die Auslastungen in der Hotellerie erhöhen, den Tou-rismus- und Tagungsstandort stabilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Eine wachsende Zahl von Veranstaltungsplanern macht ihre Entscheidung für einen Tagungsort nicht nur von Erreichbarkeit, Ausstattung und Service abhängig, sondern auch davon, ob vor Ort ein thematisch passendes Branchenumfeld aus Unternehmen, Verbänden, Universitäten und For-schungsinstituten gegeben ist. Dabei wird die Vernetzung von Veranstaltungen mit der im Ta-gungsort ansässigen spezifischen Branchenkompetenz immer wichtiger.

Langfristiges und zentrales Marketingziel des neuen Fachbereichs „Tagungen und Veranstaltun-gen“ ist die Positionierung Erlangens als eigenständiger Tagungsstandort innerhalb der europäi-schen Metropolregion Nürnbergs.

Die Ziele definieren sich wie folgt:

Markenauftritt und Netzwerk

Aufbau eines eigenständigen Fachbereichs in der MICE-Branche sowie der dazu nötigen Vernet-zung mit Verbänden und Leistungsträgern bzw. Schnittstellen der Wirtschaft und Wissenschaft.

MICE Internetauftritt

Aufbau eines Internetauftritts für die MICE-Branche sowie Nutzung des social web auf der bereits bestehenden Website: www.erlangen-marketing.de

Innenmarketing

Aufbau und Etablierung der Erlanger Veranstaltungswirtschaft.

Wissenschaft

Aufbau einer Kooperation mit der Universität, um die Zusammenarbeit mit der Veranstaltungsbran-che enger zu verknüpfen und eine gemeinsame Kommunikation zu knüpfen. Ebenfalls soll der Universität Unterstützung bei Veranstaltungen geboten werden, um so eine engere Verzahnung zu erreichen.

Bidding

Aktive Bewerbung für die Ausrichtung von Tagungen in Erlangen vor allem unter Einbeziehung der Wissenschaft und erarbeitenden Kontakte.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der neue Geschäftsbereich soll die zentralen Aufgaben für den Auf- und Ausbau bzw. Akquisition von Kongressen, Tagungen und Neuagenturen übernehmen. Er wird es verstehen auf die unter-schiedlichen Anforderungen aus Hotellerie, Gastgewerbe, städtische Einrichtungen sowie die HLH entsprechende kompetente Ansprechpartner in der Reiseindustrie (u.a. Reisebüros, Busunter-nehmen und Reiseveranstalter) zu generieren.

Das Tagungsmanagement wird die Vermarktung und den Verkauf des Kultur, Tagungs- und Tou-rismusstandortes weiter ausbauen. Dazu stehen verkaufsfördernde Maßnahmen, Informationsrei-sen und Programm/ Produktvorstellungen bei den externen Leistungsträgern auf der Tagungsord-nung.

Die Partnerschaften pflegen. Kontinuierlich Kooperationen aufbauen. Mit Unternehmen und Kon-

zernen, Fachverbänden und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Medien und der Tourismusbranche zusammenarbeiten.



4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Sachkosten: 466.000 € bei Sachkonto: 20.575C

Für diesen Aufbau des neuen Fachbereichs benötigt der ETM eine Aufbaufinanzierung von jährlich 10.000 Euro für Sachmittel. Zusätzliches Personal soll nicht eingestellt werden, sondern durch Umstrukturierung innerhalb der bestehenden Mitarbeiterschaft bewerkstelligt werden.

Des Weiteren benötigt der ETM eine Aufstockung der allgemeinen Marketingmittel für den Fachbereich „Touristik“ in Höhe von 15.000 Euro. Deshalb ist in Summe der Zuschuss aus dem städtischen Haushalt um gesamt 25.000 Euro anzuheben. Ab 2014 beträgt er somit gesamt 466.000 Euro (für 2013: 441.000 Euro).

Wichtiger Hinweis:

Im gedruckten Haushaltsplan 2013 ist ein Zuschuss an den ETM in Höhe von 461.000 Euro veranschlagt. In der für 2013 zugrundeliegenden Berechnung für die Ermittlung der ETM-Personalkosten ist ein Fehler enthalten, deshalb sind die veranschlagten 461.000 Euro um 20.000 Euro auf 441.000 Euro zu reduzieren. Diese 20.000 Euro stehen für Mittelbereitstellungen oder Verbesserungen des Saldos im Haushalt 2013 zur Verfügung.

Im Haushaltentwurf 2014 (Seite 342) ist ein Zuschuss an den ETM in Höhe von 510.000 Euro ausgewiesen. Durch die für 2013 fehlerhafte Berechnung der Personalkosten sowie einer in der 45. KW vorgenommenen Neuberechnung der 2014-Personalkosten wird der gesamte ETM-Zuschuss in 2014 die oben genannten 466.000 Euro betragen, also 44.000 Euro weniger als im Entwurf für 2014 mit 510.000 Euro ausgewiesen.

Im Haushalt 2012 war im Ist der Zuschuss 437,3 T€.

Zur Durchführung von Aktivitäten in der Altstadt gibt es einen Zuschuss aus dem städtischen Haushalt an den Förderverein Altstadtforum. Dieser beträgt seit einigen Jahren unverändert 25.000 Euro und wird neben dem oben genannten ETM-Zuschuss auch an ETM ausbezahlt.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/WA

Verantwortliche/r:
Referat für Wirtschaft und Finanzen Abt.
Wirtschaftsförderung und Arbeit

Vorlagennummer:
II/260/2013

Medical Valley Center GmbH, 27. Gesellschafterversammlung vom 12.12.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Geschäftsführung der Medical Valley Center GmbH, Rechnungsprüfungsamt der Stadt Erlangen im Rahmen der Betätigungsprüfung sowie Beteiligungsmanagement

I. Antrag

1. Der Vertreter der Stadt Erlangen wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung am 12.12.2013 der Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baumgartner und Kollegen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 zuzustimmen.
2. Der Vertreter der Stadt Erlangen wird angewiesen, in der o. g. Gesellschafterversammlung dem von der Geschäftsführung vorgelegten Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 zuzustimmen. Des Weiteren wird einer Anpassung des Wirtschaftsplanes im Laufe des Geschäftsjahres an die Ist-Zahlen bis zu 20 % über oder unter der Summe der ursprünglichen Aufwendungen oder Erträge zugestimmt.

II. Begründung

Die vom Vertreter in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrates der Zustimmung bzw. Genehmigung des Stadtrates bzw. des zuständigen Ausschusses.

Zu TOP 1 des Antrages: Die Prüfung des Geschäftsjahres 2012 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baumgartner und Kollegen mit Sitz in Erlangen durchgeführt. Es ist vorgesehen, dass die Gesellschafterversammlung die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nunmehr zum zweiten Mal als Abschlussprüfer bestellt und den Aufsichtsrat ermächtigt, den Auftrag über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 einschließlich der Prüfung nach § 53 HGrG an dieses Unternehmen zu den Konditionen des Vorjahres zu vergeben.

Zu TOP 2 des Antrages: In der Gesellschafterversammlung soll der von der Geschäftsführung vorgelegte Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 (**vgl. Anlage**) genehmigt werden. Die Medical Valley Center GmbH arbeitet – wie in den Vorjahren – unverändert ohne Betriebs- oder Investitionszuschuss.

Der Wirtschaftsplan berücksichtigt bereits den Auszug von zwei Unternehmen aus dem Gründerzentrum im Laufe des Geschäftsjahres 2014. Der möglicherweise eintretende Leerstand von bis zu 20 % soll durch die Akquise weiterer Mieter verringert werden, so dass eine kalkulierte Grundauslastung von mindestens 85 % erreicht wird. Aus Sicht der Geschäftsführung besteht aufgrund der äußerst erfolgreichen vergangenen Jahre und dem daraus entstandenen Gewinnvortrag sowie der vorhandenen Liquidität für das Jahr 2014 und darüber hinaus kein akuter über das Tagesgeschäft hinausgehender Handlungsdruck.

Anlagen: Wirtschaftsplan 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Wirtschaftsplan 2014

Anlage 1 b

GuV	Prognose 2013	Jan. 14	Feb. 14	Mrz. 14	Apr. 14	Mai. 14	Jun. 14	Jul. 14	Aug. 14	Sep. 14	Okt. 14	Nov. 14	Dez. 14	Summe 2014
Umsatzerlöse														
aus Nettomieten	590.000 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	38.750 €	480.000 €
aus Nebenkostenvorauszahlung	275.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	250.000 €
aus Nebenkostenabrechnung	68.000 €						37.500 €	42.500 €						80.000 €
aus Dienstleistungen an BIVG	318.000 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	26.500 €	318.000 €
aus Förderprojekten	4.444 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	2.222 €	26.664 €
sonstige betriebliche Erträge	10.000 €	350 €	1.850 €	350 €	350 €	350 €	4.650 €	350 €	350 €	350 €	350 €	350 €	350 €	10.000 €
Umsatz Summe	1.265.444 €	87.822 €	89.322 €	87.822 €	87.822 €	87.822 €	129.622 €	130.322 €	87.822 €	87.822 €	87.822 €	87.822 €	87.822 €	1.164.664 €
Bestandsänderung (fertige und unfertige Erzeugnisse)	12.000 €													0 €
Betriebliche Aufwendungen														
a) Miete an BIVG +WVW	-457.800 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-38.150 €	-457.800 €
aa) Auslastungsmiete an BIVG	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
b) Betriebskosten Gebäude	-380.000 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-31.667 €	-380.000 €
c) Kosten für kleinere Instandhaltungen	-20.000 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-20.000 €
cc) Kosten Bauleistung	-20.000 €						-10.000 €							-20.000 €
d) Kosten für Geschäftsbesorgung	-190.000 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-15.833 €	-190.000 €
e) Kosten für Beratung	-5.000 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-1.833 €	-22.000 €
f) Bürokosten	-20.000 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-20.000 €
g) Kosten für Marketing und Veranstaltungen	-35.000 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-1.250 €	-15.000 €
h) Kosten für Rechtsberatung und Controlling	-15.000 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-20.000 €
i) Kosten für Ersatz entgangener Vorsteuer + nichtabziehbare VSt	-23.500 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-1.667 €	-20.000 €
Summe	-1.166.300 €	-95.400 €	-95.400 €	-95.400 €	-95.400 €	-95.400 €	-105.400 €	-95.400 €	-105.400 €	-95.400 €	-95.400 €	-95.400 €	-95.400 €	-1.164.800 €
EBITDA	111.144 €	-7.578 €	-6.078 €	-7.578 €	-7.578 €	-7.578 €	24.222 €	34.922 €	-17.578 €	-7.578 €	-7.578 €	-7.578 €	-7.578 €	-136 €
AfA Summe	-24.540 €	-1.089 €	-1.089 €	-1.089 €	-1.089 €	-1.089 €	-1.256 €	-1.256 €	-1.339 €	-1.422 €	-1.422 €	-1.422 €	-1.422 €	-14.986 €
EBIT	86.604 €	-8.667 €	-7.167 €	-8.667 €	-8.667 €	-8.667 €	23.133 €	33.833 €	-18.667 €	-8.667 €	-8.667 €	-8.667 €	-8.667 €	-15.122 €
Summe Zinsen	1.300 €	0 €	0 €	350 €	0 €	0 €	350 €	0 €	0 €	350 €	0 €	0 €	350 €	1.400 €
Auflösung von Rückstellungen														
EBT (zu versteuerndes Einkommen)	87.904 €	-8.667 €	-7.167 €	-8.317 €	-8.667 €	-8.667 €	23.483 €	33.833 €	-18.667 €	-8.317 €	-8.667 €	-8.667 €	-8.317 €	-13.722 €
Summe Steuern KSt und GewSt	-32.248 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Periodenergebnis (nach Steuern)	55.656 €	-8.667 €	-7.167 €	-8.317 €	-8.667 €	-8.667 €	23.483 €	33.833 €	-18.667 €	-8.317 €	-8.667 €	-8.667 €	-8.317 €	-13.722 €
Cash Flow														
Operating CF	100.444 €	-7.578 €	-6.078 €	-7.228 €	-7.578 €	-7.578 €	24.572 €	34.922 €	-17.578 €	-7.228 €	-7.578 €	-7.578 €	-7.228 €	1.264 €
Projekt 1 Aussenanlagen	-10.000 €						-10.000 €							-10.000 €
Projekt 2 Umbau Mietbereiche	-5.000 €							-5.000 €						-5.000 €
Projekt 3 Erweiterung IT Infrastruktur	-5.000 €								-5.000 €		-5.000 €			-5.000 €
Projekt 4 (Bauleistung werterhaltende Maßnahmen)	0 €													0 €
Projekt 5 (Bauleistung werterhaltende Maßnahmen)	0 €													0 €
Summe Investitions CF	-20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	-10.000 €	0 €	-5.000 €	-5.000 €	0 €	0 €	0 €	-20.000 €
KSt aus Vorjahr, GewST, Vorauszahlungen	-52.674 €	-4.584 €	-3.478 €		-4.584 €	-3.478 €		-4.584 €	-3.478 €		-4.584 €	-3.478 €		-32.248 €
ungen nur CF relevant: Aufl. Rückstellungen														
Free CF	27.770 €	-12.162 €	-9.556 €	-7.228 €	-12.162 €	-11.056 €	14.572 €	30.338 €	-26.056 €	-12.228 €	-12.162 €	-11.056 €	-7.228 €	-50.984 €
Free CF kumuliert mit Anfangsbestand	470.864 €	458.702 €	449.146 €	441.918 €	429.755 €	418.700 €	433.272 €	463.609 €	437.554 €	425.326 €	413.163 €	402.108 €	394.880 €	419.880 €

33/123

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
GGFA

Verantwortliche/r:
Herr Lindner

Vorlagennummer:
50/140/2013

Arbeitsmarktprogramm 2014 der GGFA

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	12.11.2013	Ö	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	12.11.2013	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Dem Arbeitsmarktprogramm 2014 der GGFA wird zugestimmt.

II. Begründung

- Anlagen:**
- Arbeitsmarktprogramm 2014
 - 1. Verteilung der Bundesmittel
 - 2. Maßnahmeübersicht 2014
 - 3. Stellungnahme DST
 - 4. SGB II Statistik
 - 5. Jobcenter Erlangen EGT VWT Entwicklung 2009-2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang



JOBCENTER **GGFA**
STADT ERLANGEN AöR

Arbeitsmarktprogramm 2014

Essentials

- *Das Arbeitsmarktprogramm 2014 folgt in der Entwicklung von aktivierungs- und integrationsunterstützenden Prozessen und Maßnahmen den Anforderungen der Zielgruppen und des Arbeitsmarktes. Die fachlichen Anforderungen werden durch unverhältnismäßig hohe Kürzungen der Bundesmittel konterkariert.*
- *Obwohl die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher (Berechnungsgrundlage für die Eingliederungsmittel) seit 2009 um nur 9,3% gesunken ist, werden die zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel - nach Umschichtung zugunsten der Verwaltungsmittel – im Jahr 2014 nur noch 70% im Vergleich zum Jahr 2009 betragen.*
- *Langzeitarbeitslose werden laut Prognose des IAB weniger von den zukünftigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes profitieren. Umso anspruchsvoller muss die Investition in diese Personengruppe sein, um nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu erlangen.*
- *Das Arbeitsmarktprogramm weist zumindest noch für das kommende Jahr, unterstützt durch kommunale Zuschüsse und GGFA eigenen Mittel (vorbehaltlich der Zustimmung des GGFA Verwaltungsrates), ein weiterentwickeltes immer noch beachtliches Portfolio von Angeboten auf und kann noch viele Zielgruppenbedarfe zufrieden stellen.*
- *Arbeitsgelegenheiten müssen jedoch weiterhin auf einem Tiefstand zurückgefahren bleiben. Die konstatierte Notwendigkeit eines inklusiven Arbeitsmarktes muss ein zukünftiges Umsetzungsziel darstellen.*
- *Das Bundesprogramm Perspektive 50plus, dessen Laufzeit mit dem Jahr 2015 bedrohlich nahe endet, steht für 2014 mit erhöhter Mittelbereitstellung zur Verfügung – und übersteigt damit die Höhe der zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel.*
- *Die Bundespolitik ist dringend aufgefordert zu handeln. Der Deutsche Städtetag nimmt dazu in seinen „Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung“ dezidiert Stellung!*

Inhaltsverzeichnis

Essentials	Seite 2
-------------------	---------

Prolog: Erreichtes erhalten – Mitteleinsatz fokussieren – Politik mobilisieren

1. Erreichtes erhalten	Seite 4
2. Mitteleinsatz fokussieren	Seite 4
3. Politik mobilisieren	Seite 5

Arbeitsmarktprogramm 2014

1. Ausblick Arbeitsmarkt 2014	Seite 6
2. SGB II Statistik und Analyse	Seite 6
3. Arbeitsmarktziele in der SGB II Umsetzung	Seite 9
4. Maßnahmenportfolio für 2014	Seite 11
5. Fazit	Seite 13
6. Anlagenübersicht	Seite 13
7. Tabellenanhang	Seite 14

Prolog: Erreichtes erhalten – Mitteleinsatz fokussieren – Politik mobilisieren

1. Erreichtes erhalten

Das Jobcenter Erlangen hat bisher für die Zielgruppen des Arbeitsmarktes differenzierte Prozesse und Angebote entwickelt und vorgehalten. Es baut dabei im behördlichen Teil der GGFA und im GGFA eigenen Träger auf qualifizierten und geschulten Personal auf und sorgsam akquirierte Maßnahmen von externen Trägern.

Durch die Arbeit des Jobcenters konnte auf der Basis der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Großraums die SGB II Arbeitslosenquote seit Jahren auf einem niedrigen Niveau gehalten werden. Erlangen steht dabei unter den zehn besten Großstädten in Deutschland auf einem sehr guten zweiten Platz. (siehe Tabelle 5)

Um diese sehr gute Position zu halten, sind in Zukunft weiterentwickelte Handlungskonzepte für die SGB II Empfänger anzubieten. Die Reduzierung des Langzeitleistungsbezuges erfordert einen aufwändigeren Prozess mit einer individuelleren Ausrichtung. Gruppenangebote haben weiter ihren Platz in der Maßnahmenpalette des Jobcenters, eine Verstärkung des personalintensiven Coaching ist jedoch geboten.

2. Mitteleinsatz fokussieren

Die restriktive Kürzungspolitik der Bundesregierung im SGB II Bereich stellt das Jobcenter Erlangen bei der Jahresplanung 2014 vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Einer seit dem Jahr 2009 nur geringen Abnahme der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die die Basis zur Berechnung der Eingliederungsmittel bilden, von 9% steht eine Mittelkürzung im Eingliederungsbereich vor Umschichtung von 46 % entgegen. Durch die geplante Umschichtung von Eingliederungsmittel in den unterdeckten Verwaltungsbereich werden die für 2014 zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel auf 30% der Mittel aus 2009 nach Umschichtung sinken! Es steht somit im Vergleich zum Jahr 2009 mit einem Eingliederungsbudget nach Umschichtung von 2.859.747 € nur noch 863.256 € nach Umschichtung für das Jahr 2014 zur Verfügung. (Details siehe Anlage 1)

Nur teilweise kann dieser so vom BMAS in drei Jahresstufen vollzogene Mittelrückgang durch das Bundesprogramm Perspektive 50plus, ESF Förderungen bei Maßnahmen und zusätzliche kommunale Mittel für Sonderaufgaben wie Hauptschulabschluss und Sozialkaufhaus aufgefangen werden. Erwähnenswert ist, dass es gelang die Mittelausstattung durch das 50plus Programm von 841.000€ auf 884.000 € zu steigern!

Ein großes Anliegen des Jobcenters ist die erneute Beistellung einer kommunalen Überziehungsbürgerschaft um Handlungsspielräume im Arbeitsmarktprogramm 2014 sichern zu können.

Die notwendigen Einsparungen sind schwerpunktmäßig im Maßnahmenbereich zu finden. Bereits im Jahr 2012 mussten die Arbeitsgelegenheiten von ca. 140 Plätzen auf unter 30 Plätze reduziert werden. Eine Fortschreibung des niedrigen Niveaus ist für das Jahr 2014 vorgesehen. Dazu muss auch der hauswirtschaftliche Bereich, nachdem die Wäscherei bereits im Jahr 2012 abgebaut wurde, nun im Zusammenhang mit der Schließung der GGFA Kantine zum Jahresende 2013 komplett eingestellt werden. Im Gegenzug sollen zumindest die AGH Plätze bei Dritten zukünftig bevorzugt für Frauen zur Verfügung gestellt werden. (AGH Übersicht Tabelle 3)

Gerade Arbeitsgelegenheiten boten für Langzeitleistungsbezieher den ersten geschützten Rahmen des Wiedereintritts in Arbeit. Auch aus Arbeitsgelegenheiten konnten Vermittlungserfolge erzielt werden.

Arbeitsmarktprogramm 2014

Bereich Integration und Aktivierung

Die Werkakademie als zentrale Eingangsmaßnahme muss ebenfalls in Teilbereichen zurückgefahren werden. Die Personalressourcen für die wichtigen Profiling-Gespräche und die unmittelbaren Vermittlungsaktivitäten bleiben erhalten, während die Betreuung in der sechswöchigen Präsenzphase reduziert werden muss und hier auf stärkere Eigeninitiative gesetzt wird.

Die Jugendmaßnahmen wurden im Umfang der bisherigen Platzzahlen beibehalten, jedoch unter Differenzierung und Aufteilung in kleinere Maßnahmengrößen mit integrierten verstärkten Einzel-Coaching.

Die Beauftragung Dritter muss ebenfalls auf ein niedrigeres Niveau reduziert werden. Wesentliche Akteure der Erlanger Trägerlandschaft, wie die Jugendwerkstatt Eltersdorf und der Integrationsfachdienst Access bleiben, da bedarfsgerecht, in der Förderstrecke.

Eine notwendige fachlich anspruchsvolle Maßnahme für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung beim Berufsförderwerk Nürnberg kann nicht mehr in dem geplanten Umfang beschickt werden. Alternativ ist eine Kooperation mit den psychosozialen Einrichtungen in der Stadt Erlangen vorgesehen.

Im Fallmanagementbereich des Jobcenters sind Stundenrückführungen von stundenmäßig aufgestockten Arbeitsverträgen vorgesehen.

Das Jahr 2014 bringt somit deutliche Einschränkungen in der Palette der angebotenen Maßnahmen, doch bleibt noch ein Großteil an Förderangeboten erhalten. Dies gelingt nur durch die Deckung des Jobcenterdefizits mit Eigenmitteln der GGFA AöR. Ein reguläres Jobcenter hätte, wie es auch mannigfach vollzogen wird, die Instrumente wesentlich strenger zurückgefahren, als es im Jobcenter Erlangen praktiziert wird. Dies kann jedoch nur für eine Übergangszeit gewährleistet werden.

3. Politik mobilisieren

Es sind vor allem bundespolitische Vorgaben, die die finanziellen Rahmenbedingungen des Jobcenters bestimmen. Hier ist der Stadtrat aufgefordert ein starkes Wort an die Berliner Politik zu richten. Gerade die aktuellen Koalitionsgespräche bieten die Gelegenheit, die Unterausstattung des SGB II Aufgabenfeldes zu thematisieren und einer Lösung zuzuführen.

Folgende Maßnahmen sind nötig:

- Deutliche Anhebung der Gesamtbudgets der Eingliederungs- und Verwaltungsmittel, verbunden mit der stetigen Anpassung infolge von Kostensteigerungen durch Gehälter und Sachkosten
- Streichen des regionalen Problemdruckindikators, der Erlangen jährlich mind. 200 T€ weniger Bundeszuschüsse bringt (paradoxe Weise geben die durch den Problemdruckindikator finanziell überdurchschnittlich bedachten Grundsicherungsstellen in der Regel Eingliederungsmittel zurück)
- Möglichkeit des Restmittelübertrages zum Jahreswechsel
- Unterjährige Umschichtung der Mittel bundesweit unter allen Jobcentern abhängig vom jeweiligen Ausgabestand

Arbeitsmarktprogramm 2014

1. Ausblick Arbeitsmarkt 2014

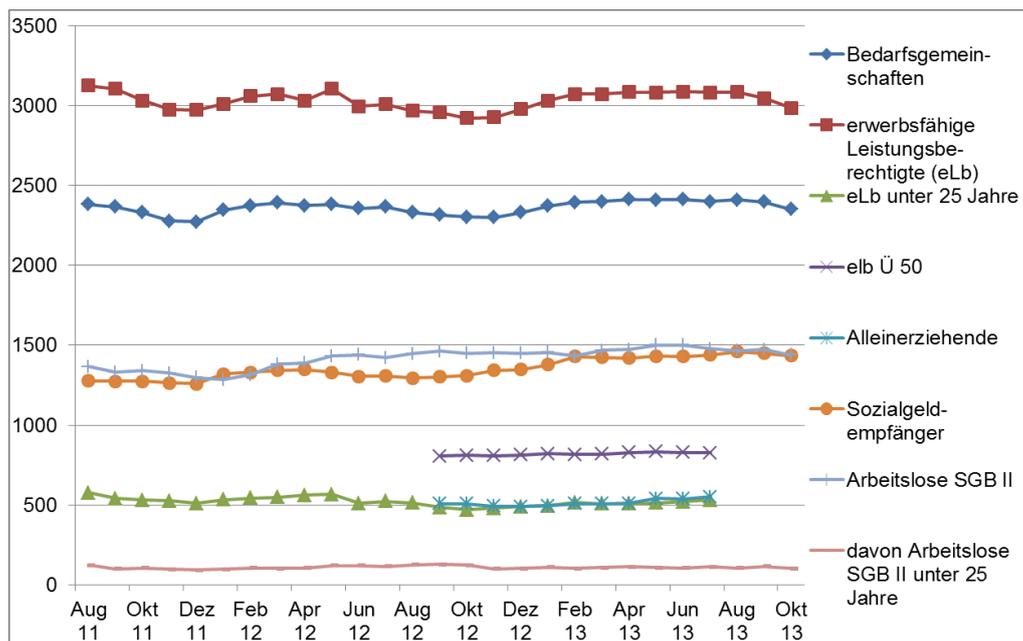
Bereits im aktuellen Jahr 2013 zeigt sich eine geringere Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes. Dies trifft vor allem für ungelernete marktfernere Arbeitssuchende zu, wie sie in der Regel im SGB II Kreis zu finden sind. So wird voraussichtlich die Zielgröße von 1000 Integrationen im Jahr 2013 nicht erreicht werden.

Das IAB prognostiziert für das Jahr 2014 nur eine leichte wirtschaftliche Steigerung, die aber nicht zu einer wesentlichen Reduktion der SGB II Bezieher führen wird. Der Arbeitsmarkt in Erlangen ist ein Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte und mit einem hohen Konkurrenzdruck durch Einpendler aus dem Großraum versehen. Einfacharbeitsplätze in der Produktion und im Dienstleistungsbereich werden weiterhin eher unterdurchschnittlich im Angebot zu finden sein.

2. SGB II Statistik und Analyse

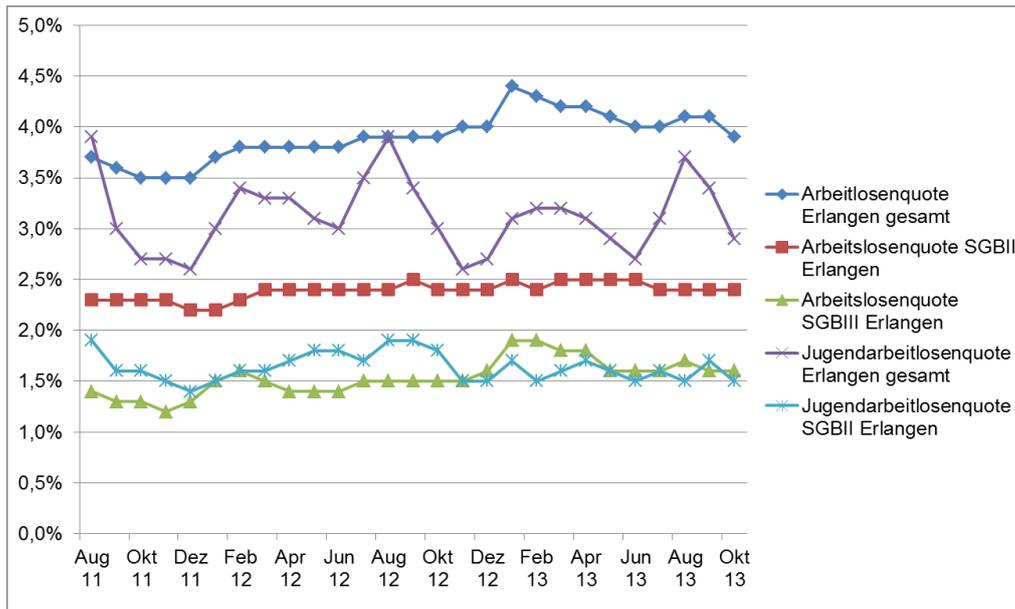
Die Zahlen der SGB II Bezieher befinden sich in der Stadt Erlangen seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Ein Drittel der SGB II Bezieher sind einem hoch virulenten Bereich zuzurechnen, die den SGB II Bezug aktiv als Plattform nutzen, um wieder umgehend in den Arbeitsmarkt zu gelangen. Die anderen zwei Drittel stellen Langzeitleistungsbezieher dar, von denen wiederum zwei Drittel sogar länger als 64 Monate im Bezug sind.

SGB II Bezieher, aufgeteilt in Gruppen



Arbeitslosenquoten

Erkennbar sind in der folgenden Graphik die Jahresrhythmen der Kennzahlen. Während die SGB III Quote direkt den Bewegungen des Arbeitsmarktes folgt, stellt die SGB II Quote einen stabilen Sockelbereich dar. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit fällt insgesamt leicht. Der demographische Faktor und die damit verbundene Steigerung offener Ausbildungsplätze geben unseren Jugendlichen zusätzliche Chancen.



Die oben genannten Kerngruppen der SGB II Bezieher erfordern zwei unterschiedliche Integrations- und Aktivierungsansätze: für die kleinere Gruppe die Zurverfügungstellung eines kompakten Vermittlungsprozesses verbunden mit einer arbeitnehmerorientierten Vermittlung. Der Beratungsansatz bedeutet hier Stärken, Ressourcen und Fähigkeiten des Arbeitsuchenden zu erkennen und diese flexibel mit den Angeboten des Arbeitsmarktes zusammenzuführen.

Die größere Gruppe weist neben ihren Ressourcen und Fähigkeiten Hemmnisse auf, die nicht im Rahmen eines Vermittlungsprozess bewältigt werden können. Hier ist der Ansatz eine differenzierte Anamnese mit einem längeren Weg von Maßnahmen zur Heranführung, Stabilisierung, Einübung in Beschäftigung und ggf. Teilqualifizierung. Dieser ist oft verbunden mit Aufgaben im gesundheitlichen Bereich und in der materiellen Ausstattung wie Schuldentilgung und Wohnen. Erstaunlichen Integrationserfolge können so erzielt werden, sie benötigen allerdings nachhaltigen Einsatz und Angebote.

Letztlich gibt es hier den Personenkreis der aufgrund rentenrechtlicher Regelung noch im SGB II System befindlichen Menschen, die absehbar nicht in den Regelarbeitsmarkt integrierbar sind. Hier wäre ein dauerhafter inklusiver Arbeitsmarkt das richtige Angebot.

Eingliederungen im Dreijahresvergleich:

	Mig	Female	Male	ges.	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
30.10.2013	349	386	483	869	184	217	353	26	89
15.10.2012	362	430	411	841	163	244	333	20	81
15.10.2011	373	343	508	851	142	181	414	32	82

Scheinbar liegen die Integrationen im Jahr 2013 in der Höhe der letztjährigen Zahlen. Tatsächlich hat sich die Qualität der Vermittlungen in Richtung Minijob und Teilzeitbeschäftigung verschoben. (Details siehe Tabelle 1)

Die Integrationsquote von Frauen, die im Vorjahr die Integrationszahl der Männer leicht überholt hat, ist wieder zurückgegangen. Dies stellt eine Aufgabe für die Beauftragte für Chancengleichheit im Jobcenter dar, die Gründe im Leitungsteam zu analysieren und mögliche Gegenstrategien zu entwickeln.

Der Anteil der Integrationen von Menschen mit Migrationshintergrund hat sich um knapp 10% reduziert.

Im Wesentlichen bleibt die Verteilung der Intergrationen in den Branchen des Arbeitsmarktes stabil (Siehe Anlage X). Die Zeitarbeit befindet sich auf einem im Vergleich mit anderen Jobcentern unterdurchschnittlichen Niveau von 18%. Bei der Vermittlung in Zeitarbeit wird auf Tariffreue und Nachhaltigkeit Wert gelegt.

Initiative Jugend in Ausbildung

Wie jedes Jahr werden Jugendliche aus den SGB Bedarfsgemeinschaften im Übergang Schule Beruf intensiv begleitet. Bereits in der Abgangsklasse der Hauptschulen wird der Bezug zu unserem Unterstützungsangebot aufgebaut und der Eintritt in eine Ausbildung vorbereitet.

Der Ausbildungsmarkt erweist sich in diesem Jahr so aufnahmefähig, dass die Vermittlungen von Altbewerbern über 25 Jahren deutlich erhöht werden konnte.

2013	%	2012	%	Schulabgänger / Stand 31.10.13
62	100%	88	100%	Schüler im Schulabgang (31% weniger als 2012)
				davon
22	35%	33	38%	in Ausbildung (schulische 4, betriebliche 18)
4	6%	7	8%	FOS
3	5%	8	9%	Studium
4	6%	2	2%	für Reha-Ausbildung vorgesehen (Übergabe FM)
9	15%	12	14%	gehen weiter auf die Schule
10	16%	3	3%	aus dem Bezug, Umzug, Leistungsende
0	0%	2	2%	Mutterschutz
2	3%	1	1%	FSJ
0	0%	1	1%	Bundeswehr
3	5%	3	3%	Übergang in PAV (sucht Arbeit)
57	92%	72	82%	Gesamt Versorgte
5		16	18%	unversorgt
	0%		0%	davon
3	5%	12	14%	Last Minute (danach BVJ/BVB/Ausbildung)
2	3%	4	5%	weitere Ausbildungssuche

2013	%	2012	%	Altbewerber
42	100%	55	100%	Altbewerber
				davon
28	67%	21	38%	vermittelt
14	33%	34	62%	im Vermittlungsprozess etc.

Aufstocker im SGB II Bezug / SGB II Leistungsbezieher in Arbeit mit ergänzenden SGB II Bezug

- Ca. die Hälfte der über 900 in abhängiger Beschäftigung befindlichen Aufstocker tragen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Einschränkungen durch ihre Arbeit zur Minderung des SGB II Bezugs bei.
- 60% befinden sich dabei im Bereich eines Einkommens unter 800,-€.
- Über 70% der SGB II Bezieher mit Minijobs befinden sich bereits länger als 60 Monate im SGB II Bezug.
- Die zweite Hälfte der Aufstocker verfügt über das Potential, ihren Arbeitseinsatz zu erhöhen. Zwei Drittel dieser Zielgruppe befinden sich in Minijobarbeitsverhältnissen.

Im Verhältnis zu den fast 10.000 in Erlangen registrierten Minijobarbeitsverhältnissen sind die ca. 400 Minijobverhältnisse aus dem SGB II Bezieherkreis nicht dominant.

Aufgrund der hohen Studentenzahlen und der mitarbeitenden Ehepartner aus Mittelsstandsfamilien bestehen in Erlangen eher weniger Möglichkeiten für SGB II Empfänger eine Minijob-Tätigkeit zu erhalten.

Die Werkakademie als zentraler Eingangsprozess

Statistischer Überblick – Stand 28.10.2013

Zugänge	1407	Meldungen zur WA Erstgespräch
	73	noch offene Gespräche
	390	multiple Problemlagen - Zuweisung Fallmanagement
	944	Einmündungen in die Werkakademie
Abgänge aus SGB II	416	WA verlassen wg. Antragsrücknahme bzw. Ablehnung od. Arbeitsaufnahme = 44% zu 35%/Vorjahr
Verbleib nach WA im weiteren SGB II Prozess	124	nach WA im regulären Vermittlungsprozess oder in Maßnahmen
Aufstocker im Werkakademieprozess	162	aus WA aufstockend in Arbeit
	189	bereits bei Eintritt in WA in Arbeit/ Antrag auf aufstockende SGB II Leistungen

Die Einrichtung der Werkakademie als zentraler Eingangsprozess nach bzw. parallel zur SGB II Antragsstellung hat sich bewährt. Integrationspotentiale werden gleich erkannt und im Vermittlungsprozess genutzt. Die pflichtige Präsenzzeit wird vom Großteil der Teilnehmer der Werkakademie als hilfreiche Unterstützung gesehen. Weiterhin wird so die Mitwirkungspflicht von potentiellen SGB II Empfängern auf die Probe gestellt und Mitnahmeeffekte beim SGB II Bezug minimiert.

Folgerungen für das Arbeitsmarktprogramm 2014:

Die oben aufgeführten Bilanzen und Statistiken bestätigen die im Jahr 2013 aufgelegten Strategien, Arbeitsprozesse und Maßnahmen. Sie werden im Wesentlichen im Jahr 2014 fortgesetzt bzw. den notwendigen Weiterentwicklungen unterzogen.

3. Arbeitsmarktziele in der SGB II Umsetzung

Lokalpolitische Ziele

Die Übernahmen der Option ist eine deutliche Zielstellung mit hoher lokalpolitischer Bedeutung: die Versorgung, Aktivierung und Integration von langzeitarbeitslosen Erlanger Bürgern in die eigene Regie der kommunale Daseinsfürsorge zu nehmen.

Häufig sind die SGB II Bezieher auf weitere Leistungen aus dem kommunalen Hilfesystem angewiesen. Hier bietet die innerkommunale Vernetzung in der Stadtfamilie die besseren und nachhaltigeren Lösungswege. Zielgruppen können aus der kommunalen Sicht sozialraumorientiert besser erkannt und entsprechende Hilfeprozesse unter Einbindung der lokalen Kompetenzträger aufgelegt werden.

Auf zwei Füßen steht es sich besser: die Einbindung des Jobcenters sowohl in die kommunale Fürsorge als auch in die Wirtschaftsförderung lässt die SGB II Empfänger nicht nur als Hilfsbedürftige begreifen, sondern gibt die Chance diese als auch wertvolle Ressource für den lokalen Arbeitsmarkt zu sehen. Die kommunalen Verbindungen in Industrie, Handel und Handwerk öffnen Türen.

Jugendliche, Alleinerziehende, Behinderte und Migranten sind dabei die bevorzugt zu fördernden Zielgruppen.

Bundespolitische Ziele

Die gesetzlichen Ziele des SGB II zur Verringerung der Hilfebedürftigkeit und der Integration in den Arbeitsmarkt werden über den Paragraph 48a einem Leistungsvergleich der Grundsicherungsträger zugeführt.

In einem aufwändigen Verfahren werden die drei Kennzahlen K1 (Veränderung der Summe zum Lebensunterhalt), K2 (Integrationsquote) und K3 (Veränderung des Langzeitleistungsbezugs) in einem komplexen Steuerungssystem verortet. Jährlich schließt der Bund mit den einzelnen Bundesländern Zielvereinbarungen über die zu erreichenden Zielgrößen ab und in Folge die Bundesländer jeweils mit den Kommunen.

Aufgrund der mangelnden Akzeptanz des bisherigen Zielsteuerungsverfahrens ist zukünftig ein stärkeres Bottom Up-Verfahren vorgesehen. Ebenso sind die Vergleichsringe neu geordnet.

Die Schwächen des Steuerungssystems liegen darin, dass nur die dynamischen Veränderungen gemessen und bewertet werden. Nicht berücksichtigt wird dabei, auf welchem guten oder schlechten Niveau die Änderungen stattfinden. So zeigt sich die SGB II Arbeitslosenquote in Erlangen auf einem hohen sehr guten Niveau. Gemessen an dem Stand der Kennzahlen liegt Erlangen eher in der unteren Hälfte im Vergleichsring und wird somit ungerechter Weise schlechter bewertet. (Siehe Tabelle 5+6).

Dabei beeinflussen die Bedingungen des Arbeitsmarktes deutlich mehr die Zielgrößen, als es in der Steuerungskompetenz des Jobcenters liegt. Steuerungsmöglichkeiten des Jobcenters sind auch vorhanden. Doch dazu gehört eine stabile auskömmliche Mittelausstattung, sowohl für den Verwaltungsbereich incl. des Fallmanagements und der Personalvermittlung, als auch genügende Mittel für Integration, Aktivierung und Qualifizierungsmaßnahmen.

Arbeitsziele des Jobcenters für 2014 im Kontext des Arbeitsmarktprogramms

Personalvermittlung

Hier gilt es, das Erreichte in der Qualität der Arbeitsprozesse zu bewahren. Personalvermittlung findet als intensiver Prozess in einem unmittelbaren Bezug auf die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Arbeitssuchenden statt. In einer „heißen“ Vermittlungsphase ist ein hoher Gesprächstakt erfolgsleitend. Dementsprechend können in der Personalvermittlung keine Personalressourcen abgebaut werden. Durch die vorgesehene Reduzierung der Betreuung der Präsenzmaßnahme in der Werkakademie und im Bewerbungszentrum wird es jedoch nötig, dortige Personalvakanzen in der Personalvermittlung aufzufangen.

Schwerpunktsetzungen liegen wie in diesem Jahr auf die Personengruppe der Langzeitleistungsbezieher und werden in das kommende Jahr überführt und weiter operationalisiert.

Dazu kommt als weiterer Fokus, den Wechsel in den Status Langzeitleistungsbezug zu vermeiden und bei der Gruppe der in Minijobs Tätigen an der Erhöhung der Arbeitsstunden zu arbeiten.

Fallmanagement

In der Kundenstruktur des Fallmanagements (FM) wurden folgende Veränderungen festgestellt, die eine Anpassung und Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse nötig machen:

- gesteigerter Förderbedarf bei FM Kunden mit der Notwendigkeit von Einzelcoaching
- Verzögerte Reife-Entwicklung bei den jungen Erwachsenen über 25 Jahren: ohne Ausbildungsreife, ohne grundlegende Arbeitstugenden, fehlende Qualifizierung etc..
- Zusätzliche Problematik durch fehlende rechtliche Rahmenbedingungen, die eine Qualifizierung im unteren Ausbildungsniveau als Einstieg ermöglichen (z.B. Altenpflegehelfer)

- Gesteigerte Übergänge ins SGB XII (Kap. 3 und 4) müssen vorbereitet und moderiert werden, da vermehrt Grenzen der Erwerbsfähigkeit unterschritten werden
- Die Anzahl der Menschen mit starken psychischen Belastungsausprägungen (diagnostizierte Erkrankungen und psychischen Beeinträchtigungen) nimmt zu

Verstärkung der Vermittlungsaktivitäten im Fallmanagementbereich

Trotz multipler Hemmnislagen haben die Erfahrungen gezeigt, dass erfolgreiche Integrationen auch aus dem Kundenstamm des Fallmanagements erzielt werden können. Um dies zu professionalisieren sind folgende Schritte vorgesehen:

- Verstärkte Kompetenzbildung durch Unterstützung aus der Personalvermittlung
- Stärkere Integration des Fallmanagement, in Infrastruktur (Bewerbungszentrum) und Arbeitsprozesse (z.B. gemeinsame Teams) der Personalvermittlung
- Aufbau von Vermittlungsprozessen „on the top“ in der Fallmanagementarbeit (Sonder-Vermittlungspool, Keyaccount zur Personalvermittlung etc.)

4. Maßnahmenportfolio für 2014

Im Rahmen einer laufenden Controlling-Arbeitsgruppe wurden ab April dieses Jahres die externen wie GGFA-internen Maßnahmen einer stetigen Überprüfung auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Kriterien der bedarfsgerechten Ausgestaltung unterzogen. Die Ausschöpfung der Bundesmittel war ein weiteres Ziel. Unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit sollen Maßnahmen einen hohen Auslastungsgrad aufweisen. Wenn dies nicht der Fall war, prüfte die Arbeitsgruppe auf nicht optimal laufende Geschäftsprozesse bzw. ob eine Änderung des Maßnahmenangebots nötig sei. Dies hat bereits unterjährig zu einer stetigen Weiterentwicklung der Maßnahmen geführt und damit das Programm 2014 vorgeprägt.

Die Mittelreduzierungen waren für das Jahr 2014 nur zum Teil in diesem Ausmaß vorherzusehen. Mit der am 30.10.2013 erhaltenen Mitteilung des Bundes zur voraussichtlichen Mittelzuteilung wurden größere Mitteleinschränkungen als geplant bekannt, was zu einer noch reduzierteren Maßnahmenplanung als vorgesehen geführt hat.

Instrumentensetting

unter Berücksichtigung der Platzbedarfe mit der Verteilung der Bundesmittel

Eingliederungstitel interne Durchführung			Eingliederungstitel externe Durchführung			50 plus	Drittmittel
Projekt Arbeitssuche (98 T€)	HSA Last Minute (8 T€)	Bewerbungs-Zentrum (82 T€+ 21 T€ 50plus)	Eingliederungs-zuschuss (55 T€+ 41 T€ 50plus)	Access (33T€) BFW (20 T€)	Berufliche Anpassungs-qualifizierungen (39 T€+ 14 T€ 50plus)	Impuls C (256 T€)	BGC/Kajak (57+ 25 T€)
Bike (Fundfahrräder) (21 T€ + 39 T€ 50plus)	Sozialkaufhaus (37 T€) SKH BaE (33 T€)	Cleo (28 T€) FAKT (40 T€)	Eignungs-diagnostik (15 T€+ 2 T€ 50plus)	Einstiegs-qualifizierung (5 T€)	Vermittlungs-budget (95 T€+ 8 T€ 50plus)	Impuls B 63 T€	MigraJob (34 T€)
Transit (50 T€)/ Azubi-Betreuung (15T€)	Betrieblicher Sozialdienst (43 T€+ 26 T€ 50plus)	Fahrtk.u. MAE (24T€+ 9 T€ 50plus)	BaE Jugend-werkstatt (31 T€)	Einstiegs-geld- (30 T€) / Fahrtk.u. MAE (8T€+9T€50p.)	Reha-Maßnahmen (72 T€)	Kommunale Mittel Kompetenzagentur (90 T€+15 T€ HS) Hauptschul-abschluss (53 T€) Sozialkaufhaus (25+ 53 T€)	
450 T€ + 88 T€ aus 50up			412T€ incl. Bürgschaft + 75T€ 50pl			319 T€ 116 T€	
						236 T€	

Bei der Darstellung geht es vor allem um die Präsentation der vorgesehenen Instrumente und Maßnahmen. Der Gesamtaufwand der GGFA intern geplanten Maßnahmen des linken Blockes wird insgesamt 1,35 Mio €. betragen. Auf der alleinigen Basis der Bundesmittel könnten nur ein Viertel der Kosten getragen werden.

Die Maßnahmenrealisierung gelingt letztlich durch zusätzliche 50plus Mittel, durch Eigenerlöse in den Projekten Sozialkaufhaus und Fahrradwerkstatt, mittels Finanzierung aus den Eigenmitteln der GGFA in deiner vorgesehenen Höhe von über 200 T€ und der gewünschten erneuten Bereitstellung der kommunalen Überziehungsbürgschaft in Höhe von 90T€.

Instrumente, Maßnahmen und Zielgruppen:

Lohnkostenzuschuss

Der noch relativ aufnahmebereite Arbeitsmarkt in Verbindung mit den immer mehr Wirkung entfaltenden demographischen Faktor konnten eine Absenken der Lohnkostenzuschüsse von ehemals über 800 T€ im Jahr 2008 auf einen niedrigen fünfstelligen Ansatz ermöglichen.

Angebote der beruflichen Qualifizierung

Auch die früher breitgestreuten Qualifikationsangebote werden vom Arbeitsmarkt nicht mehr erwartet. Für das nächste Jahr wird deshalb nur mit wenigen zu fördernden Einzelqualifikationen gerechnet. Bus-, Lkw- und Pkw- Führerscheine werden das Gros ausmachen.

Förderung der Berufsausbildung

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat es dieses Jahr ermöglicht Altbewerber in eine Regelausbildung zu führen zu können so auf eine kostspielige externe Trägerausbildung verzichten zu können. Dies prognostizieren wir auch für das kommende Jahr.

Im Bereich der besonders benachteiligten Jugendlichen legen wir zusätzlich zu den BAB Maßnahmen bei der Jugendwerkstatt Eltersdorf eine Ausbildungsmöglichkeit zum Umzugs-. Küchen und Montagehelfer im Sozialkaufhaus auf.

Angebote für SGB II Bezieher mit psychischen Handicaps

Leider wird es die Mittelsituation nicht ermöglichen, die externe Maßnahme für SGB II Bezieher mit psychischen Handicaps wie vorgesehen zu besetzen. Es wird stattdessen angestrebt neue Kooperationsmöglichkeiten auf der lokalen Ebene zu finden.

Angebote für Jugendliche

Das Jugendprojekt Transit wurde den aktuellen Bedarfen entsprechend verkleinert. Gleichzeitig wurde das Projekt Cleo begonnen, um in weitaus individuellerem Maße mit den Jugendlichen arbeiten zu können.

Die Finanzierung der Kompetenzagentur, die für jeden Jugendlichen mit besonderen Schwierigkeiten im Übergang Schule Beruf offen steht, soll durch einen Zuschuss der Jugendhilfe bis zum erneuten Aufleben der Bundesförderung im Herbst 2014 überbrückt werden. Zusätzlich wird die Unterstützung zur Verhinderung des Ausbildungsabbruches als neues Aufgabengebiet dazukommen.

Angebote für Familien und Alleinerziehende

Das ESF Projekt Bedarfsgemeinschaftscoaching konnte erfolgreich bis Ende der ESF Förderperiode 2015 verlängert werden. Ebenso wurde das bisherige Alleinerziehenden Projekt Allez in die ESF Förderform Kajak überführt. Dies geht mit einem intensiveren Einzel-Coachingangebot und einer leicht erhöhten Teilnehmeranzahl einher.

Angebote für Migranten

Die Beratung von Migranten zur Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse wird auch im Jahr 2014 fortgeführt. Über 100 Beratungsgespräche wurden mittlerweile durchgeführt.

Angebote für Ältere über fünfzig

Die Umsetzung des Bundesprogrammes Perspektive 50plus trägt in großem Umfang zum Programmangebot des Jobcenters bei. Eine deutliche Steigerung der Integrationen sowohl in Erlangen wie bei den Paktpartnern ermöglichte es, für 2014 eine Aufstockung der Fördermittel von 841T€ auf 889T€ zu erhalten! Nach der aktuellen

Schwerpunktsetzung auf Einzelarbeit wurden für 2014 wieder verstärkt gruppenorientierte Angebote in das Programm aufgenommen.

SGB II Bezieher mit Behinderung

Aufgrund der Verstärkung der Hemmnislagen bei den durch den Integrationsfachdienst Access im Auftrag betreuten Behinderten wird für 2014 verstärkt in Einzelarbeit vorgegangen und das Konzept entsprechend umgestaltet.

Details des Maßnahmenportfolio sind in der Anlage 2 zu finden.

5. Fazit

Die Umsetzung der Option steht in Erlangen aufgrund der nicht auskömmlichen Mittelausstattung vor einer Herausforderung: können die fachlich anspruchsvollen Angebote zur Aktivierung und Integration für SGB II beziehenden Bürger der Stadt noch in einem gebotenen Umfang erhalten und weiterentwickelt werden, oder ist der Rückzug auf ein knapp ausgestattetes Portfolio, unter dem bewussten Verzicht auf die Versorgung von Zielgruppen, jedoch mit Sicherstellung der sachgerechten materiellen Versorgung der Grundsicherung und der Kosten der Unterkunft, der weitere Weg?

Es gilt hierbei lokalpolitisch zu entscheiden und es zu tragen, welche Arbeitsmarktziele des Jobcenters zukünftig an Priorität verlieren und welche weiterhin auf Basis des geringen Finanzrahmens in der Gewichtung ganz oben stehen sollen.

Zusätzlich befindet sich das Jobcenter der Stadt in der Überprüfung seiner institutionellen Rahmenbedingungen, was die Entscheidungsfindung insgesamt komplexer und komplizierter macht. „Gute Arbeit“ – die ein gutes Ergebnis erwarten lässt, kann jedoch unabhängig von der Organisationsform des Jobcenters mit der aktuellen Bundesmittelausstattung langfristig nicht in dem Umfang sichergestellt werden.

Gilt es nun eine Überbrückungsphase zu verantworten, in (aktiver) Hoffnung auf Einsicht auf Bundesebene auf bessere Mittelausstattung, oder ist der SGB II Bereich in seiner Unterausstattung so hinzunehmen und letztlich zu Lasten der Betroffenen im Eingliederungsbereich auf das noch Finanzierbare zurückzufahren?

Oder gibt es den Mittelweg zwischen dem Nachsteuern des Bundes, zusätzlichem kommunalen Mittelzufluss und einer noch verantwortbaren Verschlinkung im Maßnahme- als auch Jobcenterbereich?

Entscheidungen hierzu sollten bis Frühjahr/Sommer 2014, abgeleitet von bundespolitischen und lokalpolitischen Entwicklungen von der Lokalpolitik getroffen werden. Die Ressourcen die aus der Substanz der GGFA AöR zur Überbrückung und Defizitdeckung bereits seit Jahren eingesetzt werden, sind nur sehr begrenzt und absehbar nur noch für das Jahr 2014 verfügbar.

6. Anlagenübersicht

Anlage 1: Darstellung der Entwicklung der Bundesmittel im Jobcenter Erlangen

Anlage 2: Maßnahmenpiegel 2014

Anlage 3: Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an die neue Bundesregierung

Anlage 4: SGB II Statistik

7. Tabellenanhang

Tabelle 1
Eingliederungen 2013
Stand 30.10. kumuliert

UNTER 25									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
66	90	70	160	v.a.	23	19	50	1	67
41%	56%	44%		18%	14%	12%	31%	1%	42%
ÜBER 25									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
223	240	327	567	v.a.	121	155	250	19	22
39%	42%	58%		65%	21%	27%	44%	3%	4%
ÜBER 50									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
60	56	86	142	v.a.	40	43	53	6	0
42%	39%	61%		16%	28%	30%	37%	4%	0%
Gesamt									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
349	386	483	869		184	217	353	26	89
40%	44%	56%		100%	21%	25%	41%	3%	10%

Eingliederungen 2012
Stand 15.10. kumuliert

UNTER 25									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
63	91	65	156	v.a.	12	30	44	0	70
40%	58%	42%		19%	8%	19%	28%	0%	45%
ÜBER 25									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
258	288	284	572	v.a.	122	184	240	15	11
45%	50%	50%		68%	21%	32%	42%	3%	2%
ÜBER 50									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
41	51	62	113	v.a.	29	30	49	5	0
36%	45%	55%		13%	26%	27%	43%	4%	0%
Gesamt									
Mig	Female	Male	ges.	%	Minijob	Teilzeit	Vollzeit	Exi.	Azubi
362	430	411	841		163	244	333	20	81
43%	51%	49%		100%	19%	29%	40%	2%	10%

Tabelle 2
Branchenanalyse der Eingliederungen im Zweijahresvergleich

U25	Ü25	Ü50	Okt 13	Okt 12		2013	2012
15	25	5	45	33	A) Handwerk	5%	4%
15	115	33	163	127	B) Handwerkliche Dienstleistungen	19%	15%
22	65	7	94	130	C) Dienstleistungen (freiberufl., Arzthelferin, RA-Angest. St.Ber. Ang...	11%	15%
32	82	22	136	157	D) Öffentliche/Soziale Dienstleistungen (Pflege/Krankenhäuser)	16%	19%
24	105	24	153	148	E) Zeitarbeit	18%	18%
2	6	2	10	5	F) Kaufm. Tätigkeiten / Büro / Callcenter	1%	1%
2	17	2	21	27	G) Industrie (Maschb./Elektro, Kunststoff etc.)	2%	3%
28	60	12	100	110	H) Handel (Groß-/Einzelhandel/Verkauf)	12%	13%
1	17	1	19	17	I) IT / Telekommunikation / High Tech /Med-Tech	2%	2%
13	49	16	78	86	J) Hotel/Gastro	9%	10%
6	10	6	22		K) Sicherheitsgewerbe*	3%	0%
0	16	12	28		L) Fahrer* (Bus-, LKW-, Kurierfahrer)	3%	0%
160	567	142	869	840			

*erst ab 2013 getrennt erfasst

Tabelle 3
Darstellung der Arbeitsgelegenheiten

Einsatzstelle	Arbeitsgelegenheiten 2013 im Vergleich zu 2011	10.13	10.11
EXTERN			
freie Wohlfahrtspflege	Fahrerhilfstätigkeiten, Hilfsarbeiten	1	2
Gemeinnützige Vereine	handwerkliche Hilfstätigkeiten, Unterstützung bei der Tierversorgung	1	2
Stadt Erlangen*)	Hausmeister- / Bürohilfstätigkeiten, Unterstützung bei Evaluation v. Nistplätzen	1	2
Staatliche Schulen	Bibliotheks- /Bürohilfsarbeiten	1	1
Kirchliche Einrichtungen	Hausmeisterhilfstätigkeiten, Fahrertätigkeit,	1	1
GGFA AöR			
Sozialkaufhaus	Helfertätigkeiten	8	18
Hauswirtschaft	eingest.	4	17
Fahrradwerkstatt	Qualifizierung & Beschäftigung im Bereich handwerklicher Anlernmätig.	11	21
Bereich Bau /Gala	Hilfstätigkeiten Bau und Garten und Landschaftsbau / Ende 2012 eingestellt	0	24
Kulturwerkstatt/Grafik	Hilfstätigkeiten/Grafik / Anfang 2012 eingestellt	0	14
Kulturwerkstatt/Ausstellung	Hilfstätigkeiten/Ausstellungen und Dienstleistungen / Anfang 2012 eingestellt	0	12
		28	114

*) alle in der Stadt Erlangen angebotenen AGH's vorab vom Personalrat der Stadt Erlangen geprüft und genehmigt.

Tabellen 5+6
Erlangen im Ranking der Arbeitslosenquoten

SGB II Quote Ranking				SGB III Quote Ranking				SGB II+ SGB III Quote Ranking						
Stand Sept. 2013	SGB II	SGB III	II+III	Stand Sept. 2013	SGB II	SGB III	II+III	Stand Sept. 2013	SGB II	SGB III	II+III			
1	Ingolstadt	2,0	1,5	3,5	1	Wolfsburg	3,5	1,2	4,7	1	Ingolstadt	2,0	1,5	3,5
2	Erlangen	2,4	1,6	4,0	2	Ingolstadt	2,0	1,5	3,5	2	Erlangen	2,4	1,6	4,0
3	Würzburg	2,8	2,0	4,8	3	Erlangen	2,4	1,6	4,0	9	Wolfsburg	3,5	1,2	4,7
4	Regensburg	2,9	1,9	4,8	4	Karlsruhe	3,9	1,7	5,6	3	Würzburg	2,8	2,0	4,8
5	Ulm	2,9	2,0	4,9	5	Stuttgart	3,9	1,7	5,6	4	Regensburg	2,9	1,9	4,8
6	München	3,0	2,2	5,2	6	Mainz	4,4	1,7	6,1	5	Ulm	2,9	2,0	4,9
7	Trier	3,3	2,3	5,6	7	Regensburg	2,9	1,9	4,8	6	München	3,0	2,2	5,2
8	Heidelberg	3,4	1,9	5,3	8	Heidelberg	3,4	1,9	5,3	8	Heidelberg	3,4	1,9	5,3
9	Wolfsburg	3,5	1,2	4,7	9	Münster	4,1	1,9	6,0	7	Trier	3,3	2,3	5,6
10	Karlsruhe	3,9	1,7	5,6	10	Würzburg	2,8	2,0	4,8	10	Karlsruhe	3,9	1,7	5,6

Jobcenter Erlangen - bay. Ranking / Vergleichsring 2 und bay. Großstädte Sept. 2013

Kennzahlen t-3 Stand Juni 2013 // Quoten Stand Sept. 2013

Region		Einwohner	Alg Quote	Alg I Quote	SGB II Quot	Alg II Anteil an AL ges.	AL ges.	AL Alg I	AL Alg II	K1	K2	K3
JC München Ldkr	gAw	323.015	3,0	1,8	1,2	40%	5.127	3.053	2.074	2,0	24,1	5,6
JC Memmingen, Stadt	gE	41.025	3,5	1,8	1,7	49%	821	420	401	-0,4	45,3	6,9
JC Ingolstadt, Stadt	gE	125.088	3,5	1,5	2,0	57%	2.547	1105	1.442	-1,4	31,4	-3,8
JC Kempten (Allgäu), Sta	gE	62.060	4,8	2,3	2,5	52%	1.687	810	877	2,6	39,2	-3,3
JC Erlangen, Stadt	zkT	105.629	4,1	1,6	2,4	60%	2.470	996	1.474	5,7	28,4	-2,4
JC Ansbach, Stadt	gE	40.253	4,9	2,2	2,7	56%	1097	486	611	8,7	43,9	-3,7
JC Regensburg, Stadt	gE	135.520	4,8	1,9	2,9	60%	3.695	1.468	2.227	-0,1	33,6	-6,7
JC Landshut, Stadt	gE	63.258	4,8	2,0	2,8	58%	1.684	700	984	3,5	37,6	-4,8
JC Ulm, Universitätsstadt	gAw	122.801	4,9	2,0	2,9	59%	3.187	1.292	1.895	4,0	32,5	-3,7
JC Bamberg, Stadt	gE	70.004	5,0	2,0	3,0	59%	1.896	771	1.125	3,2	29,7	-5,7
JC Passau, Stadt	gAw	50.594	5,0	1,8	3,1	63%	1.260	466	796	4,4	30,2	-8,6
JC Wolfsburg, Stadt	gE	121.451	4,8	1,2	3,5	74%	3.112	808	2.304	3,5	32,5	-3,5
JC Schweinfurt, Stadt	zkT	53.415	5,9	2,2	3,8	63%	1.631	596	1.035	-2,4	34,2	0,3
JC Bayreuth, Stadt	gE	72.683	6,1	2,4	3,8	61%	2.278	879	1.399	1,9	36,2	-2,6
JC Coburg, Stadt	gE	41.076	6,2	2,3	3,9	62%	1.365	515	850	2,1	37,0	-7,2
JC Aschaffenburg, Stadt	gE	68.678	6,2	2,1	4,0	65%	2.350	817	1.533	6,7	27,1	-3,3
weitere Bay. Großstädte												
JC Würzburg, Stadt	gE	133.799	4,8	2,0	2,8	59%	3.328	1.372	1.956	0,5	34,0	-4,2
JC München, Stadt	gE	1.353.186	5,2	2,2	3,0	58%	39.865	16.687	23.178	2,0	24,1	5,6
JC Augsburg, Stadt	gE	264.708	6,3	2,4	3,9	62%	9.297	3.541	5.756	2,1	31,7	-6,0
JC Fürth, Stadt	gE	114.628	6,7	2,3	4,4	66%	4.531	1.533	2.998	3,4	27,3	-1,3
JC Nürnberg, Stadt	gE	505.664	7,5	2,3	5,2	69%	20.861	6.379	14.482	2,6	25,9	-1,6

K1 = Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)

K2 = Integrationsquote - Die Kennzahl misst die Integrationen in den vergangenen zw öf Monaten im Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand an erw erbsfähigen Leistungsberechtigten in diesem Zeitraum.

K3 = Veränderung LZB - Veränderung des Bestands an Langzeitleistungsbeziehern

Entwicklung der Bundesmittel und Kosten 2009 bis 2014

Jobcenter Stadt Erlangen - Entwicklung der Bundesmittel und Kosten

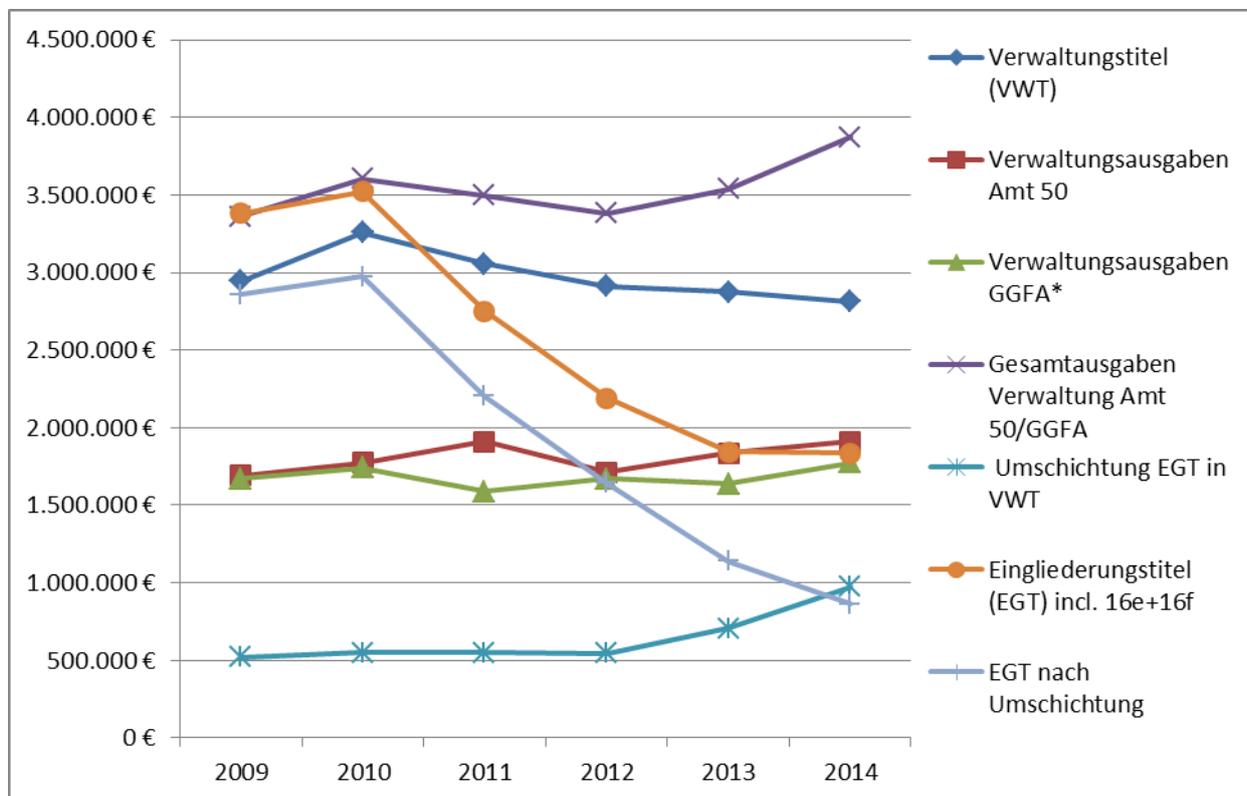
Stand 11.11.13

IST Zahlen	2009	2010	2011	2012	Prognose 2013	Plan 2014***	'14 zu '09 %
Verwaltungstitel (VWT)	2.945.047	3.256.662	3.058.145	2.913.016	2.874.164	2.811.592	95,47%
plus Umschichtungsbetrag	520.000	550.000	550.000	547.313	706.083	974.363	
Umschichtung netto (ohne VWT Projekte)			550.000	516.667	641.440	875.281	168,32%
Zur Verfügung stehende Verwaltungsmittel	3.465.047	3.806.662	3.608.145	3.460.329	3.580.247	3.785.955	109,26%
Verwaltungsausgaben Amt 50	1.693.362	1.772.058	1.910.885	1.710.728	1.835.000	1.910.950	112,85%
Verwaltungsausgaben GGFA*	1.669.348	1.741.854	1.587.722	1.672.969	1.637.000	1.775.923	**
plus negativ-Übertrag aus 2008/2009		92.350					112,32%
VWT finanzierte GGFA Projekte				30.646	64.643	99.082	
Gesamtausgaben Verwaltung	3.362.710	3.606.262	3.498.607	3.383.697	3.536.643	3.785.955	112,59%
zurückgegebene Verwaltungsmittel	102.337	200.400	109.538	86.495			
Eingliederungstitel (EGT) incl. 16e+16f	3.379.747	3.522.700	2.751.820	2.190.930	1.845.000	1.837.619	54,37%
minus Umschichtung	520.000	550.000	550.000	547.313	706.083	974.363	
EGT nach Umschichtung	2.859.747	2.972.700	2.201.820	1.643.617	1.138.917	863.256	30,19%
EGT Ausgaben	2.713.542	2.469.433	2.068.582	1.429.600	1.160.000	863.256	31,81%
zurückgegebene EGT Mittel	146.205	503.267	133.238	214.017	0	0	
Dritte GGFA	1.011.303	854.611	632.857	398.733	430.000	389.621	38,53%
VWT finanzierte GGFA Projekte	1.702.239	1.614.822	1.435.725	1.034.618	675.000	473.635	27,82%
GGFA Gesamt	1.702.239	1.614.822	1.435.725	1.065.264	739.643	572.717	33,64%

* ohne VWT finanz. Projekte

*** Verteilung der Pauschalen 2014 noch zu klären

**% incl. VWT finanzierte Projekte



Berechnungsgrundlagen VWT und EGT

EGT: erwerbsfähige Leistungsberechtigte eLB - Reduzierung seit 2009 um 9,3%

VWT: Bedarfsgemeinschaften BG - Reduzierung seit 2009 um 5,5%

Arbeitsmarktprogramm 2014 - Bereich Integration und Aktivierung - Überblick zu den Förderangeboten

Planungsstand 31.10.2013

Anlage 2

Förderangebot	Beschreibung	Zielgruppe	Dauer und ggfs. Anzahl Förderplätze	Fördermittelgeber
Förderung aus dem Vermittlungsbudget	Alle Leistungen, die zur Anbahnung oder Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erforderlich sind (Bewerbungskosten, Fahrtkosten, etc.)	Alle	12 Monate; Unverzüglich bei entsprechendem individuellen Bedarf	Eingliederungstitel (EGT)

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung - Personalvermittlung

Werkakademie mit	strukturierter Eingangsprozess für Neukunden mit Eingangsgespräch, Profiling und Überprüfung der Eingliederungsmöglichkeiten	alle Neukunden	12 Monate Unverzüglich bei entsprechendem individuellen Bedarf	EGT
BWZ-Bewerbungszentrum mit Selbstinformationszentrum	Unterstützung im gesamten Bewerbungsprozess mit Anleitung zur Erstellung aller wichtigen Bewerbungsunterlagen (incl. aller Materialien, Bewerbungsfotos und Postversand); für Neukunden mit 6-wöchiger Präsenzpflcht	Alle/Neukunden	12 Monate 24 Plätze Präsenzpflcht des Teilnehmers bis zu 6 Wochen bei Neukunden	EGT
PAS-Projekt Arbeitssuche	Präsenzmaßnahme in der Nachfolge des Eingangsprozesses, gezielte Arbeitsplatzsuche, Bewerbungsunterstützung unter intensiverer Anleitung	alle Neukunden	12 Monate 24 Plätze Präsenzpflcht des Teilnehmers bis zu 6 Wochen	EGT
FAKT-Fortbildung, Anwendung, Kompetenztraining, Transfer	Die Unterstützung beinhaltet arbeitsmarktorientierte Wissensvermittlung, individuelles Coaching und eine individualisierte Suche nach dem geeigneten stabilen Arbeitsfeld. Förderung von uneingeschränkt arbeitsfähigen Erwachsenen, die aber besondere höchst individuelle Problemlagen besitzen, die einer bisherigen nachhaltigen Arbeitsaufnahme entgegenstanden. Dies können besondere kulturelle Hintergründe, internalisierte hemmende Wertesysteme, Mangelkompetenzen in der operativen Umsetzung von Arbeitsplatzsuche und Bewerbung, und andere sehr spezifische individuelle Problemlagen sein. Fakt Integriert drei Praktikumsphasen und einen hohen Anteil an arbeitsmarktbezogener Sachthemen. Ziel ist die Vermittlung in Ausbildung oder Beschäftigung.	Vermittlungskunden mit mehrdimensionalen Unterstützungsbedarf, die bisher prekäre Beschäftigungen und mehrfache Beschäftigungsabbrüche in ihrer beruflichen Biographie aufweisen	12 Monate 10 Plätze	EGT

Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber	Lohnkostenzuschüsse für die Einstellung von Arbeitssuchenden, deren Vermittlung erschwert ist	Alle	Einzelfallförderung	
Einstiegsgeld	Für Leistungsberechtigte bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, wenn es zur Eingliederung erforderlich ist oder bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit	Alle	Einzelfallförderung	

Förderangebote für Menschen mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung

JobAccess 14/1	Maßnahme zur Förderung der beruflichen Integration von behinderten Langzeitarbeitslosen mit besonderem Unterstützungsbedarf	Personen mit Behinderung und besonderem Unterstützungsbedarf	Januar bis Mai 2014; bis zu 10 Teilnehmer/-innen	EGT/ESF
JobAccess 14/2	Maßnahme zur Förderung der beruflichen Integration von behinderten Langzeitarbeitslosen mit besonderem Unterstützungsbedarf	Personen mit Behinderung und besonderem Unterstützungsbedarf	Juni bis Dezember 2014; bis zu 10 Teilnehmer/-innen	EGT/ESF
JobClearing	Überprüfung des Status quo zur Vermittlungsfähigkeit und Entwicklung von Anschlussperspektiven durch intensives Coaching; Gruppenangebote zu Bewerbungcoaching und Selbstmanagement, sowie Ressourcenarbeit.	Personen mit Behinderung und besonderem Unterstützungsbedarf	2 Durchgänge a 3 Monate im Frühjahr und Herbst 2014; je 7 Teilnehmerplätze	EGT
Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein (AVGS) ISA 2013/14	Individuelle Stabilisierung und Aktivierung (ISA) mit schrittweiser Heranführung an die Erwerbstätigkeit; Workshops, Arbeitserprobungen, Praktika in Werkstätten und sozialen Betrieben	Langzeitarbeitslose mit psychischer Erkrankung	Restlaufzeit aus 2013 bis März 2014; 6 Teilnehmerplätze	EGT

Förderangebote der beruflichen Weiterbildung

diverse individuelle Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote	z.B. Fachkraft für Sicherheit, Betreuungsassistent, Staplerschein, VHS-Angebote in Sprachen und IT-Schulungen, Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung, etc.	alle	12 Monate Einzelfallförderung	EGT
---	--	------	----------------------------------	-----

Förderung durch Arbeitsgelegenheiten (AGH)

AGH BIKE	Einsatzstelle im Bereich Fundfahrräder und Fahrradwerkstatt	Langzeitarbeitslose	12 Monate 15 Teilnehmerplätze	EGT/Bundesmittel 50plus
AGH Sozialkaufhaus	Einsatzstelle rund um das Sozialkaufhaus	Langzeitarbeitslose	12 Monate Teilnehmerplätze	3 EGT
AGH extern	Einsatzstellen bei sozialen und städtischen Trägern	Langzeitarbeitslose	12 Monate 12 Teilnehmerplätze	EGT
Betrieblicher Sozialdienst (BSD)	Betreuung der AGH-Teilnehmer in den verschiedenen Einsatzstellen	AGH-Kunden	12 Monate 28 Teilnehmerplätze	EGT/Bundesmittel 50plus

Förderangebote für junge Menschen (U25)

Jugendwerkstatt	BaE-geförderte Berufsausbildung zum Holzfachwerker	Jugendliche	jeweiliger Ausbildungszeitraum 3 Plätze ab 9/2014 1 weiteren Plätze	EGT
Einstiegsqualifizierung (EQ)	Ausbildungsvorbereitendes Praktikum im Ausbildungsbetrieb	Jugendliche	4 Teilnehmerplätze	EGT
Kompetenzagentur kommunal	Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit des Bundesprogrammes der Kompetenzagentur über eine kommunale Finanzierung. Die Kompetenzagentur (KA) ist ein rechtskreisunabhängiges Angebot für alle Jugendlichen in der Stadt, die nach der Schule und vor der Berufsausbildung Unterstützung benötigen. Die Kompetenzagentur arbeitet auf der Grundlage von Kompetenzen und mittels Casemanagement gemeinsam mit den Jugendlichen an der Integration in Ausbildungsverhältnisse. Die Kompetenzagentur lotst die Jugendlichen, wenn möglich, an die zuständigen Regelsysteme (SGBII, SGBIII, SGBVIII, Berufsschule, weitere). Gelingt dies nicht, so bleibt die KA Ansprechpartner und Anlaufstelle. Die KA pflegt aufsuchenden Kontakt, wenn nötig.	Jugendliche und junge Erwachsene, rechtskreisunabhängig bis 27 Jahren, nach der Schule ohne Ausbildung. Überwiegend Personen mit sozial schwierigen Lebensverhältnissen und multiplen Hemmnislagen. Enge Zusammenarbeit mit kommunalen Fachdiensten wie Jugendmigrationsdienst, Jugendgerichtshilfe, Agentur für Arbeit, JAZ e.V., Teilnahme an den Abgangsklassenkonferenzen der Mittelschule und weitere.	12 Monate Teilnehmerplätze	80 kommunale Mitte Einwerbung neue ESF-Bundesmittel geplant ab ca. 3. Quartal 2014

Planungsstand 31.10.2013

Anlage 2 Seite 3

Cleo (Coaching für lernen, erleben, organisieren)	Maßnahme für Jugendliche mit erhöhtem spezifischen Förderbedarf in der psychosozialen Stabilisierung; Förderbedarf besteht zudem im Bereich der Gruppenfähigkeit und sozialen Kompetenz. Integriert praktische Werkstattanteile im Bereich Holz, Garten, Küche. Ziel ist die Stabilisierung zur anschließende Weiterförderung, ggf. externe Praktika.	Jugendliche und junge Erwachsene mit psychosozialen Förderbedarf, insbesondere mit psychischer Belastung.	12 Monate 10 Teilnehmerplätze	EGT
LM (Last Minute)	Maßnahme zur Nachvermittlung in Ausbildung	Jugendliche, hier: Schulabgänger im SGB II-Bezug	August und September 15 Teilnehmerplätze	EGT
Azubi Betreuung	Betreuung von EQ-Jugendlichen, Jugendlichen in Ausbildung (SGB II) und Steuerung der Ausbildungsbegleitenden Hilfen in die verschiedenen Rechtskreise	Jugendliche	12 Monate Teilnehmerplätze 4	EGT und kommunale Mittel
Ausbildungscoach	Das Konzept Ausbildungscoach ist Bestandteil eines zweistufigen Konzeptes zur Verringerung der Zahl der Ausbildungsabbrüche in Erlangen. Das zweistufige Konzept leitet sich aus einem Auftrag der örtlichen Jugendhilfe ab, der zum Ziel hat, die Zahl der Ausbildungsabbrüche in Erlangen zu verringern. Die Konzeption Ausbildungscoach ist örtlich an die Berufsschule Erlangen angegliedert. Die Konzeption stellt Coaches in enger Abstimmung mit der Jugendhilfe ab. Der Ausbildungscoach operiert im Rahmen der Arbeit der kommunalen Kompetenzagentur. Ziel ist die Verhinderung des Ausbildungsabbruches, oder im Falle von Ausbildungsabbruch schnelle Anschlussmöglichkeiten zu realisieren.	Auszubildende, deren Fortbestand des Ausbildungsverhältnisses gefährdet ist, oder die eine Ausbildung abgebrochen haben.	Januar bis Juni; Individueller Bedarf; Zuweisung über die Jugendsozialarbeit an Schulen der Berufsschule Erlangen; Pilotprojekt mit Laufzeit Ende zweites Quartal 2014. Keine feste Platzzahl.	kommunale Mittel
geförderte Ausbildung	BaE Fachkraft für Küchen-, Möbel-, Umzugs-service	Auszubildende	3 Plätze ab 12/2013 2 Plätze ab 09/2014	EGT
Hauptschulabschluss	Unterstützung durch Unterricht und Betreuung zum erfolgreichen Bestehen des Hauptschulabschlusses	Jugendliche	Januar bis Juli und Oktober bis Dezember 10	kommunale Mittel

Förderangebote für Ältere

Bewerbungszentrum 50up	Angebot innerhalb der hoheitlichen Vermittlungsarbeit / Freitags ausschliesslich für 50plus Kunden / Hilfestellung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen; Möglichkeit der selbstständigen oder unterstützten Jobrecherche;	ab 50-jährige	12 Monate	Bundesmittel 50plus
Jobcafe (Impuls C-Kunden)	Maßnahmeangebote: gesundheitsstabilisierende Maßnahmen, Unterstützung bei der Suche nach ehrenamtlichen Tätigkeiten, offenes Angebot für Kunden als Kommunikationsplattform, Möglichkeit der Jobrecherche	ab 50-jährige	12 Monate	Bundesmittel 50plus
Kreativwerkstatt	Durch Fachanleitung unterstützte Qualifizierungsmaßnahme im Bereich Druck und Druckgestaltung; Erlernen von spezifischen PC-Systemen; Anfertigen von Siebdruckartikeln und Plotterausdrucken	ab 50-jährige	12 Monate 20 Plätze	Bundesmittel 50plus
Profilwerkstatt	Eignungsfeststellung / Testung als unterstützende Maßnahme für die Vermittlungsarbeit	ab 50-jährige	12 Monate Plätze pro Durchlauf 6 Durchläufe in 2014	4 Bundesmittel 50plus
Mini-/Midijob	Gecoachte Einzel-/Gruppenmaßnahme für Kunden mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit; Unterstützung bei der Jobrecherche; Erarbeiten individueller Eingliederungsstrategien;	ab 50-jährige	12 Monate 20 Plätze	
Sozialscout-Einzelcoaching	Individuelles, kundenspezifisches Coaching; z.B. Begleitung bei Ämtergängen; Mithilfe bei Praktikumsuche; aufsuchende Sozialarbeit;	ab 50-jährige	12 Monate	Bundesmittel 50plus
Aktivierungsmaßnahme (Impuls C-Kunden)	Gruppenmaßnahme: Übernahme von Eigenverantwortung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Befähigung bestehende Angebote und Netzwerke zu nutzen, Selbstorganisation von gesundheitsstabilisierenden Maßnahmen; Fachvorträge aus relevanten Bereichen	ab 50-jährige	12 Monate 15 Plätze pro Kurs 7 Durchläufe in 2014	Bundesmittel 50plus

Arbeitsmarktprogramm 2014 - Bereich Integration und Aktivierung - Überblick zu den Förderangeboten

Planungsstand 31.10.2013

Anlage 2 Seite 4

Förderangebote für Migrantinnen und Migranten

Migrajob (Teilprojekt von MigraNet Bayern)	MigraJob unterstützt erwachsene Migrantinnen und Migranten (Ü25) in der Region Erlangen, die trotz ausländischer beruflicher oder akademischer Qualifikationen in Deutschland als gering qualifiziert gelten. Sie erhalten individuelle kompetenz- und ressourcenorientierte Beratung zu Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt. Informationsveranstaltungen zum „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (BQFG)“.	Migrantinnen und Migranten; Netzwerkpartner	12 Monate	ESF-Bundesmittel (Förderprogramm IQ)
---	---	---	-----------	--------------------------------------

Förderangebote für Bedarfsgemeinschaften und Alleinerziehende

Bedarfsgemeinschafts-coaching	In das Coaching werden Bedarfsgemeinschaften (BG) einbezogen, die bereits länger im Hilfebezug stehen und bei denen der Einsatz der Regelinstrumente bisher keine Verbesserung der Arbeitsmarktnähe bewirkt hat. Dazu gehören auch BGs, bei denen einzelne Mitglieder oft bereits mehrmals in Arbeit vermittelt wurden, die jedoch aufgrund massiv behindernder familiärer Strukturen und Problemlagen die Arbeitsstelle bereits nach kurzer Zeit wieder verloren haben. Der Begriff Bedarfsgemeinschaft bezeichnet hier sowohl Ein-, als auch Mehr-Personen-Bedarfsgemeinschaften mit oder ohne Kinder. Mit individuellem Coaching werden Lösungen zur Überwindung von gravierenden, innerfamiliären arbeitsmarktlichen Hemmnissen erarbeitet. Ziel ist die Befähigung zur Aufnahme einer Beschäftigung.	Bedarfsgemeinschaften Ü 25	12 Monate 40 Teilnehmerplätze	Verwaltungstitel (VWT) und ESF Landesmittel
Kajak Erlangen	Das Projekt Kajak Erlangen zielt auf die arbeitsmarktliche Integration alleine erziehender Frauen. Der angestrebte Beschäftigungsumfang richtet sich dabei nach den individuellen Möglichkeiten der Frauen. Die Arbeitsaufnahme in allen Beschäftigungsformen am ersten Arbeitsmarkt von Minijob bis zu VZ-Beschäftigung wird aktiv unterstützt. Die Teilzielgruppe der bereits beschäftigten Teilnehmerinnen wird bei ihren Bemühungen diese zu verbessern oder auszuweiten ebenfalls gecoacht und unterstützt. Das Angebot umfasst Gruppenveranstaltungen und Einzelcoaching.	Alleinerziehende und Jugendliche ab 15 Jahren	12 Monate Teilnehmerplätze	40 Verwaltungstitel (VWT) und ESF Landesmittel

Legende: externe Träger BGA / GGFA

**Erwartungen und Forderungen
des Deutschen Städtetages
an den neuen Bundestag und
die neue Bundesregierung**

Beschlossen vom Präsidium des Deutschen Städtetages
in seiner 395. Sitzung am 18. September 2013 in Regensburg



Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik Seite 27-28

Auszug zum Thema Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

**Jobcenter aufgabenadäquat ausstatten –
arbeitsmarktpolitische Instrumente flexibilisieren**

Die Eingliederungsmittel für die Jobcenter sind in den vergangenen Jahren im Verhältnis zum Rückgang der Leistungsbezieher weit überproportional gekürzt worden, vor allem zu Lasten von Maßnahmen für schwer vermittelbare Personengruppen. Der Deutsche Städtetag fordert eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Jobcenter, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden und alle Zielgruppen bedarfsgerecht betreuen können. Um auch längerfristige Maßnahmen durchführen zu können, muss außerdem der Mitteleinsatz – auch über Jahreshorizonten hinweg – flexibilisiert und eine Übertragung von Restmitteln ermöglicht werden.

Die Kürzung der Eingliederungsmittel wurde flankiert durch eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die sich ebenfalls zu Lasten von Maßnahmen für arbeitsmarktfremde Personengruppen auswirkt. Der Instrumentenkatalog basiert auf einer Gleichbehandlung der Menschen im SGB II und SGB III. Dies verkennt aber die grundlegend unterschiedliche Ausrichtung der Arbeitslosenversicherung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende als Fürsorgesystem. Der Deutsche Städtetag spricht sich daher dafür aus, dieser unterschiedlichen Ausrichtung endlich auch mit einem eigenen, flexiblen Fördersystem für das SGB II Rechnung zu tragen, das den Jobcentern Spielräume eröffnet und eine bedarfsgerechte Förderung unterschiedlicher Personengruppen und Zielgruppen ermöglicht.

**Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen –
öffentlich geförderte Beschäftigung weiterentwickeln**

Öffentlich geförderte Beschäftigung ist gerade für Langzeitarbeitslose von großer Bedeutung, um Teilhabe und soziale Inklusion zu ermöglichen und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt zu verhindern. Seit einigen Jahren sind jedoch die gesetzlichen Möglichkeiten der Jobcenter, Beschäftigungsmaßnahmen zu fördern, erheblich beschnitten worden.

Der Deutsche Städtetag fordert daher, die Einschränkungen zurückzunehmen und die öffentlich geförderte Beschäftigung weiterzuentwickeln. Insbesondere müssen die mit der Instrumentenreform vorgenommenen Restriktionen wieder zurückgeführt werden. Die Arbeitsmöglichkeiten im SGB II sind ein unverzichtbares Element der Beschäftigungsförderung und bieten niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Kriterium der Zusätzlichkeit ist nicht erforderlich. Durch die Beteiligung der Sozialpartner wird Wettbewerbsverzerrungen vorgebeugt. Darüber hinaus soll die Förderung von (sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsverhältnissen den privaten und den öffentlichen Sektor einbeziehen. Anders als bisher sollte sie auch dauerhaft angelegt werden können, wenn ein Übergang in den ersten Arbeitsmarkt trotz intensiver und wiederholter Bemühungen nicht möglich ist. Weiterhin sollten ergänzende Maßnahmen zur Begleitung der Beschäftigungsverhältnisse und der Teilnehmer bzw. Arbeitnehmer, wie z. B. eine persönliche Assistenz, eingeführt werden. Mit dem sogenannten Aktiv-Passiv-Tausch können trotz knapper Mittel neue Finanzierungswege für die öffentlich geförderte Beschäftigung erschlossen werden.

Entwicklung der Basiszahlen SGB II mit Vormonatsvergleich

Stichtag 15. des Monats

Anlage 4

	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13
Bedarfsgemeinschaften*	2317	2304	2301	2332	2373	2395	2401	2413	2412	2413	2400	2412	2397	2351
Veränderung gg Vormonat	-0,60%	-0,56%	-0,13%	1,35%	1,76%	0,93%	0,25%	0,50%	-0,04%	0,04%	-0,54%	0,50%	-0,62%	-1,92%
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)*	2958	2923	2928	2979	3033	3074	3074	3085	3084	3088	3084	3085	3049	2988
Veränderung gg Vormonat	-0,34%	-1,18%	0,17%	1,74%	1,81%	1,35%	0,00%	0,36%	-0,03%	0,13%	-0,13%	0,03%	-1,17%	-2,00%
eLb unter 25 Jahre*	485	469	478	488	494	514	507	508	511	520	531	NOCH NICHT VERÖFFENTLICHT		
Veränderung gg Vormonat	-5,27%	-3,30%	1,92%	2,09%	1,23%	4,05%	-1,36%	0,20%	0,59%	1,76%	2,12%			
Sozialgeldempfänger*	1301	1309	1343	1348	1378	1429	1425	1420	1433	1429	1441	1459	1451	1436
Veränderung gg Vormonat	0,54%	0,61%	2,60%	0,37%	2,23%	3,70%	-0,28%	-0,35%	0,92%	-0,28%	0,84%	1,25%	-0,55%	-1,03%
Arbeitslose SGB II	1462	1449	1452	1450	1.456	1433	1468	1473	1502	1502	1479	1465	1474	1439
Veränderung gg Vormonat	1,04%	-0,89%	0,21%	-0,14%	0,41%	-1,58%	2,44%	0,34%	1,97%	0,00%	-1,53%	-0,95%	0,61%	-2,37%
davon Arbeitslose SGB II unter 25 Jahre	128	122	100	102	110	102	106	111	108	104	111	104	114	103
Veränderung gg Vormonat	2,40%	-4,69%	-18,03%	2,00%	7,84%	-7,27%	3,92%	4,72%	-2,70%	-3,70%	6,73%	-6,31%	9,62%	-9,65%
Arbeitslosenquote Erlangen gesamt	3,9%	3,9%	4,0%	4,0%	4,4%	4,3%	4,2%	4,2%	4,1%	4,0%	4,0%	4,1%	4,1%	3,9%
Veränderung gg Vormonat	0,00%	0,00%	2,56%	0,00%	10,00%	-2,27%	-2,33%	0,00%	-2,38%	-2,44%	0,00%	2,50%	0,00%	-4,88%
Arbeitslosenquote SGBII Erlangen	2,5%	2,4%	2,4%	2,4%	2,5%	2,4%	2,5%	2,5%	2,5%	2,5%	2,4%	2,4%	2,4%	2,4%
Veränderung gg Vormonat	4,17%	-4,00%	0,00%	0,00%	4,17%	-4,00%	4,17%	0,00%	0,00%	0,00%	-4,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Arbeitslosenquote SGBIII Erlangen	1,5%	1,5%	1,5%	1,6%	1,9%	1,9%	1,8%	1,8%	1,6%	1,6%	1,6%	1,7%	1,6%	1,6%
Veränderung gg Vormonat	0,00%	0,00%	0,00%	6,67%	18,75%	0,00%	-5,26%	0,00%	-11,11%	0,00%	0,00%	6,25%	-5,88%	0,00%
Jugendarbeitslosenquote Erlangen gesamt	3,4%	3,0%	2,6%	2,7%	3,1%	3,2%	3,2%	3,1%	2,9%	2,7%	3,1%	3,7%	3,4%	2,9%
Veränderung gg Vormonat	-12,82%	-11,76%	-13,33%	3,85%	14,81%	3,23%	0,00%	-3,13%	-6,45%	-6,90%	14,81%	19,35%	-8,11%	-14,71%
Jugendarbeitslosenquote SGBII Erlangen	1,9%	1,8%	1,5%	1,5%	1,7%	1,5%	1,6%	1,7%	1,6%	1,5%	1,6%	1,5%	1,7%	1,5%
Veränderung gg Vormonat	0,00%	-5,26%	-16,67%	0,00%	13,33%	-11,76%	6,67%	6,25%	-5,88%	-6,25%	6,67%	-6,25%	13,33%	-11,76%
Anteil der jugendlichen(SGBII-) Arbeitslosen an allen (SGBII-) Arbeitslosen in Erlangen	8,8%	8,4%	6,9%	7,0%	7,6%	7,1%	7,2%	7,5%	7,2%	6,9%	7,5%	7,1%	7,7%	7,2%
Veränderung gg Vormonat	1,35%	-3,83%	-18,20%	2,14%	7,40%	-5,78%	1,44%	4,36%	-4,58%	-3,70%	8,39%	-5,41%	8,95%	-7,45%
elb Ü 50	806	810	807	814	820	816	819	827	834	829	826	NOCH NICHT VERÖFFENTLICHT		
Veränderung gg Vormonat		0,50%	-0,37%	0,87%	0,74%	-0,49%	0,37%	0,98%	0,85%	-0,60%	-0,36%			
Alleinerziehende	508	506	493	488	494	506	506	509	541	538	551	NOCH NICHT VERÖFFENTLICHT		
Veränderung gg Vormonat		-0,39%	-2,57%	-1,01%	1,23%	2,43%	0,00%	0,59%	6,29%	-0,55%	2,42%			

Jobcenter Stadt Erlangen - Entwicklung der Bundesmittel und Kosten

Stand 30.10.13

	IST Zahlen				Prognose	Plan	'14 zu '09
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	%
Verwaltungstitel (VWT)	2.945.047	3.256.662	3.058.145	2.913.016	2.874.164	2.811.592	95%
plus Umschichtungsbetrag	520.000	550.000	550.000	547.313	706.083	974.363	
<i>Umschichtung netto (ohne VWT Projekte)</i>			550.000	516.667	641.440	875.281	168%
Zur Verfügung stehende Verwaltungsmittel	3.465.047	3.806.662	3.608.145	3.460.329	3.580.247	3.785.955	109%

Verwaltungsausgaben Amt 50	1.693.362	1.772.058	1.910.885	1.710.728	1.835.000	1.910.950	112,85%
Verwaltungsausgaben GGFA *	1.669.348	1.741.854	1.587.722	1.672.969	1.637.000	1.775.923	112,32% ***
plus negativ-Übertrag aus 2008/2009		92.350					
VWT finanzierte GGFA Projekte				30.646	64.643	99.082	
Gesamtausgaben Verwaltung	3.362.710	3.606.262	3.498.607	3.383.697	3.536.643	3.785.955	112,59%
<i>zurückgegebene Verwaltungsmittel</i>	<i>102.337</i>	<i>200.400</i>	<i>109.538</i>	<i>86.495</i>			

1.875.005

Eingliederungstitel (EGT) incl. 16e+16f	3.379.747	3.522.700	2.751.820	2.190.930	1.845.000	1.837.619	54%
minus Umschichtung	520.000	550.000	550.000	547.313	706.083	974.363	
EGT nach Umschichtung	2.859.747	2.972.700	2.201.820	1.643.617	1.138.917	863.256	30%
EGT Ausgaben	2.713.542	2.469.433	2.068.582	1.429.600	1.160.000	863.256	32%
<i>zurückgegebene EGT Mittel</i>	<i>146.205</i>	<i>503.267</i>	<i>133.238</i>	<i>214.017</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	
Dritte	1.011.303	854.611	632.857	398.733	430.000	389.621	39%
GGFA	1.702.239	1.614.822	1.435.725	1.034.618	675.000	473.635	28%
VWT finanzierte GGFA Projekte				30.646	64.643	99.082	
GGFA Gesamt	1.702.239	1.614.822	1.435.725	1.065.264	739.643	572.717	34%

* ohne VWT finanzierte Projekte

** Verteilung der Pauschalen 2014 noch strittig

Anmerkungen:

Die Verwaltungsausgaben Amt 50 - Plan 2014 - wurden um die Erstattungen der Personalausgaben für BuT korrigiert
 Aus den Verwaltungsausgaben Amt 50 wird ein Betrag in Höhe von 102.000 € für Amt 50 und GGFA für die
 Inanspruchnahme von Dienstleistungen städtischer Querschnittsämter gezahlt

*** Bei der Entwicklung der Verwaltungsausgaben GGFA 2009 - 2014 wurden die VWT finanzierten Projekte berücksichtigt

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/33

Verantwortliche/r:
Herr Dietmar Rosenzweig

Vorlagennummer:
331/018/2013

Kommunalwahl am 16. März 2014; Berufung der Wahlleiterin und des stellv. Wahlleiters

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	28.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl am 16. März 2014 wird Frau berufsmäßige Stadträtin Marlene Wüstner als Wahlleiterin und Herr Dietmar Rosenzweig, Amt 33, als stellv. Wahlleiter berufen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ordnungsgemäße Bildung der gesetzlich erforderlichen Wahlorgane.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Berufung gemäß Art. 5 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG).

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nach Art. 5 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz ist die Wahlleiterin bzw. der Wahlleiter für die Kommunalwahl rechtzeitig vor dem 89. Tag vor der Wahl, d. h. vor dem 17.12.2013, durch den Stadtrat zu berufen. Wie bei der Bundestagswahl 2013 sowie der Landtags- und Bezirkswahl 2013 soll die Funktion den oben genannten Personen übertragen werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
 bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: ---

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/32/322

Verantwortliche/r:
Ordnungs- und Straßenverkehrsamt

Vorlagennummer:
322/025/2013

Religiös motivierter Totalitarismus; Antrag von Herrn Stadtrat Heinze vom 18.08.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Eine Information der Stadtratsmitglieder über geplante Veranstaltungen des religiös motivierten Totalitarismus wird mangels Relevanz nicht eingeführt.
2. Der Antrag von Herrn Stadtrat Heinze vom 18.08.2013 (137/2013) ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Herr Stadtrat Heinze hat eine umgehende Information über geplante Veranstaltungen seitens religiös motivierter totalitärer Gruppierungen beantragt.

Nach Auskunft der Kriminalpolizei Erlangen sind in letzter Zeit außer den Salafisten keine der im Antrag genannten oder andere, diesem Spektrum zuzurechnenden Gruppierungen aktiv gewesen.

Die Koranverteilungsaktionen im Zusammenhang mit der Aktion „Lies! Aufklärung über den Koran“, die der salafistischen Szene zugerechnet werden, verliefen in Erlangen bislang ohne Störungen, für ein Verbot der Informationsstände gibt es keine rechtliche Grundlage. Stadtverwaltung und Polizei befinden sich hier im regelmäßigen Austausch.

Eine Information der Stadtratsmitglieder analog der Vorgehensweise bei Veranstaltungen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen erscheint daher nicht geboten.

Es bleibt bei der Beschlusslage des Stadtrates vom 26.06.2008, wonach die Stadtratsmitglieder über geplante Versammlungen, Umzüge, Demonstrationen, Informationsstände und ähnliche Veranstaltungen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen zu informieren sind.

Anlage: Antrag von Herrn Stadtrat Heinze vom 18.08.2013 (137/2013)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag: religiös motivierter
Totalitarismus

Frank Heinze
Stadtrat

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 118

tel 09131/86-1590

fax 09131/86-1590

e-mail: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de

web: www.twitter.com/ea3321

Erlangen, den 18. August 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Hiermit beantragen wir analog zum Beschluss „Information über geplante Veranstaltungen usw. seitens rechtsextremer Parteien und Gruppierungen“ http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?__kvonr=1638312&search=1

auch Informationen über geplante Veranstaltungen usw. seitens des religiös motivierten Totalitarismus und seiner Vertreter*innen (wie z.B. Salafisten, Muslimbrüder, Opus Dei, Piusbrüderschaft, Scientology) zu erhalten.

Die Information der Stadtratsmitglieder über geplante Versammlungen, Umzüge, Demonstrationen, Informationsstände und ähnliche Veranstaltungen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen ist – wie bisher bereits praktiziert – auch weiterhin durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 19.08.2013

Antragsnr.: 137/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/32

mit Referat:

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/33

Verantwortliche/r:
Herr Dietmar Rosenzweig

Vorlagennummer:
331/019/2013

Wahlbenachrichtigung mit individualisiertem QR-Code zur Kommunalwahl 2014; Antrag der CSU-Stadtratsfraktion Nr. 152/2013 vom 25.09.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Sachbericht diene den Mitgliedern des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses zur Kenntnis. Der Antrag Nr. 152/2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Vereinfachung der Online-Beantragung von Briefwahlunterlagen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufdruck eines individualisierten Quick-Response-Codes (QR-Code) auf die Wahlbenachrichtigungsschreiben.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Stadt Erlangen bietet seit vielen Wahlen ein Online-Bestellverfahren für Briefwahlunterlagen an und bewirbt diese Möglichkeit erfolgreich im Internet und in den Wahlbenachrichtigungsschreiben. Bei der Bundestagswahl 2013 haben in Erlangen 43% der Briefwählerinnen und Briefwähler die Unterlagen online bestellt. In der im Antrag als Referenz genannten Bundesstadt Bonn waren dies nur 29% der Briefwählerinnen und Briefwähler. Beide Städte setzen dasselbe technische Verfahren ein.

Neu ist seit Mitte 2013 die Möglichkeit, in dieses Verfahren einen individualisierten QR-Code einzubinden. Nutzer von Smartphones und Tablet-PC scannen den auf der Wahlbenachrichtigung aufgedruckten, individualisierten QR-Code und ersparen sich die mühsame und fehleranfällige Eingabe der Internetadresse und ihrer persönlichen Antragsdaten über die Tastatur.

Angesichts des kurzen Vorlaufs vor der Landtags- und Bundestagswahl 2013 hat die Verwaltung die Einführung des QR-Codes erst für die Kommunalwahl 2014 vorgesehen, auch um Erfahrungen anderer Städte abzuwarten. Leider kann in Bonn nicht ausgewertet werden, wie viele Online-Besteller den QR-Code verwendet haben. Probleme sind auf Nachfrage dort aber nicht aufgetreten, so dass die Verwaltung ihr Ziel weiterverfolgt, den QR-Code bei den nächsten Wahlen ebenfalls zu verwenden.

Beispiel (ohne Individualisierung):



Scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone und erfahren Sie mehr über die Öffnungszeiten und Leistungen des Bürgeramtes!

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang



CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 07.10.2013

Antragsnr.: 152/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/33

mit Referat:

25. September 2013/AB

Antrag

hier: Wahlbenachrichtigung mit individualisiertem QR-Code zur Kommunalwahl 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die vergangenen Wahlen haben gezeigt, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit der Briefwahl nutzen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Trend auch in Zukunft anhalten wird. Die Stadt Erlangen bietet bereits den Service, die Briefwahlunterlagen online zu beantragen. Um das Online-Antragsverfahren noch weiter zu vereinfachen und vor allem für die zahlreichen Smartphone und Tablet-PC Nutzer besser nutzbar zu machen, bietet sich das Einfügen eines individualisierten QR-Codes an.

Der QR-Code übermittelt die Daten des Antragstellers direkt in die Antragsunterlagen und verkürzt den Vorgang dadurch erheblich. Weiter könnte der QR-Code auch die zuständigen Wahllokale, barrierefreie Wahllokale und weitere Informationen zu den Wahlen beinhalten. Bei der Stadt Bonn kann hierfür ein Anwendungsbeispiel nachgesehen werden.

Antrag:

Wir bitten die Stadt Erlangen, die Wahlbenachrichtigungen zur Kommunalwahl 2014 und zukünftige Wahlen mit einem individualisierten QR-Code zur Beantragung der Briefwahlunterlagen zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Sonja Brandenstein

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/512

Verantwortliche/r:
Stadtjugendamt

Vorlagennummer:
512/109/2013

Kath. Kindergarten "Heilig Kreuz": Brandschutzmaßnahmen, hier: Investitionskostenzuschuss

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Gutachten	
Jugendhilfeausschuss	21.11.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	28.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Brandschutzmaßnahmen im Kath. Kindergarten „Heilig Kreuz“ werden entsprechend Art. 27 BayKiBiG und dem Grundsatz - Beschluss des Stadtrates vom 27.06.2013 mit max. 38.841,00 € bezuschusst.

Die Begutachtung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss steht unter dem Vorbehalt der Begutachtung im Jugendhilfeausschuss.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aus Sicherheitsgründen sind im Kath. Kindergarten „Heilig Kreuz“ im Rahmen des Brandschutz- Umbaumaßnahmen sowie der Anbau einer Stahltreppe notwendig.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bezuschussung des Vorhabens nach Art. 27 BayKiBiG sowie des Stadtratsbeschluss vom 27.06.2013: Künftige Investitionskostenbezuschussung von Kindertageseinrichtungen durch Neuregelung von Art. 27 BayKiBiG (Vorlage: 512/097/2013).

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Mit Schreiben vom 21.05.2013 stellte die Kath. Kirchenstiftung Heilig Kreuz, Langfeldstraße 36, einen Antrag auf Bezuschussung der durchzuführenden Brandschutzmaßnahmen im Kath. Kindergarten Heilig Kreuz, Fürstenweg 28.

Damit die Sicherheit in der Einrichtung gewährleistet ist und den aktuellen Bestimmungen entspricht, sind Umbauten sowie im Außenbereich der Anbau einer Stahltreppe als Fluchtweg notwendig.

Das Vorhaben ist nach Art. 27 BayKiBiG förderfähig. Der städtische Baukostenzuschuss beträgt 2/3 der notwendigen Kosten. Nach der vorgelegten Kostenaufstellung betragen die Gesamtkosten 60.018,66 € Davon sind 58.261 € förderfähig. Hieraus ergibt sich ein städtischer Baukostenzuschuss von max. 38.841 €. Die Bezuschussungsgrenze kann nicht überschritten werden.

Sollte das Vorhaben kostengünstiger als in der vorgelegten Kalkulation vom 01.10.2013 verwirklicht werden, wird der städtische Baukostenzuschuss analog der staatlichen Bestimmung-

gen nach der Richtlinie zu kommunalen Baumaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich (FA-ZR 2006) neu ermittelt. Kostensteigerungen sind durch die Kath. Kirchenstiftung voll zu tragen.

Eine staatliche Zuwendung nach FAG an die Stadt Erlangen ist nicht möglich, da die Bagatellgrenze von 100.000 € unterschritten wird.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten		bei IPNr.: 365D.880
Kath. Kindergarten Heilig Kreuz	38.841 €	Kostenstelle: 510090
		Kostenträger: 36510051

Keine Einnahmen nach FAG

Haushaltsmittel

- wurden zum Haushalt 2014 angemeldet
- sind vorhanden auf IP-Nr. 365D.880
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
VI/24

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
242/322/2013

Antrag auf Mittelbereitstellung für das Budget des Gebäudemanagements (Deckung durch Fachämter)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	22.10.2013	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 51 / Zustimmung erteilt am 09.10.2013; Amt 20

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel 11.10.2013.
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

Sachmittelbudget Amt 24	Kostenstelle [920291 Erba- Kindertagesstätte	Produkt 36510024 Amt 24: Leistungen für alle Kitas	35.000 € für Sachkonto [521112 Unterhalt der eigenen bauli- chen Anlagen
Sachmittelbudget Amt 24	Kostenstelle [920644 Kinderhort Donato- Polli- Straße	Produkt 36510024 Amt 24: Leistungen für alle Kitas	30.000 € für Sachkonto [521112 Unterhalt der eigenen bauli- chen Anlagen

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. 365B.351 Einrichtung (KiGA allgem.)	Kostenstelle 510090 Allgem. KST Amt 51	in Höhe von	25.000 € bei
		Produkt 36510051 Amt 51: Leistungen für alle KiTas	Sachkonto [082102 Zugänge Betriebsausstattung
IP-Nr. 365B.352 Spielgeräte (KiGa allge- mein)	Kostenstelle 510090 Allgem. KST Amt 51	in Höhe von	10.000 € bei
		Produkt 36510051 Amt 51: Leistungen für alle KiTas	Sachkonto [082102 Zugänge Betriebsausstattung
Budgetrücklage Amt 51 (Verwendungsbeschluss JHA vom 12.06.2013, Ziff. 2.5)	Kostenstelle [und in Höhe von	30.000 € bei
		Produkt [Sachkonto [

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	0 €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	0 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	0 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €
Summe der bereits vorhandenen Mittel	0 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	65.000 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig für das Haushaltsjahr 2013

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung (Gesamtbudget GME)
9.509.943,39 €

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

1. Kindertageseinrichtungen müssen sicher benutzbar sein
2. Gruppenräume und Verkehrswege in Kindertageseinrichtungen müssen intakt sein

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

1. Herstellung eines Verbindungsflures zur Schaffung eines 2. Fluchtweges im Erdgeschoß der Erba- Kindertagesstätte; (Fachaufsichtsbehörde Regierung v. Mfr. forderte dies seit längerem).
2. Sanierungsarbeiten im Kinderhort Donato-Polli-Straße 7: Erneuerung von Fußbodenbelägen, Erneuerung von Wandanstrichen, Erneuerung Fensterbretter und Waschtischablagen (der schlechte bauliche Zustand wurde bei einer Begehung durch die Regierung von Mfr. im Herbst 2012 moniert und die Beseitigung der Mängel zur Auflage gemacht).

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Planung und Bauleitung durch Amt 24/GME, Sachgebiet Bauunterhalt

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 22.10.2013

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende ~~über~~-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der Aufwendungen/~~Auszahlungen~~ um

Sachmittelbudget Amt 24	Kostenstelle [920291 Erba- Kindertagesstätte	Produkt 36510024 Amt 24: Leistungen für alle Kitas	35.000 € für Sachkonto [521112 Unterhalt der eigenen bauli- chen Anlagen
Sachmittelbudget Amt 24	Kostenstelle [920644 Kinderhort Donato- Polli- Straße	Produkt 36510024 Amt 24: Leistungen für alle Kitas	30.000 € für Sachkonto [521112 Unterhalt der eigenen bauli- chen Anlagen

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/~~Mehreinnahme~~

IP-Nr. 365B.351 Einrichtung (KiGA allgem.)	Kostenstelle 510090 Allgem. KST Amt 51	in Höhe von	25.000 € bei
		Produkt 36510051 Amt 51: Leistungen für alle KiTas	Sachkonto [082102 Zugänge Betriebsausstattung
IP-Nr. 365B.352 Spielgeräte (KiGa allge- mein)	Kostenstelle 510090 Allgem. KST Amt 51	in Höhe von	10.000 € bei
		Produkt 36510051 Amt 51: Leistungen für alle KiTas	Sachkonto [082102 Zugänge Betriebsausstattung
Budgetrücklage Amt 51 (Verwendungsbeschluss JHA vom 12.06.2013, Ziff. 2.5)	Kostenstelle [und in Höhe von	30.000 € bei
		Produkt [Sachkonto [

mit 11 gegen 0 Stimmen

gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Weber
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
VI/66

Verantwortliche/r:
Tiefbauamt

Vorlagennummer:
66/239/2013/1

Mittelbereitstellung für IP-Nr. 541.813 - Erneuerung Brücke über den Hutgraben

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	16.10.2013	Ö	Beschluss	vertagt
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	22.10.2013	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Bisherige Beratungsfolge: BWA	24.09.2013	Ö	Gutachten	vertagt
----------------------------------	------------	---	-----------	----------------

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird **ausschließlich** für **Variante B** (siehe unter I. Antrag) erteilt!

gez. Beugel 23.09.2013
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Der von der Bauverwaltung favorisierten **Variante A** für die über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln wird zugestimmt.

Hinweis: Die Kämmerei trägt die Mittelbereitstellung ausschließlich hinsichtlich der **Variante B** (ohne Sandsteinbrüstung) mit.

Das rechtliche Erfordernis „Unabweisbarkeit“ ist hinsichtlich der Mehrkosten für die Sandsteinbrüstung nicht erfüllt.

Bei den angebotenen Deckungen handelt es sich nur in Höhe von 80.000 € um echte Einsparungen. 40.000 € stellen eine Bedarfsverschiebung auf künftige Jahre dar.

Die Beschlussfassung des HFPA erfolgt vorbehaltlich der Begutachtung durch den BWA.

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 207.728,29.
€

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von

Summe der bereits vorhandenen Mittel	207.728,29 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	327.728,29 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Herbeiführung der verkehrssicheren Benutzbarkeit unter Beachtung gesamtwirtschaftlicher Aspekte unter Beachtung der gestalterischen Einbindung des Bauwerkes in die vorhandene Bebauung.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Das vorhandene Bauwerk kann auf Grund des kritischen Schadenszustandes nicht mehr saniert werden. Auf Grund des Schadensbildes muss die Brücke über den Hutgraben im Zuge der Sebastianstraße in Tennenlohe, zur Gewährleistung der Standsicherheit und der Verkehrssicherheit möglichst zeitnah vollständig abgebrochen und erneuert werden. Durch diese Maßnahme wird eine dauerhafte und nachhaltige Nutzung wieder hergestellt. Um die gestalterische und optische Einbindung des Bauwerkes in die vorhandene und zum Teil denkmalgeschützte Sandsteinbebauung zu erreichen soll die Brücke mit einer Sandsteinbrüstung errichtet werden (Variante A).

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Im Rahmen der Fortschreibung der Planung (z.B. Abstimmung mit dem Ortsbeirat) und der weiteren Genehmigungen (z.B. Wasserrechtliche Erlaubnis) haben sich kostenrelevante Änderungen des Projektes ergeben.

Variante A mit Sandsteinbrüstung

Neben der Beibehaltung der vorhandenen Fahrbahn- und Gehwegbreiten soll zur besseren Einbindung des Bauwerkes in die vorhandene Bebauung an Stelle der Absturzsicherung durch ein konventionelles Füllstabgeländer beidseitig eine Sandsteinbrüstung hergestellt werden. Diese stellt eine deutlich bessere Einbindung der Brücke in die vorhandene und zum Teil denkmalgeschützte Bebauung dar. Darüber hinaus würde mit dieser Änderung auch einem Ansinnen des Ortsbeirates Tennenlohe entsprochen und das Ortsbild würde zusätzlich aufgewertet. Die Mehrkosten für diese Änderung belaufen sich auf ca. 35.000,- €

Weiterhin haben sich aus der wasserrechtlichen Genehmigung und den darin enthaltenen Auflagen zusätzliche Kosten ergeben. So sind z.B. für die Dauer der Grundwasserabsenkung regelmäßige Wasseranalysen durchzuführen, das abgepumpte Grundwasser ist durch geeignete Verfahren entsprechend zu reinigen und für die Einleitung in den Hutgraben vorzubereiten. Die zusätzlichen Kosten für die Berücksichtigung der Auflagen aus der wasserrechtlichen Genehmigung werden auf ca. 15.000,- € geschätzt.

Weiterhin hat sich bei einer eigenen detaillierten Überprüfung der Kostenschätzung des Ingenieurbüros herausgestellt, dass diese Kostenschätzung nicht dem aktuellen Preisniveau für derartige Leistungen entsprach und zu niedrig angesetzt war. Im Vergleich zu einer eigenen Kostenschätzung des Tiefbauamtes wurde ein Fehlbetrag von ca. 70.000,- Euro ermittelt.

Somit ergibt sich ein zusätzlicher Mittelbedarf von ca. 120.000,- für die Erneuerung der Brücke über den Hutgraben im Zuge der Sebastianstraße.

Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln / Erhöhung der Auszahlungen um

IP-Nr. 541.813 Erneuerung Brücke über Hutgraben	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	Produkt 5411 Gemeindestraßen	120.000,- € für Sachkonto 042002 Zugänge Brücken+Tunnel u.sons.ingenieurtechn.Anl.
--	---	---------------------------------	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. 541.810 Sanierung Überbau Dechsendorfer Damm	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	in Höhe von Produkt 5411 Gemeindestraßen	40.000,- € bei Sachkonto 042002 Zugänge Brücken+Tunnel u.sons.ingenieurtechn.Anl.
IP-Nr. 541.500 Erschließungsmaßnahmen, Bau	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	und in Höhe von Produkt 5411 Gemeindestraßen	45.000,- € bei Sachkonto 048002 Zugänge Straßennetz mit Wegen und Plätzen
IP-Nr. 545.604 Sonderprogr.Ersatzneubau v.Beleuchtungsanlagen	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	und in Höhe von Produkt 5452 Straßenbeleuchtung	35.000,- € bei Sachkonto 048702 Zugänge Straßenbeleuchtung

Die Deckung wird aus den Investitionsnummern IP-Nr. 541.810 – Sanierung Überbau Dechsendorfer Damm, IP-Nr. 541.500 – Erschließungsmaßnahmen, Bau und IP-Nr. 545.604 – Sonderprogramm Ersatzneubau von Beleuchtungsanlagen gewährleistet.

Bei der IP-Nr. 541.810 kann der Ansatz für Planungsmittel in 2013 reduziert werden, da nach aktuellem Kenntnisstand neben der Sanierung des Bauwerkes eine verkehrliche Umgestaltung angestrebt wird. In 2013 / 2014 fallen zur Ermittlung der diesbezüglichen Rahmenbedingungen lediglich kleine Voruntersuchungen an.

Bei den IP-Nrn. 541.500 und 545.604 ist jeweils eine Reduzierung des Mittelansatzes möglich, da nicht alle geplanten Maßnahmen realisiert bzw. Einsparungen bei den laufenden Projekten generiert werden konnten.

Bei den Deckungen handelt es sich in Höhe von 80.000 € um echte Einsparungen. 40.000 € stellen eine Bedarfsverschiebung auf künftige Jahre dar.

Die Maßnahme soll noch im Winter 2013 ausgeschrieben und im Frühjahr/Sommer 2014 baulich umgesetzt werden.

Variante B mit Füllstabgeländer

Grundsätzlich könnte der Ersatzneubau auch mit einem konventionellen Stahlgeländer anstelle einer in das Umfeld passenden Sandsteinbrüstung erfolgen.

Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln / Erhöhung der Auszahlungen um

IP-Nr. 541.813 Erneuerung Brücke über Hutgraben	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	Produkt 5411 Gemeindestraßen	85.000,- € für Sachkonto 042002 Zugänge Brücken+Tunnel u.sons.ingenieurtechn.Anl.
--	---	---------------------------------	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. 541.810 Sanierung Überbau Dechsendorfer Damm	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	in Höhe von Produkt 5411 Gemeindestraßen	40.000,- € bei Sachkonto 042002 Zugänge Brücken+Tunnel u.sons.ingenieurtechn.Anl.
IP-Nr. 541.500 Erschließungsmaßnahmen, Bau	Kostenstelle 660090 Allgem. KST Amt 66	und in Höhe von Produkt 5411 Gemeindestraßen	45.000,- € bei Sachkonto 048002 Zugänge Straßennetz mit Wegen und Plätzen

In der Variante B soll an Stelle der Sandsteinbrüstung ein konventionelles Füllstabgeländer als Absturzsicherung vorgesehen werden. Hier würde ein zusätzlicher Mittelbedarf von 85.000,- € entstehen.

Anlagen: Übersichtslageplan
Protokollvermerk aus der 9. Sitzung des BWA vom 24.09.2013

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 16.10.2013

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Über die Vorlage soll zunächst im Fachausschuss befunden werden.

gez. Dr. Balleis
Vorsitzende/r

gez. Friedel
Schriftführer/in

Beratung im Gremium: Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 22.10.2013

Ergebnis/Beschluss:

Der **Variante B** wird von den Mitgliedern des BWA einstimmig zugestimmt.

mit 11 gegen 0 Stimmen

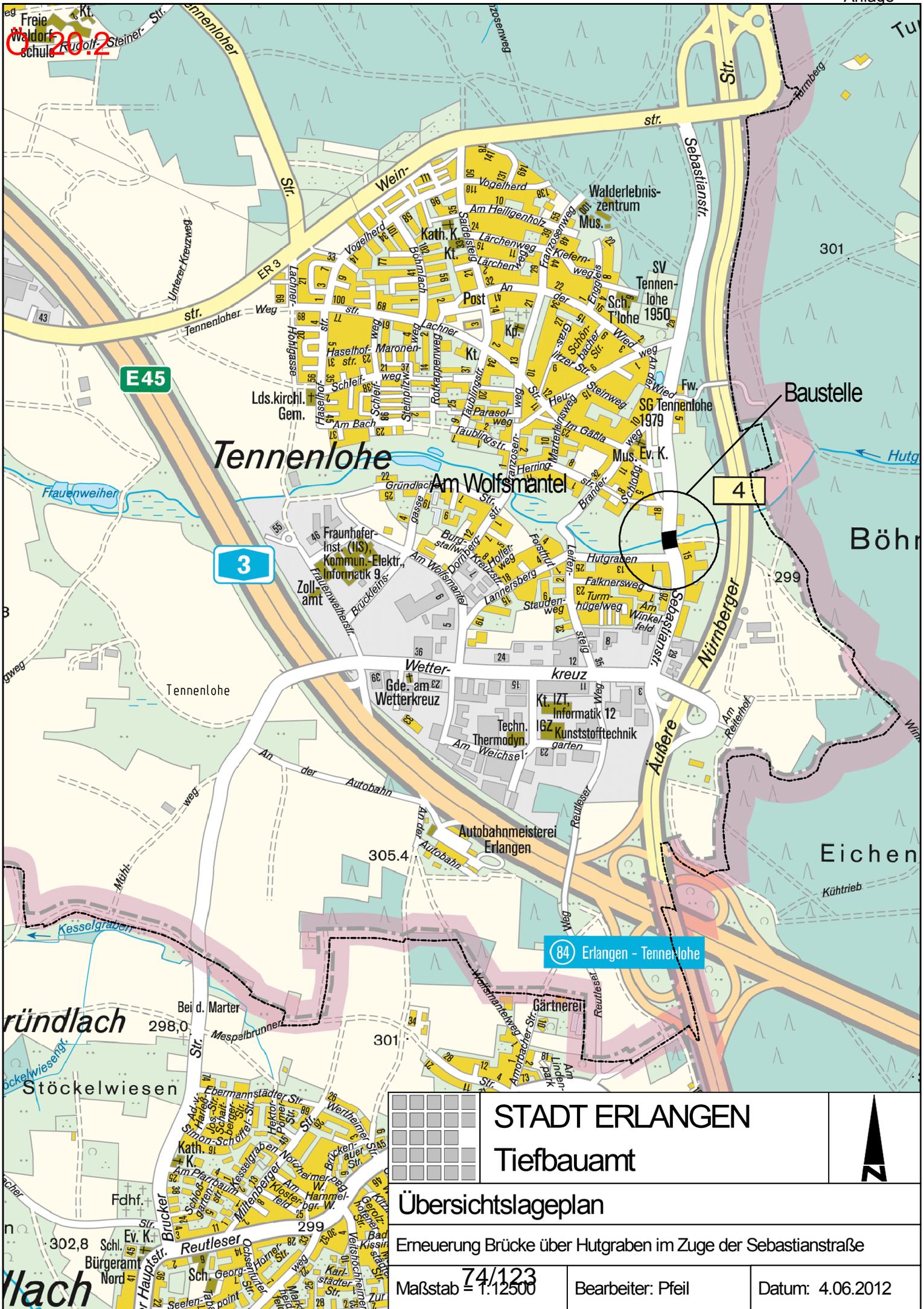
gez. Könnecke
Vorsitzender

gez. Weber
Berichterstatter

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



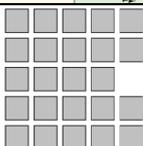
Freie Waldorfschule
20.2

E45

3

4

B84 Erlangen - Tennenlohe



STADT ERLANGEN
Tiefbauamt



Übersichtslageplan

Erneuerung Brücke über Hutgraben im Zuge der Sebastianstraße

Maßstab = $\frac{74}{123}$
1:12500

Bearbeiter: Pfeil

Datum: 4.06.2012

VI/24/GSH-T.2871
66/239/2013

ORIGINAL WIRD
nach Unterschrift
des Vorsitzenden
NACHGEREICHT!

Erlangen, 24.09.2013

Mittelbereitstellung für IP-Nr. 541.813 - Erneuerung Brücke über den Hutgraben

- I. **Protokollvermerk aus der 9. Sitzung des Bauausschusses / Werkausschusses Entwässerungsbetrieb Tagesordnungspunkt 20.1 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Herr Stadtrat Thaler stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung des BWA am 22.10.2013 (mit Ortsbesichtigung) zu vertagen.

Diesem Antrag wird mit 12:0 Stimmen zugestimmt.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 66** zum Weiteren.
- IV. **Referat VI** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....
Stadtrat
Könnecke

Schriftführer/in:

gez.

.....
Gumbrecht

EINGANG: 30.09.13	
Amtsleiter	x 660
661	662
663	x
Hinweis:	
VV/Tonrin:	

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
IV/44

Verantwortliche/r:
Theater

Vorlagennummer:
44/064/2013

Umsetzung Tarifierhöhung NV Bühne analog zu TVöD

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	
Kultur- und Freizeitausschuss	22.01.2014	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
Amt 11/3 und Amt II/20

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel 06.11.2013
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Aufwendungen um

Sachmittelbudget	Kostenstelle [440090 Allgemeine Kostenstelle Theater	Produkt 26110044 Leistungen für das Theater	29.000 € für Sachkonto [501911 sonstige Beschäftigte
------------------	--	---	---

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

	Kostenstelle [200090 Allgemeine Kostenstelle Amt 20	in Höhe von Produkt [61210020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	29.000 € bei Sachkonto [551701 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute
--	---	---	--

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	1.202.000 €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	€
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	0 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel	1.202.000 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	1.231.000 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig für das Haushaltsjahr 2013

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung 301.158,39 €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der dritte Tarifvertrag vom 24. April 2013 zur Durchführung des § 12a NV Bühne vom 15. Oktober 2002 zwischen dem Deutschen Bühnenverein-Bundesverband der Theater und Orchester, Köln einerseits und der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger legt fest, dass die Gagen der Solomitglieder und Bühnentechniker, die über einen Arbeitsvertrag mit einem Arbeitgeber des Tarifbereichs TVöD verfügen, ab dem 1. Januar 2013 um 1,4 v. H. und am 1. August 2013 um weitere 1,4 v.H. erhöht werden.

Die Mehrkosten fallen wie auch im TVöD-Bereich an und werden dort mit einer Ansatzserhöhung ausgeglichen. Da die Kosten des künstlerischen Personals im Sachmittelbudget des Theaters anfallen, muss dieses analog erhöht werden. Amt 11 hat im Mai 2013 die Kosten in Höhe von 29.000 € ermittelt. Das jetzige Verfahren wurde mit der Kämmerei so abgestimmt. Die zusätzlichen Mittel für 2014 wurden bei den Haushaltsberatungen bereits mit eingebracht.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
I/40

Verantwortliche/r:
Schulverwaltungsamt

Vorlagennummer:
40/207/2013

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung, hier IT Berufsschule

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt

gez. Beugel 11.11.2013.
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:
Erhöhung der Auszahlungen um

IP-Nr. 231A.351 Berufsschule, Schuleinrich- tungsgegenstände	Kostenstelle 400090' Allgemeine Kostenstelle Amt 40	Produkt 23110040 Leistungen für Berufs- schule	52.801,15 € für Sachkonto 082102 Zugänge Betriebsausstat- tung
--	---	--	--

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahme

	Kostenstelle [175200 ITK Schulen	in Höhe von Produkt 11150017 Leistungen für Service- Einrichtungen der Verwal- tung	52.801,15 € bei Sachkonto 492101 Periodenfremde Erträge privat-rechtl.
--	-------------------------------------	---	--

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfü-
gung

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 25.000,00 €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 32.555,29 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in
Höhe von 0,00 €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 57.555,29 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)

110.356,44 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig für das Haushaltsjahr 2013

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Für den Umbau einer Backstube sowie einer ehemaligen Lernküche zu integrierten Fachunterrichtsräumen IT im Jahr 2012 wurde eine Förderung durch die Regierung von Mittelfranken zugesagt. In die Förderzusage waren auch IT-Ausstattungsgegenstände einbezogen.

Im Hinblick auf die Erbringung der IT-Dienstleistungen durch KommunalBit wurde durch den Zuschussgeber klargestellt, dass eine Förderung nur ausgezahlt werden kann, wenn die IT-Gegenstände von KommunalBit angekauft werden und ins städtische Vermögen übergehen.

Durch Entscheidung des Oberbürgermeisters vom 28.02.2012 wurde festgelegt, dass auf den Zuschuss nicht verzichtet werden soll und das Eigentum der IT-Gegenstände bei der Stadt Erlangen sichergestellt werden soll.

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Durch eine Rechnungsstellung KommunalBits an die Stadt, Bezahlung der Rechnung durch Amt 40 und Aufnahme der Gegenstände ins städtische Anlagevermögen werden die Forderungen des Zuschussgebers erfüllt.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Haushaltsmittel sind bei Amt 40 nicht vorhanden. Damit die Rechnung beglichen werden kann, soll eine Verrechnung mit der noch offenen Rückzahlung KommunalBits für den Bereich Schulen an den allgemeinen Haushalt erfolgen (im Wirtschaftsplan KommunalBits sind 121.276,33 € vorgesehen). Die Mittel sind anteilig iHv. 52.801,15 € bei Amt 40 bereitzustellen.

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
IV/51

Verantwortliche/r:
Stadtjugendamt

Vorlagennummer:
51/140/2013

Mittelbereitstellung Amt 51 -Jugendamt-

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Gutachten	
Jugendhilfeausschuss	21.11.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	28.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt

gez. Beugel 12.11.2013
Unterschrift Referat II

Sollte sich im Zuge der Budgetabrechnung erweisen, dass die Mittelbereitstellung nicht in voller Höhe erforderlich gewesen wäre, werden die überstehenden Mittel eingezogen.

I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der Aufwendungen um

	Kostenstelle [511090 Allgemeine Kostenstelle Abt. 511	Produkt 36338110 Heimerziehung	400.000 € für Sachkonto 533201 Jugendhilfe an natürliche Personen i. E.
--	---	-----------------------------------	---

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahme

	Kostenstelle 202090 Allgemeine Kostenstelle Abt. Gemeindesteuern	in Höhe von Produkt 11130020 Leistungen für das Fi- nanzmanagement	400.000 € bei Sachkonto 456241 Nachholungszinsen (f. Gewerbesteuerschulden)
--	--	---	---

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots sind nachfolgende Sachmittel notwendig:

Im Sachkostenbudget (Ansatz) stehen Ausgabemittel zur Verfügung in Höhe von	30.854.051 €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	---
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	---
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €
Summe der bereits vorhandenen Mittel	30.854.051 €
 Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	 31.254.051 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig für das Haushaltsjahr 2013

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung 26.560,97 €
 Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis
 Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sicherstellung der Aufgabenerfüllung des Jugendamts

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Einbuchung der beantragten Mittelbereitstellung

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Der überwiegende Teil der beantragten Summe wird benötigt, um die kostenintensiven Hilfen zur Erziehung zu finanzieren. Diese Hilfen werden von Dritten (Leistungserbringer) geleistet und sind über Pflegesätze und Fachleistungsstunden zu finanzieren.

Die Kostensteigerungen in diesem Bereich werden von folgenden Faktoren bestimmt:

- Die Laufzeiten der Hilfen werden, bedingt durch gravierende Fälle länger.
- Kinder, die aufgrund von Gefährdungen im Kleinkinderalter, teilweise als Säuglinge untergebracht werden müssen, verbleiben bis zur Selbstständigkeit in der Hilfe.
- Zunahme an Kindern/ Jugendlichen mit einer psychiatrischen Diagnose und vorherigem Aufenthalt in der
- Kinder- und Jugendpsychiatrie; Zunahme von Kindern mit ADHS/ ADS (insbesondere im Bereich Erziehung in einer Tagesgruppe spürbar).
- Zunahme der Hilfen, die über das 21. Lebensjahr fortgeführt werden müssen.
- Zunahme an geschlossenen Unterbringungen wegen Fremd- bzw. Selbstgefährdung (diese Maßnahmen sind sehr kostenintensiv).
- Zunahme von suchtkranken Jugendlichen.

Darüber hinaus sind zusätzliche Mittel für Ausgabensteigerungen im Gesamtbudget notwendig, die nur teilweise durch Einnahmemehrungen aufgefangen werden können.

Die Verbuchung der Mittel soll auf der o.g. Kostenstelle erfolgen.

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/113

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/136/2013

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2014; 1. Neufassung - Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

Gem. Aufstellungsverfahren zum Stellenplan alle Referate, Fachämter und Personalrat

I. Antrag

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2014 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (1. Neufassung vom November 2013) geändert und ergänzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt.

3. Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
 bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen: Auszug aus der Verwaltungsvorlage November 2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2014

Neufassung

hier:Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom November 2013

für die Sitzung des HFPA-HH am 20.11.2013

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkungen	<u>2</u>
2. Liste A – neue Planstellen usw.	<u>3</u>

Referat Personal, Organisation und eGovernment

Ternes

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, Stundensperrungen bzw. Stundenentperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/Ez	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2014 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2015 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 04.12./ 05.12.13	Beschluss Stadtrat 09.01.14
HFGA										
18.	<i>Antrag StR Grille/ Jarosch</i>		Bürgermeister/ Bürgermeisterin	B 5	---	---	Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 0,5: Einsparung der Stelle eines Bürgermeisters ab Mai 2014			
Amt 13										
19.	<i>Fraktions- antrag SPD</i>		SB Verwaltung	EG 6	7.700	15.400	Stundenentperrung auf Vollzeitkraft (derzeit 25 Std.): Unterstützung SG 13-4			
	<i>Fraktions- antrag Grüne Liste</i>		SB Verwaltung	EG 6	7.700	15.400	Stundenentperrung auf Vollzeitkraft (derzeit 25 Std.): Unterstützung SG 13-4			
	<i>Fraktions- antrag FDP</i>		SB Verwaltung	EG 6	7.700	15.400	Stundenentperrung auf Vollzeitkraft (derzeit 25 Std.): Unterstützung SG 13-4			
	<i>Gemein- samer Antrag StR ÖDP/ FWG</i>		SB Verwaltung	EG 6	7.700	15.400	Stundenentperrung auf Vollzeitkraft (derzeit 25 Std.): Unterstützung SG 13-4			
20.	<i>Fraktions- antrag SPD</i>	0,5	Projekt „die Begleiter“	S 8	12.400	24.700	Neuschaffung: Ausbau des Projekts, Warteliste bei Jugendlichen 84/123			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/Ez	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2014 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2015 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 04.12./ 05.12.13	Beschluss Stadtrat 09.01.14
Amt 30										
21.	<u>Fraktions- antrag SPD</u>	0,5	Datenerfassung	EG 2	12.500	17.600	Neuschaffung: Inklusion			
Alt.1										
21.	<u>Fraktions- antrag SPD</u>	0,5	Datenerfassung	EG 2	12.500	17.600	Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 30.06.2017: Inklusion			
Alt.2										
Amt 32										
22.	<u>Fraktions- antrag SPD</u>		Heimaufsicht alt: SB Verwaltung neu: Gerontofach- kraft	alt: A 9S neu: S 12	5.200	10.400	Funktionsänderung: Anmerkung: Derzeit laufende Organisationsunter- suchung.			
Alt.1										
22.	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>	1,0	Heimaufsicht Gerontofachkraft	S 12	24.200	48.300	Neuschaffung: Anmerkung: Derzeit laufende Organisationsunter- suchung.			
Alt.2										
22	<u>Antrag StR Grille/ Jarosch</u>	1,0	Heimaufsicht Gerontofachkraft	S 12	24.200	48.300	Neuschaffung: Anmerkung: Derzeit laufende Organisationsunter- suchung.			
Alt.2										

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/Ez	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2014 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2015 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 04.12./ 05.12.13	Beschluss Stadtrat 09.01.14
Amt 33										
23.	III 3301340		alt: SB Auskunft neu: SB Service	alt: A 7 neu: A 8	2.500 (4.500)	2.500 (4.500)	Funktionsänderung in Höhe von 0,5: Organisationsprüfung bestätigt diese notwendige Ver- änderung im Bürgeramt. Refinanzierung: Keine			
24.	<i>Fraktions- antrag CSU</i>	0,5	<i>Rentenberatung</i>	<i>EG 5</i>	9.700	19.300	Neuschaffung			
Amt 34										
25.	III 3401075	0,5	SB Bestattungen/ Beurkundungen	A 10	9.200 (16.400)	18.400 (32.800)	Neuschaffung: Organisatorische Prüfung bestätigt diesen Bedarf. 10 Std. werden für Bestattungen von Amtswegen und 9,5 Std. für die Urkundenstelle benötigt. Refinanzierung: Keine			
26.	III 3401110	1,0	SB Beurkund- ungen	EG 5	19.300	38.600	Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 30.06.2016: Organisatorische Prüfung bestätigt diesen vorüberge- henden Mehrbedarf (Umstellung auf elektronische Re- gisterführung). Refinanzierung: Keine			
27. Neu !	III 3401045	0,5	Standesbeamter/in	A 10	10.600 (18.900)	21.100 (37.700)	Neuschaffung mit kw-Vermerk zum 30.06.2019: Gestiegene Fallzahlen im Bereich der Geburten und Rückstände in der Sachbearbeitung. Refinanzierung: Keine			
Amt 37										

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/Ez	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2014 €	Gesamt- jahreskos- ten ab 2015 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 04.12./ 05.12.13	Beschluss Stadtrat 09.01.14
28.	I 3703500		Truppführer/-mann	A 8	---	---	Wegfall des kw-Vermerkes in Höhe von 1,0: Organisatorische Prüfung bestätigt diesen Bedarf auf Dauer. Refinanzierung: Keine			
29.	I 3703510	1,0	Truppführer/-mann	A 8	18.800 (33.600)	37.600 (67.200)	Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsbemessung (u.a. Tages- alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren) bestätigt diesen Bedarf auf Dauer. Refinanzierung: Keine			
Amt 39										
30.	III 3910030	0,5	Amtstierarzt/-ärztin	A 14	---	---	Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsbemessung bestätigt diesen Be- darf auf Dauer. Kostenübernahme durch Freistaat Bayern für insge- samt 2,5 Amtstierarztstellen, dadurch erfolgt keine Erhöhung des Personalkostenbudgets			
31	III 3922160	1,0	Fleisch- kontrolleur/in	EG 3	17.700	35.300	Neuschaffung: Aktuelle Stellenbedarfsbemessung bestätigt diesen Bedarf auf Dauer. Refinanzierung: Diese Personalmehrkosten werden durch kostendeckende Gebühren wieder aus- geglichen.			

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-4

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
13-4/033/2013

Communication for Integration – Projekt des Europarats: Stellenschaffung zum Stellenplan 2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
OBM/ZV, 113

I. Antrag

Die Verwaltung wird für die Durchführung des o.g. Projektes beauftragt, befristet für das Jahr 2014 eine Planstelle mit kw-Vermerk in die Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2014 (für den HH-HFPA am 04./05.12.13) aufzunehmen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Projekt „Communication for Integration – C4I“, entwickelt vom Europarat, wird in insgesamt 10 europäischen Städten, darunter 2 in Deutschland (Erlangen und Nürnberg) durchgeführt, mit dem Ziel, einen informationsgestützten öffentlichen Diskurs über Migration und Vielfalt zu fördern.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die in Barcelona bereits erfolgreich umgesetzte „anti-rumor-campaign“ soll in den 10 ausgewählten Städten eingesetzt und weiterentwickelt werden.

Der Europarat stellt allen teilnehmenden Städten die dafür nötigen Mittel zur Verfügung.

Für die Durchführung des Projekts in der Stadt Erlangen gibt es eine vorläufige Zusage (die endgültige Finanzierungszusage des Europarats steht noch aus) von insgesamt 71.300,- €

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Für die Stelle der lokalen Koordination sind vom Europarat Mittel in Höhe von 20.000,- € veranschlagt. In Abstimmung mit der zuständigen Mitarbeiterin beim Europarat wird vorgeschlagen, der lokalen Koordinatorin weitere Aufgaben zu übertragen, um die einzelnen Aktivitäten effizient und nachhaltig bündeln und vernetzten zu können. Es ist geplant insgesamt 40.000,- € der vorhandenen Mittel dafür zu verwenden.

Dies würde nach Berechnungen von Amt 11 bei Vergütung E 13, Stufe 1 eine 12-monatige Beschäftigung mit 28 Wochenstunden bedeuten.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	40.000 €	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	40.000 €€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Übersetzung der Kurzbeschreibung des Projekts C4I und Annex 1 – LogFrame

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Annex 1 - LogFrame

Title of the Project		Communication for Integration (C4I): social networking for diversity		
Overall objective of the project (impact)		Building and strengthening social mobilisation networks to foster informed public opinion and debate on migration and diversity and combat unfounded (but widespread) myths and misconceptions which undermine the integration strategies at local level.		
Priority and specific objectives (as defined in the Call for Proposals)		Priority 1: local action to enhance migrants' economic, social, cultural and political participation Specific objective: → the engagement of the receiving communities in interacting with migrants, based on the mutual respect of their rights, obligations and different cultures		
Results and Deliverables				
Nr.	Result/Deliverable	Objectively Verifiable Indicators	Sources of Verification	Risks, assumptions and mitigating actions
I.	Result/Deliverable I: Research, collection of baseline data & needs assessment of local structures and issues related to migration and diversity	Research and data collection provide information on: →target groups /neighbourhoods and organisations with high social networking potential; →factual and statistical data that can be used to inform public opinion on specific migration/diversity issues that are of interest to the community, →Public perceptions, false ideas and rumours,	Consolidated research and mapping results based on: →documentary research, →questionnaires →interviews →Web-based questionnaire →Workshops and focus groups	The research and data collection are expected to directly reflect the needs for the development of local networks and appropriate adoption of awareness-raising strategies, in particular: → It is important that the database of contacts is cross-sectoral and can be maintained and expanded, →Consideration should be given to those with a high social networking potential to maximize viral networking, → Further consideration should

		<p>perceived risks and threats;</p> <p>→ Diversity assets at different levels including both tangible and intangible values & success stories that can be used as campaign messages (database of diversity advantage stories).</p>		<p>be given to ensure that the database is fully socially and culturally inclusive.</p> <p>→The key contacts should be widely representative of decision-makers and opinion-formers.</p> <p>→Identification of key target issues for awareness-raising: attention should be paid to matching the perceived key issues to the desktop contextual analysis carried out as part of the relevant city mapping to identify key gaps and opportunities.</p>
II.	<p>Result/Deliverable II:</p> <p>Indicators to measure public awareness and change in community's attitudes, behaviours and beliefs (as a result of viral communication networking)</p> <p>Methodology on data collection and processing procedures</p>	<p>Indicators are simple, measurable, prioritized and verifiable</p> <p>Procedures for collecting data based on indicators are simple, straightforward and affordable.</p> <p>Data processing is reliable and results are presented in an accessible way.</p>	Availability of indicators	<p>Indicators are needed to identify, measure, and evaluate impact of awareness-raising actions on public opinion. City-partners and network coordinators need to be carefully informed about indicators to take them into account for the implementation of the awareness-raising activities. To measure impact, the project leader needs to define from the outset the following:</p> <p>→Shift in Beliefs, Behavior, Engagement and, Policies,</p> <p>→Definition of Shift</p> <p>→Strategies/activities linked to the shift</p>

				→ Scale of Influence and Resources required
III.	<p>Result/Deliverable III: Local awareness-raising networks in the field of integration</p> <p>Increased capacity of local key stakeholders to raise awareness of diversity, migration and integration issues</p>	<p>→Membership and activities of networks; →number of stakeholders involved, including “Diversity Ambassadors” and “Anti-rumours agents” → 2-3 trainings for network members;</p>	<p>→Contacts’ database → Availability of awareness-raising strategy →Training materials and awareness-raising toolkits →Evaluation questionnaires and answers → Local intermediate report;</p>	<p>This stage specifies key messages, behavioral, learning and emotional objectives, choice of technics and specific products. To ensure that results are achieved:</p> <p>→ It is vital that there is a commitment of actors and sufficient community trust in network coordinator to facilitate network activities. The risk of insufficient commitment and trust can be reduced through intensive project coordination, preparing relevant and high-quality information, in-depth analysis and monitoring of needs of all stakeholders, including migrant communities, media, community-based organizations and other local partners;</p>
IV.	<p>Result/Deliverable IV: Tools for communication and campaigning:</p> <p>→ Guide for “anti-rumours agents” adapted to local needs →Communication Training Modules (building trust and engagement)</p>	<p>Awareness-raising tools provide evidence of:</p> <p>→ techniques for dismantling false ideas and rumours (scenario Matrix); →brochures and awareness-raising tool-kits → communication techniques (trust building and engagement)</p>	<p>→Training materials and awareness-raising toolkits →Evaluation questionnaires and answers → Local intermediate report;</p>	<p>→ Awareness-raising requires skills not readily available at the local level, particularly in a community of diversity and migration experts dominated by sociologists. Support will therefore be required from communication experts through tailored training courses both real and virtual.</p>

		→ network web site		
V.	Result/Deliverable V: Awareness-Raising Campaigns and outreach actions at the local level	<ul style="list-style-type: none"> →number of viral Awareness-Raising operations →population reached through “viral networking” and campaign events →Launch events: number of participants, number of social media and social networks exchanges, as well as classical media reports → Local Diversity Days: number of participants 	<ul style="list-style-type: none"> →results of surveys →Evaluation questionnaires and answers →campaign materials 	<ul style="list-style-type: none"> →It is vital that the “messages” identified in the WP III underpins and are consistent throughout the awareness-raising activities and “viral networking”. →Networks need to address diversity/migration not just from dismantling “what-is-not-true” point of view, but also take on the potential of diversity and migration in achieving more cohesive communities. In order to become key promoters of diversity, networks need to “learn the language of intercultural integration” and become pro-active, seeking allies among local populations rather than be perceived as defensive.
VI.	Result/Deliverable VI: Knowledge transfer and Dissemination: <ul style="list-style-type: none"> →”Communication for Integration” Guide (compilation of methodology, training tools for awareness raising and evaluation) → European Awareness-Raising ”<i>Communication for Integration and the role of the cities</i>” 	<ul style="list-style-type: none"> → Evaluation provides evidence of achieved impact/change in community's attitudes, behaviours and beliefs (through the use of indicators in point II); → European Awareness-Rising Conference endorses the project results that are 	<ul style="list-style-type: none"> Availability of impact evaluation results, based on: → surveys, → evaluation questionnaires, → focus groups results; 	<ul style="list-style-type: none"> It is expected that the project reflects added-value, not only in terms of innovative action (viral networking), but in terms of the policy-usefulness; Confirming this assumption will require project teams delivering first class communication outputs in terms of awareness-raising, networking and campaigning. The principle of "viral networking" also presumes that

		transferrable to a wider community of cities and key European stakeholders in the field of the integration		the project experience will be multiplied and replicated outside of the project partnership.
Activities				
Nr.	Activities (in chronological order) and methods (who? where? how?)			Calendar
	<i>INCEPTION PHASE</i> 0.1 Recruiting Project Manager, Project Assistant 0.2 Establish in all project locations C4I correspondents/ network coordinators (Local partners with support from Project Leader), 0.3. Organise 1st coordination meeting to present project objectives, expected results and the evaluation plan – to be endorsed by partners (Partner-Cities, Consultant, Project Leader) ,			01/12/2013 to 15/02/2014
I.	<i>IMPLEMENTATION - Work package I:</i> Research, Data collection and needs assessment 1.1.Develop Template Terms of Reference for Research Data collection and needs assessment (Project Leader) 1.2. Develop a database of key contacts representing key political, social, cultural and media sectors in each partner-city (Local Researcher (s)) 1.3. Questionnaire analysis at a local level in order to establish the range and relative influence of key opinion-formers, key decision-makers, key sectors and key civil society organizations (Local Researcher(s)) 1.4. Establish factual and statistical data that can be used to inform public opinion on specific migration/diversity issues that are of interest to the community, 1.5.Map public perceptions, false ideas and rumours, perceived risks and threats; 1.6 Establish “database of diversity advantage/success stories” that can be publicized in a city context (Diversity assets at different levels including both tangible and intangible values & success stories (database of diversity advantage).			01/01/2014 to 01/04/2014 01/04/2014 to 31/07/2014
II.	<i>IMPLEMENTATION - Work package II:</i> Establishing indicators to measure awareness-raising and change in community's attitudes, behaviours and beliefs 2.1.Develop Terms of Reference for Evaluation (Project Leader);			01/01/2014 to 01/03/2014

	<p>2.2. Prepare Evaluation Plan and propose methodology for evaluation (Consultant, Project Leader)</p> <p>2.3. Elaborate the impact indicators as defined in deliverables (Consultant, Project Leader)</p> <p>2.4 Organise 2nd coordination meeting to discuss indicators and their applicability in the context of awareness-raising campaigns (Partner-Cities, Consultant, Project Leader)</p>	<p>01/03/2013 to 31/04/2014</p> <p>01/03/2014 to 31/05/2014</p> <p>01/06/2014 to 31/06/2014</p>
III.	<p><i>IMPLEMENTATION - Work package III:</i></p> <p>Establishment of local networks and building their capacity to raise local awareness of diversity, migration and integration issues</p> <p>3.1. Identify and appoint/nominate awareness champions for each city – the person will be working in tandem with municipal contact point and will share the responsibility of managing the network (Partner-cities, Project Leader)</p> <p>3.2. Prepare local Awareness-Raising Strategies based on the analysis in Work Package I</p> <ul style="list-style-type: none"> - agree the overall focus and the role of the awareness-raising strategy, - define the actors to be involved and a timeframe for completing the project - define the thematic framework for awareness-raising (specifies key messages, behavioural, learning and emotional objectives) - chose techniques and instruments of implementation. - program, cost and define training and support needs. <p>3.3. Seek “Ambassadors for Diversity” at the local level</p> <p>3.4 Organise training for trainers on “anti-rumour strategy”</p> <p>3.5. Organise awareness-raising workshops for network members (technics for building trust and engagement)</p>	<p>01/07/2014 to 01/09/2014</p> <p>01/09/2014 to 15/12/2014</p> <p>01/11/2014 to 31/03/2015</p>
IV.	<p><i>IMPLEMENTATION - Work package IV:</i></p> <p>Development of tools for local awareness campaigns (Project Leader, Local Coordinators and Consultants)</p> <p>4.1. Training and support material (to be put on Diversity Portals):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Visual material developed under the awareness-raising strategy; - Awareness-Raising Training modules and “Anti-rumours agents” guides - Successful interpretation, communication and engagement techniques; - Realising the value of diversity, and cultural knowledge; - Developing trust <p>4.2. Train in the use of these tools and encourage and facilitate exchange of experience</p>	<p>01/06/2014 to 31/07/2014</p>

	through regular networking and support. 4.3. Local Internet Portal	01/08/2014 to 31/12/2014
V.	<i>IMPLEMENTATION - Work package V:</i> Awareness-Raising Campaigns and outreach actions (Local Coordinators and networks members) 5.1.Launch Events 5.2.Local Diversity Days 5.3. Public announcements 5.4.Other activities according to local strategies	01/06/2014 to 31/11/2014
VI.	<i>IMPLEMENTATION - Work package VI:</i> Consolidation and Dissemination (Project Leader, Local Coordinators, Consultant) 6.1.Conduct surveys (including on-line) and focus groups (Local Coordinators) 6.2.Organise local evaluation workshops with network members in all cities (consultant, local coordinators, project Leader) 6.3.Collect evidence from all partners and prepare draft evaluation report –first finding to be presented in European Awareness Raising Conference (Consultant) 6.4. Organise European Awareness Conference to present C4I results to European partners and key stakeholders in the field of integration 6.5. Prepare final evaluation report and recommendations 6.6. Publish “C4I” Guide for Cities	01/09/2014 to 01/11/2014 01/11/2014 to 31/01/2014 01/11/2014 to 31/01/2014 01/05/2015 to 31/05/2015 Deadline: 6 months after C4I termination
		Pre-conditions (a) Local Integration or Diversity Strategies, already prepared or in discussion (b) Availability of dynamic Civil Society

"Communication for Integration: social networking for diversity - C4I"

Projektitel	Kommunikation für Integration: Social Networking für Vielfalt - C4I
Überziel des Projektes (zu erreichende Wirkung)	Aufbau und Stärkung sozialer Netzwerke, die mobilisieren, um 1. Öffentliche Wahrnehmungen und Meinungen über Migration und Diversität mit Informationen zu stärken; 2. Nicht-fundierte - aber weit verbreitete - Vorurteile und Fehlwahrnehmungen zu bekämpfen, die Integrationsstrategien auf lokaler Ebene untergraben.
Priorität und weitergehendes Ziel	Lokale Aktionen zur Stärkung der ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Partizipation von Migranten Ziel: Die Einbeziehung der Aufnahmegesellschaften im Austausch mit Migranten. Grundlage: einhalten der jeweiligen Rechte und Pflichten, sowie Respekt vor verschiedenen Kulturen

Hintergrund

Das Projekt „Kommunikation für Integration: Social Networking für Vielfalt - C4I " entwickelt vom Europarat in Zusammenarbeit mit zehn europäischen Städten, soll öffentliche Behörden, Migranten und Nichtregierungsorganisationen bei der Mobilisierung von sozialen Netzwerken einbeziehen, um einen informationsbasierten öffentlichen Diskurs über Migration und Vielfalt zu fördern, sowie unbegründete - aber weit verbreitete - Stereotypen und Fehlwahrnehmungen zu bekämpfen, die städtische Integrationspolitik untergraben. Um dies zu erreichen, wird das Projekt die Anwendbarkeit einer sozialen Kommunikations- und Netzwerk-Methode testen, die bereits erfolgreich in Barcelona, Spanien, umgesetzt wurde (sogenannte Anti- Gerüchte- Kampagne bzw. *anti-rumor campaign*). Zusätzlich wird die Auswirkung der Methode innerhalb der Bevölkerung in den jeweiligen Projektorten (Städten) getestet, um Methoden und Werkzeuge weiterzuentwickeln, die in größerem Umfang in ganz Europa eingesetzt werden können.

Ein wesentlicher Bestandteil der C4I-Kommunikationsprozesses ist es, sowohl Vertreter aus Aufnahmegesellschaft als auch Migrantengruppen in die Kommunikationsplanung und Umsetzung einzubeziehen, so dass sie aktive Teilnehmer werden - nicht nur passive Empfänger von Informationen. Aktive Beteiligung soll dabei nicht nur helfen Kommunikationsstrategien und Botschaften an den lokalen Kontext der jeweiligen Stadt anzupassen, sondern auch die Perspektive von Migranten und Aufnahmegesellschaft über Migrationsfragen zu verbinden. Dabei ist das übergeordnete Ziel effektive Kommunikationsstrategien aufzubauen, die die lokale Integrationspolitik fördert, die wiederum auf das gegenseitiges Einhalten von Rechten, Pflichten und den Respekt vor kultureller Vielfalt gestützt ist. Dabei stehen während des gesamten Prozesses die spezifisch lokalen Diversitäts- und Migrationsherausforderungen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Angestrebte Ziele

- 1. Effektives Eintreten und Soziale-Netzwerkstrategie:** Die Stadt Erlangen hat eine klare Strategie und einen Arbeitsplan, um gesellschaftliche Partner zu mobilisieren und bildet soziale Netzwerke, die die C4I-Kampagne in der Stadt unterstützen;
- 2. Etablierte und gut funktionierende Soziale Netzwerke, unterstützende Gruppen und Partnerschaften,** die in der Lage sind die Umsetzung des C4I Projektes und die angeschlossene Anti-Vorurteils-Kampagne (*anti-rumor campaign*) zu unterstützen: Soziale Netzwerke sind gebildet, die Integration unterstützen, die Erlanger Gesellschaft umfassen – einschließlich lokaler Nicht-Regierungs-Organisationen,

Migrantenverbänden, Religions- und Glaubensgemeinschaften und deren Leitungen/Vorstände, den Medien, Partner aus der freien Wirtschaft und Führungspersonlichkeiten aus Kultur, Kunst und Sport.

3. **Stärkung der Medien**, die in der Lage sind, ausgeglichene Debatten über Migration und Diversität zu stärken und dazu beitragen, Vorurteile und falsche Vorstellungen über Migranten zu entkräften: die Stadt Erlangen hat eine effektive Austausch mit lokalen, regionalen und nationalen Medien, der zu einer vermehrten Berichterstattung und aktiven Debatte über Integration von Migranten in der Gesellschaft führt. Das schließt ein, das Potential Sozialer- und Minderheitenmedien zu nutzen.

4. **Anti-Vorurteils Kampagne (*anti-rumor campaigns*)**: die Stadt Erlangen führt die Formulierung eine stadtweiten Kampagne, die bestimmte Ergebnisse unterstützt (bessere Wahrnehmung von Migranten und Migrantenselbstorganisationen in der Stadt, Debatten über Integration in der Stadt und ein **besseres Verständnis des Diversity Advantages (Vorteile, die durch gesellschaftlichen Pluralismus entstehen)**).

5. **Management**: Social Network Mitglieder, unterstützende Gruppen und Partner sind identifiziert, mobilisiert und effektiv koordiniert, um die anti-rumour (Anti-Gerüchte) Kampagne zu unterstützen.

6. **Monitoring und Auswertung**: Mit Unterstützung durch den Auswertungsfachbeauftragten (gestellt vom Pool der Europaratsexperten) und dem Stadtrepräsentanten, werden Grundlagen geschaffen, anhand deren die Ziele der Strategie und der Kampagne regelmäßig ausgewertet werden. Analysen werden durchgeführt, die kontinuierlich die Effektivität des Projektes verbessern. Ergebnisse der Analysen werden mit den Mitgliedern des Netzwerkes diskutiert und dem Auswertungsfachbeauftragten und dem Stadtvertreter berichtet.

7. **Ausarbeitung der Potentiale (Capacity building) und Unterstützung**: Mit Unterstützung des Anti-Rumour Consultants (Anti-Vorurteilsfachberater) und dem Fachberater für Kampagnen werden die Netzwerkmitglieder beraten, um die ihre Meinungen zu etablieren und die Effizienz ihrer eigenen Kommunikation zu erhöhen, wo gewünscht.

8. **Beratende Unterstützung und Kommunikation für strategisch wertvolle Ergebnisse**: Mit Unterstützung von Fachberatern und der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Erlangen, werden die zentralen Kommunikationsstrategien und Vorgaben, inklusive der bereichsübergreifend effizientesten bezüglich gender mainstreaming weiterentwickelt und in die Projektstrategie und verwandte Aktivitäten einbezogen.

Lokale Koordination in den zehn europäischen Städten

a) Positionsbeschreibung

Der/die lokale Koordinator/in wird die Entwicklung und den Ausbaus eines lokalen sozialen Netzwerkes betreuen. Er/Sie wird die Stadt Erlangen darin unterstützen, von neuen Möglichkeiten für die Stärkung und Bildung von gesellschaftlichen Gruppen und deren Eintreten im zivilgesellschaftlichen, demokratischen Prozess zu stärken. Unter der Betreuung und Leitung von **Frau Klein**, verantwortlich für die Leitung des Projekts C4I in Erlangen, beinhaltet die Position der lokalen Koordination die Entwicklung, Umsetzung und Monitoring der sozialen Mobilisierungsstrategie innerhalb des Projektrahmens und den Vorgehensweisen (tools), die von externen Fachberatern entwickelt wurden. Teilaufgaben umfassen: Erhöhung und Verbesserung von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialem Engagement, Erstellen eines angemessenen Monitoringsystems und Aufbau der Kapazität der wichtigsten potenziellen Fürsprecher für Vielfalt - und letztlich Beschleunigung messbarer Resultate für eine bessere Integration von Migranten in Erlangen. Der/die Koordinator/in muss das Projekt zur Erreichung der Projektziele in einem komplexen sozialen Umfeld gestalten, einschließlich der öffentlichen Wahrnehmung von Migranten, der Wirtschaftskrise, sozialem Zusammenhalt, Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, zunehmender Unterstützung durch die Medien und einer zunehmenden Sichtbarkeit von Diversitäts-Themen. All dies wird

die Stadt Erlangen im Zuge des Projektes in Vorteile ummünzen müssen, um eine informationsgestützte öffentliche Debatte über Migration und Vielfalt zu fördern.

b) Zusatzinformationen

Budget 1660,- €/Monat: für 12 Monate (s.u. Budgetauflistung)

Lohnnachweise müssen dem Finanzbericht beigefügt werden. Auf vollkommene Transparenz des administrativen Rahmens ist hierbei zu achten.

Für Vertragsarbeit im Zuge des Projektes müssen Begründungen, Rechnungen und Verträge vorgewiesen werden.

Es wird erwartet, dass der/die lokale Koordinator/in im Tandem mit der städtischen Verwaltung arbeitet, die ihn/sie unterstützt, um erfolgreiches Projektmanagement und Führungserfolg zu gewährleisten.

Kontakt mit dem Europarat

Während der Laufzeit des Projektes werden drei Koordinatorenmeetings stattfinden (in Strasbourg, in Brüssel und voraussichtlich in Barcelona). Alle Kosten dafür werden vom Europarat getragen (Hotel/ Reise/ Verpflegung). Online und Telefonaustausch und Projekt Management Coaching werden auf permanenter Basis vom Europarat angeboten.

Kontaktperson Europarat

Lilia Kolombet
 Generaldirektorat II
 Europarat
 Agora Gebäude, B5.39; 1 quai Jacouto
 F – 67075 Strasbourg Cedex
 Tel.: +33 (0) 390 2153 85
 E-Mail: lilia.kolombet@coe.int

Budgetauflistung

Gegenstands- beschreibung	Betrag pro Einheit in EURO	Anzahl von Einheiten	Gesamt in EURO	An lokalen Koordinatoren in EURO
Lokaler Koordinator	1660	12	20000	20000
Lokales Mapping & Forschungsarbeit			7000	direkter Werkvertrag zwischen Europarat und Consultant
Training (Workshops): Organisation		03.04.13	10000	3000 (Rest Veranstaltungskosten)
Kommunikations- kampagnen			4000	4000
Events (Veranstaltungen)		4	10300	3000 (Rest Veranstaltungskosten)
Kommunikation & Verbreitung		6	10000	5000 (Rest Materialkosten, Webdesign + Film-dreh)
Umfragestudien (vorher & nachher)		2	10000	(5000 + 5000 für teilnehmende Studenten + Consultant)
			71.300	40000

Budgetarrangements mit den Städten

Sogenannte Administrative Abkommen (Administrative Arrangements: AA) bilden die Grundlage für Finanzabkommen zwischen dem Europarat und den Städten. Zwischen Vertragsabschluss und Eingang des Geldes auf dem städtischen Konto liegen realistisch sechs Wochen.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/252/2013

Visualisierung des Haushalts, Vorarbeiten für die Einführung Bürgerhaushalt; Antrag von Herrn Stadtrat Heinze Nr. 166/2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
eGoV

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Stadtratsantrag Nr. 166/2013 vom 21.10.2013 ist abschließend bearbeitet.

II. Begründung

A) Visualisierung des Haushalts

Der Haushalt des Bundes bzw. der Stadt Frankfurt (<http://bund.offenerhaushalt.de/>, <http://haushalt.frankfurt-gestalten.de/>) wurde von der Open Knowledge Foundation Deutschland auf der Basis von Open Source gestaltet. Die von der Stadtkämmerei der Stadt Frankfurt bereit gestellten Haushaltsdaten wurden durch die dortige Piraten-Fraktion organisiert und im Dezember 2011 visualisiert.

Eine Anfrage des eGovernment-Centers vom 11.12.2012 zu den Konditionen und Kosten für eine analoge Umsetzung in Erlangen hat bereits damals folgende Informationen ergeben:

Die einmaligen Kosten würden je nach Modell zwischen 7.200 € und 12.000 € liegen, wobei unterschiedliche Darstellungs- und Erweiterungsmöglichkeiten angeboten wurden.

Zusätzliche jährliche Kosten liegen je nach gewählter Option zwischen 800 € und 2.000 €/Jahr und sind davon abhängig, ob die Datenaktualisierung beauftragt wird oder ob die Daten vom Fachamt selbst eingepflegt werden.

Diese Mittel sind derzeit nicht im Budget des eGovernment-Centers für 2014 eingeplant.

Die beantragten Mittel von 5.000 € reichen für die Visualisierung des Haushalts nicht aus.

Das eGovernment-Center ist personell nicht in der Lage eigene Programmierungen durchzuführen. Vielmehr sollen Standardanwendungen, am besten einheitlich mit den Städten Fürth und Schwabach zum Einsatz kommen.

B) Zeitplan und Organisation des Bürgerhaushalts in Erlangen (Position Amt 20)

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass das Mehrjahres-Arbeitsprogramm der Kämmerei dieses Vorhaben nicht vorsieht. Ein derartiges Projekt würde aber nicht nur finanzielle Mittel erfordern – z. B. Aufbau einer EDV-„Plattform“, Öffentlichkeitsarbeit – sondern auch Personalbedarf verursachen. Für die Visualisierung des Haushalts und der Einführung des Bürgerhaushalts stehen aber der Kämmerei ausweislich Arbeitsprogramm und Stellenbeschreibungen keine Personalressourcen zur Verfügung. Außerdem würde die Integration eines Bürgerhaushalts in den Ablauf der Haushaltsbeschlussfassung dazu führen, dass die Haushaltsverabschiedung sowie die

Genehmigung erst später möglich wären.

In der MzK für den HFPA am 16.01.2013 zum Stadtratsantrag Nr. 145/2012 von Herrn Stadtrat Heinze zum gleichen Thema wurde festgestellt, dass im Verhältnis zum Ressourceneinsatz nur 0,26 Promille der Frankfurter Bürger Vorschläge zum Haushalt gemacht haben.

Nach zwei Jahren hat die Stadt Frankfurt am Main daher nach uns vorliegenden Informationen (Der Neue Kämmerer vom 02.05.2013, Seite 3) den Bürgerhaushalt wieder eingestellt.

Anlagen:

Anlage 1: Stadtratsantrag von Herrn Heinze Nr. 166/2013 vom 21.10.2013

Anlage 2: Auszug aus „Der Neue Kämmerer“ Seite 3 vom 02.05.2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Frank Heinze
Stadtrat

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 118

tel 09131/86-1590
fax 09131/86-1590
e-mail: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de
web: www.twitter.com/ea3321

Antrag zum Haushalt 2014
„Offener Haushalt“

Erlangen, den 21. Oktober 2014

Fraktionsantrag gemäß § 28 GesChO

Eingang: 21.10.2013

Antragsnr.: 166/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: II

mit Referat:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

.Hiermit beantragen wir 5.000€, um den Haushalt der Stadt Erlangen transparent zu visualisieren. Beispielhaft der Bund:

1; <http://bund.offenerhaushalt.de/>

Und die Städte Frankfurt, Gießen und Leipzig:

2; <http://haushalt.frankfurt-gestalten.de/>

3; <http://giessen-direkt.de/inhalt/offener-haushalt-der-stadt-giessen#th/2012/Aufwand>

4; <http://www.haushaltsplanrechner-leipzig.de/de/haushalt.asp>

und damit die Vorarbeiten für die Einführung eines Bürgerhaushaltes zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Bürgerhaushalt: zu wenig Resonanz

Frankfurts Kämmerer Uwe Becker im Interview

Die Fragen stellte Katharina Schlüter.

Nach zwei Jahren hat die Stadt Frankfurt am Main den Bürgerhaushalt wieder eingestellt.

Herr Becker, nach nur zwei Jahren stellen Sie den Bürgerhaushalt in Frankfurt wieder ein. Warum?

Es hat sich gezeigt, dass das Instrument Bürgerhaushalt die breite Masse der Menschen in Frankfurt nicht erreicht hat. Beim ersten wie auch beim zweiten Mal haben rund 3.000 Frankfurter und Frankfurterinnen teilgenommen – bei rund 700.000 Einwohnern ist dies schon sehr überschaubar. Immerhin war die Qualität der Vorschläge sehr ordentlich, wengleich auch viele Themen zur Sprache kamen, die ohnehin schon in der Politik diskutiert werden. Wir möchten daher den Bürgerhaushalt jetzt weiterentwickeln: Mit Hilfe einer Internetplattform haben die Bürgerinnen und Bürger zukünftig ganzjährig die Möglichkeit, sich mit ih-



Uwe Becker, Kämmerer der Stadt Frankfurt am Main

ren Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Stadt einzubringen.

Viele Kämmerer fürchten, dass bei Bürgerhaushalten vor allem Forderungen nach Mehrausgaben laut werden, Sparvorschläge hört man dagegen sel-

ten. War dies in Frankfurt auch der Fall? Mit einem Verhältnis von 60:40 waren die Vorschläge für Mehrausgaben zwar in der Überzahl, trotzdem gab es durchaus auch Vorschläge zum Sparen. Allerdings ging es dabei vor allem um Großprojekte, die politisch diskutiert wer-

den, und weniger um Verwaltungsreformen, Organisationsveränderungen oder andere Themen, die zusätzliches Sparpotential aufgezeigt hätten.

Trotz aller negativen Erfahrungen gibt es weiterhin Kämmerer, die überlegen, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Gibt es denn Situationen, für die Sie dieses Instrument Ihren Kollegen empfehlen würden?

Ich kann mir vorstellen, dass dieses Instrument in kleineren Städten, wo die Themen konkreter sind, durchaus helfen kann, Akzeptanz zu erreichen. Auch muss man bedenken, dass wir in Frankfurt ohnehin schon viele Planungswerkstätten für Großprojekte haben. Ebenso haben wir Ortsbeiräte und öffentliche Ausschussitzungen. Dies ist sicherlich mit ein Grund, warum der Bürgerhaushalt als abstraktes Instrument die Resonanz nicht hat. Insofern kann ich mir gut vorstellen, dass ein Bürgerhaushalt dort funktionieren kann, wo es um konkrete Themen geht. //

katharina.schlueter@derneuekaemmerer.de

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:
eGovernment-Center

Vorlagennummer:
eGov/055/2013

Einführung von barrierefreier Verschlüsselungstechnik als Kommunikationszugang Antrag Stadtrat Heinze Nr. 168/2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
KommunalBIT

I. Antrag

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtratsantrag Nr. 168/2013 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Die zentrale Einführung neuer Software z.B. Verschlüsselungstechnik ist grundsätzlich Aufgabe des IT-Dienstleisters KommunalBIT und aus Gründen der Softwareharmonisierung mit den Partnerstädten abzustimmen. Insofern wird auf beiliegende Stellungnahme verwiesen.

Die inhaltlichen strategischen Vorgaben an KommunalBIT werden derzeit in einem IT-Sicherheitskonzept erarbeitet.

Dabei wird, ausgehend von den bereits eingesetzten Verschlüsselungstechnologien der weitere Bedarf und mögliche Schwachstellen analysiert und Lösungskonzepte erarbeitet.

Inwieweit bei der Umsetzung die Software Gpg4win zum Einsatz kommen wird, kann derzeit ohne Marktanalyse und Abwägung der Kosten-/Nutzenaspekte und ohne Einbindung der Partnerstädte noch nicht entschieden werden.

Anlagen: Stadtratsantrag Nr. 168/2013
Stellungnahme des IT-Dienstleisters KommunalBIT

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 22.2 Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag: Verschlüsselung

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Frank Heinze
Stadtrat

KLARMACHEN

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 21.10.2013

Antragsnr.: 168/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/eGOV

mit Referat: II/20/Sponsel

email: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de

web: www.twitter.com/ea3321

Erlangen, den 19.10.2013

Hiermit beantragen wir die notwendigen Mittel für folgende Tätigkeiten:

„Einführung von barrierefreier Verschlüsselungstechnik als Kommunikationszugang“

Wir beantragen die Einführung von Verschlüsselung auf Basis der freien Software Gpg4win (GNU Privacy Guard for Windows) bei allen öffentlichen Einrichtungen der Stadt. Es besteht dringender Bedarf eine für den Bürger leicht zu handhabende Verschlüsselungstechnik zur Kommunikation mit der Behörden einzuführen. Dieser Antrag ist eilbedürftig, was in der Begründung näher erläutert wird.

Kosten: Die voraussichtlichen Kosten des Antrags sind im Detail nicht ermittelbar, da von den Gegebenheiten bei der Stadt abhängig. Dabei begrenzen sich die Kosten auf die Einrichtung der entsprechenden Postfächer und eine Änderung auf den Webseiten zur Bekanntgabe der Schlüssel.

Begründung:

Nach der Pressemeldung vom 17. Aug. 2013:

„Bundesinnenminister Dr. jur. Hans-Peter Friedrich hat die Deutschen aufgerufen, selbst mehr für den Schutz ihrer Daten zu tun. Verschlüsselungstechnik oder Virenschutz müssten mehr Aufmerksamkeit erhalten, sagte Friedrich nach seiner Anhörung vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) des Bundestages zu der Spähaffäre. Die technischen Möglichkeiten zur Ausspähung existierten nun einmal, deshalb würden sie auch genutzt. Friedrich sprach sich für gesetzliche Verbesserungen beim Datenschutz aus und schlug auf internationaler Ebene eine "digitale Grundrechtscharta" vor.“

Die im Antrag benannte Software zur Verschlüsselung Gpg4win (GNU Privacy Guard for Windows) wurde seitens des Innenministeriums gefördert und im Auftrag des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entwickelt. Die Software ist sicher und einfach zu handhaben.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Heinze
Stadtrat

Fraktionsantrag „Verschlüsselung“ 168/2013 vom 21.10.2013 – hier: Stellungnahme des IT-Dienstleisters KommunalBIT

Die E-Government- und Formular-Anwendungen der Stadt Erlangen bieten bereits überwiegend fundierte Verschlüsselungstechnologien zur sicheren Datenübermittlung. Die Nutzung dieser Technologien entspricht weiterhin dem Stand der Technik und bringt für weniger technikaffine Nutzer keinerlei Hemmschwellen mit sich. Derartige (sichere) Dienstleistungsangebote müssen auch weiterhin im Kernfokus jeglicher e-Government-Aktivitäten stehen.

Mit der Nutzung der Bayerischen Verwaltungs-PKI stellt der Freistaat Bayern Mitarbeitern der staatlichen und kommunalen Verwaltungen in Bayern eine Technologie zur Verfügung, mit deren Hilfe die Vertraulichkeit, Integrität und Verbindlichkeit von Daten bzw. Nachrichten gewährleistet werden kann, allerdings mit der Einschränkung, dass die Kommunikationspartner Zugriff auf das BayBN benötigen. Für die Mail-Kommunikation unter öffentlichen Einrichtungen ist diese Voraussetzung erfüllt, und eine entsprechende Anwendungsmöglichkeit wurde von KommunalBIT den Städten zur Verfügung gestellt. Für die Mail-Kommunikation zwischen Bürger und Stadt stellt dies allerdings keine geeignete Option dar.

Für die Verschlüsselung einzelner Dateien auf Datenträgern oder als Mail-Anhänge können die städtischen Benutzer grundsätzlich bereits jetzt die Möglichkeiten nutzen, die mit den Standard-Werkzeugen zum Komprimieren von Dateien zur Verfügung stehen. Ein sicherer Datenaustausch nach außerhalb des Netzes (ggf. in Kombination mit der Verschlüsselungsmöglichkeit) wird auch durch die Nutzung des von KommunalBIT betriebenen Ajax-Downloaders gewährleistet.

Entsprechend können auch die Kommunikationspartner der Städte grundsätzlich wahlfrei verschiedenste Verschlüsselungsmethoden bei der Übersendung von Daten benutzen, soweit der städtische Empfänger dann die Daten ohne zusätzliche Komponenten im Netz entschlüsseln kann.

Vor Einführung einer weiteren Verschlüsselungsmöglichkeit ist zu beachten, dass diese mit vernünftigem Aufwand zentral administrierbar und in die von KommunalBIT bereitgestellten Lösungen integrierbar sein muss. Wesentlicher Faktor hier ist die Komplexität der Schlüsselverwaltung. Wenn keine zentrale Schlüsselverwaltung implementiert werden kann, droht im schlimmsten Fall bei Schlüsselverlust auch Datenverlust, weil dann nicht einmal der IT-Dienstleister die Verschlüsselung aufheben kann. Weiterhin müssen geeignete Stellvertreterregelungen und organisatorische Festlegungen auf der (städtischen) Absender- und Empfängerseite auch technisch umgesetzt werden können. Grundsätzlich lässt sich dabei der Umgang mit verschlüsselten Daten (z.B. bei E-Mails) innerhalb der Stadt weit effizienter gestalten, wenn eine Verschlüsselung bis zum E-Mail-Gateway – und somit bis zum IT-Dienstleister – stattfindet, als bei einer Entschlüsselung der Daten erst am Client und damit durch den User.

Ob dies für die vorgeschlagene freie Software Gpg4win gewährleistet werden kann, wissen wir nicht, dass lässt sich auch nicht kurzfristig feststellen, sondern bedarf einer genauen Analyse. Dabei wäre dann auch die Kostenseite zu betrachten, auch „freie Software“ ist nicht kostenlos zu betreiben.

Sowohl die Zugangseröffnung der Stadt Erlangen nach Art. 3a des BayVwVfG als auch interne Regelungen des Dienstverkehrs sind derzeit nach unserem Wissen weder für formgebundene noch für einfache formlose Schreiben auf eine verschlüsselte Kommunikation ausgelegt. Damit muss man sich unter Akzeptanzgesichtspunkten fragen, ob dem Bürger eine derartige Verschlüsselungslösung nur empfohlen oder vorgeschrieben werden soll. Es existiert weiterhin eine große Vielzahl anderweitiger Verschlüsselungstechnologien im Markt.

Besonders erwähnt werden soll hier das Produkt DE-Mail. Hierfür machen sich aktuell gleich drei große kommerzielle Konzerne stark. Die Lösung befindet sich auch aktuell im Betrachtungsfokus der drei Städte –insbes. auch der Stadt Schwabach. Unter Synergie- und damit

auch Kostengesichtspunkten müssen sich die Städte überlegen, ob hier ein gemeinsamer Weg beschritten werden soll, auch in Richtung Nutzung der eID beim neuen Personalausweis.

Aus Sicht des IT-Dienstleisters muss vor weiteren konkreten Aktivitäten in der Richtung zunächst eine klare Strategievorgabe zum gewünschten Dienstleistungsportfolio der elektronischen Kommunikation in der Zukunft erfolgen, die entsprechend mit den anderen KommunalBIT-Städten abgestimmt ist, damit Synergie- und Skaleneffekte angemessen berücksichtigt werden können.

KommunalBIT
05.11.2013

Freymüller
IT-Sicherheit

Kopie an Vorstand, Bereichsleitungen und KM KommunalBIT

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/256/2013

Anträge zu den Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe Seite 22-27 der aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2014)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript (Seite 22-27).

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/253/2013

Arbeitsprogramm der Feuerwehr und der Kämmerei - Lösung für Budgetproblematik erarbeiten - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 180/2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Kämmerei und Feuerwehr erarbeiten rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen für 2015 einen Vorschlag dahingehend, dass zusätzlich generierte Einnahmen auch dem Budget der Feuerwehr zur Verfügung stehen und legen diesen dem HFPA zur Beschlussfassung vor.
2. Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 180/2013 vom 22.10.2013 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

Die SPD-Stadtratsfraktion hält die Einnahmesätze im Sachkostenbudget der Feuerwehr für zu hoch.

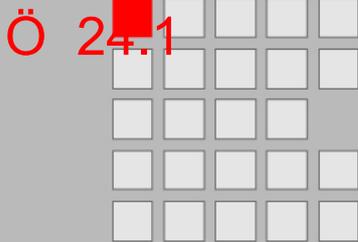
Der zu hohe Ansatz bei den Einnahmen führt dazu, dass trotz der Bemühungen der Mitarbeiter der Feuerwehr, zusätzliche Einnahmen zu generieren (z. B. durch das Anbieten von Schulungen, Kursen und von anderen Dienstleistungen) der Gesamteinnahmeansatz nicht erreicht wird und Anreize zusätzliche Einnahmen zu generieren dadurch vermieden wird. Es ist eine Interessensabwägung zwischen dem Budget der Feuerwehr und dem Gesamthaushalt vorzunehmen.

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Nr. 180/2013 vom 22.10.2013

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 22.10.2013

Antragsnr.: 180/2013

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: II720

mit Referat: I/37

SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Antrag zum Arbeitsprogramm der Feuerwehr und der Kämmerei Lösung für Budgetproblematik erarbeiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Sachkostenbudget der Feuerwehr ist mit Einnahmeansätzen versehen, die von der Feuerwehr regelmäßig nicht erreicht werden können. Die Kämmerei hat zugesichert, dass das Budget der Feuerwehr ausgeglichen wird, wenn sich deshalb ein negatives Sachkostenbudgetergebnis ergibt. Dieses Vorgehen ist zum Ausgleich des Gesamthaushaltes verständlich.

Der zu hohe Ansatz bei den Einnahmen führt jedoch auch mit dieser Zusage der Kämmerei dazu, dass die Bemühungen der Mitarbeiter der Feuerwehr, zusätzliche Einnahmen zu generieren (z.B. durch das Anbieten von Schulungen, Kursen und von anderen Dienstleistungen) trotz aller Bemühungen niemals zu einer Erfüllung des Einnahmeansatzes führen kann. Die zusätzlichen Einnahmen stehen daher auch nicht anteilmäßig dem Budget der Feuerwehr zur Verfügung. So werden systematisch auch Anreize vermieden, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Dies kann aber weder im Sinne der Budgetierung noch im Sinne der Stadt Erlangen sein.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

Kämmerei und Feuerwehr erarbeiten rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen für 2015 einen Vorschlag, wie diese Problematik künftig vermieden oder zumindest abgemildert werden kann und legen sie dem HFPA zur Beschlussfassung vor.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Gary Cunningham
Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
21.10.2013

AnsprechpartnerIn
Dr. Florian Janik

Durchwahl
0176 23533630

Seite
1 von 1



Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/Gst/ZBB-1523

Verantwortliche/r:
Gleichstellungsstelle

Vorlagennummer:
Gst/014/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Gst - siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 27

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für die Gleichstellungsstelle wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
PR

Verantwortliche/r:
Personalrat

Vorlagennummer:
II/250/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Personalvertretung - siehe Arbeitsprogramm 2014 in gebundener Form ab Seite 37 -

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 der Personalvertretung wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Personalvertretung wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
ausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für die Personalvertretung wird unter Berücksichtigung des
noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:
eGovernment-Center

Vorlagennummer:
eGov/051/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des eGovernment-Centers - siehe Arbeitsprogramm 2014 in gebundener Form ab Seite 45

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus-		Ö	Beschluss	
schuss				

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 des eGovernment-Centers wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das eGovernment-Center wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 des eGovernment-Centers wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Ausschnitt Arbeitsprogramm 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

- IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
OBM/ZV/11Verantwortliche/r:
Personal- und OrganisationsamtVorlagennummer:
11/141/2013**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Personal- und Organisationsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 3 - 9**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Dem Stellenplan 2014 für das Personal- und Organisationsamt wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Personal- und Organisationsamt wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für das Personal- und Organisationsamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen:** ArbeitsprogrammIII. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
13/087/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 für das Amt 13 wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt 13 wird zugestimmt.
Die endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
ausschuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für das Amt 13 wird unter Berücksichtigung des noch festzu-
stellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/251/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Stadtkämmerei mit der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit sowie der Stabstelle Beteiligungsmanagement - siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 55 -

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 für die Stadtkämmerei mit der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit sowie der Stabstelle Beteiligungsmanagement wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für die Stadtkämmerei mit der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit sowie der Stabstelle Beteiligungsmanagement wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für die Stadtkämmerei mit der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit sowie der Stabstelle Beteiligungsmanagement wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/30-KR005

Verantwortliche/r:
Amt für Recht und Statistik

Vorlagennummer:
30/012/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30); - siehe Arbeitsprogramm 2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für das Amt für Recht und Statistik wird unter Berücksichtigung des
noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/33/331/RDA

Verantwortliche/r:
Herr Rosenzweig

Vorlagennummer:
33/012/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Bürgeramtes

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 für das Bürgeramt wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Bürgeramt wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2014 für das Bürgeramt wird unter Berücksichtigung des noch festzustel-
lenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form.

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/34

Verantwortliche/r:
Herr Schmeißer

Vorlagennummer:
34/019/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Standesamtes - siehe Arbeitsprogramm 2014 in gebundener Form ab Seite 153

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 für das Standesamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Standesamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2014 für das Standesamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlage: Arbeitsprogramm 2014 des Standesamtes

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/ 37 AL

Verantwortliche/r:
Herr Friedhelm Weidinger

Vorlagennummer:
37/042/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) - siehe Arbeitsprogramme 2014 in gebundener Form ab Seite 161

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2014 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2014 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

-

Anlagen: Arbeitsprogramm Amt 37

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/39

Verantwortliche/r:
Frau Dr. Jutta Bauer

Vorlagennummer:
39/020/2013

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.

Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalaus-
schuss und im Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucher-
schutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm 2014

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/257/2013

Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2014)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript (Seite 30-34).

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
II/258/2013

Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2014)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.11.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript (Seite 69).

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich- 1

Vorlagendokumente

TOP Ö 9.1 Haushaltsgenehmigung 2013 - Umsetzung von Sparauflagen im Haushaltsja	
Mitteilung zur Kenntnis 20/046/2013	6
TOP Ö 9.2 Hinweis auf Kfz-Schilderläden im Warteraum des Bürgeramtes	
Mitteilung zur Kenntnis 331/020/2013	8
TOP Ö 9.3 Heimaufsicht Gerontofachkraft	
Mitteilung zur Kenntnis 112/106/2013	9
TOP Ö 9.4 Schule 2015+, IT-Ausstattung, Abstimmungsskript Fachausschüsse der St	
Mitteilung zur Kenntnis eGov/056/2013	10
TOP Ö 9.5 Übersetzungen www.erlangen.de	
Mitteilung zur Kenntnis eGov/057/2013	11
Antrag SPD 196/2013 eGov/057/2013	12
TOP Ö 9.6 Haushalt 2014: Neuer Radlader für das THW Antrag 192/2013 der SPD-Fra	
Mitteilung zur Kenntnis 13/088/2013	13
Antrag Nr. 192/2013 13/088/2013	15
TOP Ö 9.7 Haushalt 2014: Kommunalwatch Antrag Nr. 165/2013, Stadtrat Heinze	
Mitteilung zur Kenntnis 13/089/2013	16
Antrag Nr. 165/2013 13/089/2013	17
TOP Ö 9.8 Haushalt 2014: Bürgermeister- und Presseamt, Eigenes Budget für Entwi	
Mitteilung zur Kenntnis 13/090/2013	18
Antrag Nr. 177/2013 13/090/2013	20
TOP Ö 10 Abschlussbericht für das Projekt "Demographisches Personalmanagement"	
Beschlussvorlage 11/142/2013	21
TOP Ö 11 Teilfreistellung der Einrichtungsleitungen von Kindertagesstätten – Ko	
Beschlussvorlage 11/140/2013	22
TOP Ö 12 SPD-Fraktionsantrag Nr. 121/2013 vom 15.07.2013: Einrichtung eines kom	
Beschlussvorlage 112/105/2013	25
130715_121_2013_Antrag zum HFPA - Einrichtung eines kommunalen Außend	26
TOP Ö 13 Aufbau eines Fachbereichs "Tagungen und Veranstaltungen" im Erlanger T	
Beschlussvorlage II/254/2013	27
TOP Ö 14 Medical Valley Center GmbH	
Beschlussvorlage II/260/2013	31
Wirtschaftsplan 2014 II/260/2013	33
TOP Ö 15 Arbeitsmarktprogramm 2014 der GGFA	
Beschlussvorlage 50/140/2013	34
Anlage 0 Arbeitsmarktprogramm 2014 50/140/2013	35
Anlage 1 Verteilung der Bundesmittel 50/140/2013	50
Anlage 2 Maßnahmeübersicht 2014 50/140/2013	51
Anlage 3 Stellungnahme DST 50/140/2013	55
Anlage 4 SGB II Statistik 50/140/2013	56
Anlage 5 Jobcenter Erlangen EGT VWT Entwicklung 2009-2014 50/140/2013	57
TOP Ö 16 Kommunalwahl am 16. März 2014	
Beschlussvorlage 331/018/2013	58
TOP Ö 17 Religiös motivierter Totalitarismus; Antrag von Herrn Stadtrat Heinze	
Beschlussvorlage 322/025/2013	60
Antrag 137/2013 322/025/2013	61

TOP Ö 18 Wahlbenachrichtigung mit individualisiertem QR-Code zur Kommunalwahl 2	
Beschlussvorlage 331/019/2013	62
CSU-Antrag Nr. 152/2013 "Wahlbenachrichtigung mit QR-Code zur Kommunalwahl 2"	64
TOP Ö 19 Kath. Kindergarten "Heilig Kreuz": Brandschutzmaßnahmen; hier: Investi	
Beschlussvorlage 512/109/2013	65
TOP Ö 20.1 Antrag auf Mittelbereitstellung für das Budget des Gebäudemanagement	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 22.10.2013 242/322/2013	67
TOP Ö 20.2 Mittelbereitstellung für IP-Nr. 541.813 - Erneuerung Brücke über den	
Beschluss Mittelbereitstellung Stand: 22.10.2013 66/239/2013/1	70
Anlage 1 - Übersichtslageplan 66/239/2013/1	74
Anlage 2 - Protokollvermerk 66/239/2013/1	75
TOP Ö 20.3 Umsetzung Tariferhöhung NV Bühne analog zu TVöD	
Vorlage Mittelbereitstellung 44/064/2013	76
TOP Ö 20.4 Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung, hier IT Berufsschule	
Vorlage Mittelbereitstellung 40/207/2013	78
TOP Ö 20.5 Mittelbereitstellung Amt 51 -Jugendamt-	
Vorlage Mittelbereitstellung 51/140/2013	80
TOP Ö 21 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2014,	
Beschlussvorlage 11/136/2013	82
Anlage Auszug Verwaltungsvorlage Nov2013 11/136/2013	83
TOP Ö 21.1 Communication for Integration – Projekt des Europarats: Stellenschaf	
Beschlussvorlage 13-4/033/2013	88
Annex 1_C41_LogFrame 13-4/033/2013	90
C4I_Projektübersicht_deutsch 13-4/033/2013	97
TOP Ö 22.1 Visualisierung des Haushalts, Vorarbeiten für die Einführung Bürgerh	
Beschlussvorlage II/252/2013	100
Anlage 1: Stadtratsantrag von Herrn Heinze Nr. 166/2013 II/252/2013	102
Anlage 2_Ausschnitt_Der Neue Kämmerer_ II/252/2013	103
TOP Ö 22.2 Einführung von barrierefreier Verschlüsselungstechnik als Kommunikat	
Beschlussvorlage eGov/055/2013	104
Anlage 1 - Stadtratsantrag Nr. 168/2013 eGov/055/2013	105
Anlage 2 - Stellungnahme KommunalBIT eGov/055/2013	106
TOP Ö 23 Anträge zu den Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zust	
Beschlussvorlage II/256/2013	108
TOP Ö 24.1 Arbeitsprogramm der Feuerwehr und der Kämmerei - Lösung für Budgetpr	
Beschlussvorlage II/253/2013	109
Antrag der SPD Stadtratsfraktion Nr. 180/2013 vom 22.10.2013 II/253/2	110
TOP Ö 25.1 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Gleichstell	
Beschlussvorlage Gst/014/2013	111
TOP Ö 25.2 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Personalver	
Beschlussvorlage II/250/2013	112
TOP Ö 25.3 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des eGovernment	
Beschlussvorlage eGov/051/2013	113
TOP Ö 25.4 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Personal- u	
Beschlussvorlage 11/141/2013	114
TOP Ö 25.5 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Bürgermeist	
Beschlussvorlage 13/087/2013	115
TOP Ö 25.6 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 der Stadtkämmer	
Beschlussvorlage II/251/2013	116

TOP Ö 25.7 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für R	
Beschlussvorlage 30/012/2013	117
TOP Ö 25.8 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Bürgeramtes	
Beschlussvorlage 33/012/2013	118
TOP Ö 25.9 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Standesamte	
Beschlussvorlage 34/019/2013	119
TOP Ö 25.10 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für	
Beschlussvorlage 37/042/2013	120
TOP Ö 25.11 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2014 des Amtes für	
Beschlussvorlage 39/020/2013	121
TOP Ö 26.1 Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets	
Beschlussvorlage II/257/2013	122
TOP Ö 26.2 Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm für die der HFPA als	
Beschlussvorlage II/258/2013	123
Inhaltsverzeichnis	124